

Sommer 2006  
12. Jahrgang

Zeitung aus der Jugendumweltbewegung  
<http://www.gruenes-blatt.de/>

# grünes blatt



Reflexionen zum  
Jukss

Baumbesetzung  
gegen AWACS in  
Schinveld

Politik für die Elbe

Schacht Konrad  
vor Gericht

Energiepolitik  
in der DDR

Genfeld-Befreiungen  
zu Pfingsten

Kritische Theorie und  
Tierbefreiung: Das  
war der TAN-Kongress

Kein Offener Raum im  
Blaue Welt Archiv

Speziesismus



Foto: Pixelquelle



# Inhalt

Waldbesetzung in Schinveld	Seite 3
naturschutzkampagne: raus in die natur - rein ins abenteuer!	Seite 4
Urenco-Aktion / Rotes Kreuz-Repression gegen Demo-Sanis	Seite 5
Kein Offener Raum im Blaue Welt Archiv	Seite 6
Die Zerstörung der Tabakanbauregionen	Seite 7
Energiepolitik der DDR	Seite 8
Lebensmittelzusätze, der patentierte Geschmack aus der Dose	Seite 9
Bayern: Meinungsfreiheit am Pranger / Vitopia Hausprojekt	Seite 12
Frieden unerwünscht?!	Seite 13
Speziesismus	Seite 14
AntispeTicker	Seite 15
... dass der Mensch... und so weiter - "TAN-Kongress"	Seite 16
Genfeld-Befreiungen über Pfingsten	Seite 17
Kritischer Rückblick auf den Jugendumweltkongress	Seite 18
"Offenes Büro" geschlossen	Seite 22
Marco erneut in Haft / Demonstration gegen Schacht KONRAD	Seite 25
Erfolgreiche Klage gegen Castor-Demoverbote	Seite 26
Selbstorganisation in Alltag und Politik	Seite 27
Containern - Netto: Zeigen Sie sich selbst an! / "Anders leben"	Seite 28
Politik für die Elbe	Seite 29
G8-Mobilisierung	Seite 31
Fragend voran: Bildungskritik / OLG-Urteil gegen Projektwerkstatt	Seite 32
Stopt die Bevorzugung von Polizeiangehörigen vor Gericht!	Seite 33
Termine und Adressen	Seite 35
APO-Calypse Veranstaltungsankündigungen	Seite 36

# Impressum

Das grüne blatt erscheint im Selbstverlag und ist eine Zeitschrift von Jugendlichen für Jugendliche und Junggebliebene.

## Herausgeber

Greenkids e.V.  
Postfach 32 01 19  
39040 Magdeburg

Fon: +49 391 7272657  
Mobil: +49 162 7868204  
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de  
WWW: <http://www.gruenes-blatt.de/>  
Hausanschrift

Karl-Schmidt-Str. 4  
39104 Magdeburg

Spendenkonto:  
Stadtsparkasse Magdeburg  
KNr.: 30 120 859  
BLZ: 810 532 72

## Mitwirkende Organisationen

BUNDjugend Sachsen-Anhalt  
NAJU Sachsen-Anhalt  
Öko-Zentrum und -Institut Magdeburg e.V.

## Redaktion

Susann Baehs (sb), Falk Beyer (fb, V.i.S.d.P.), David Lähmemann (dal), Joris Spindler (jos), Jean Sorgenacker (jes), Sebastian Vollnhals (svo)

## Frei Mitarbeitende

Elisabeth Weissteiner (liz), Willi Willsch (wutz), Matthias Frank Gerber (mfg)

## Fotos

Falk Beyer, Sebastian Vollnhals,  
Dominique Chasserlaud, Indymedia, Internet

## Grafiken

Greenkids Archiv, Umweltschnippelbilderbuch

## Satz und Layout

Falk Beyer, Sebastian Vollnhals, Jean Sorgenacker

## Auflage

800 Hefte

Diese Ausgabe des grünen blatt wurde durch das Jugendamt Magdeburg gefördert. Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

Redaktionsschluss war der 10. Juni 2006.  
Nächste Ausgabe: Spätsommer 2006  
Redaktionsschluss: 31. Juli 2006

Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der Umweltbewegung Sachsen-Anhalts. Die Redaktion bilden VertreterInnen der verschiedenen Vereine sowie unabhängige MitarbeiterInnen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Portokosten (1,45 EUR) bei Greenkids e.V. nachbestellt oder unter <http://www.gruenes-blatt.de> gelesen werden.

Die Trägervereine im Web:

<http://www.greenkids.de/>  
<http://www.naju-sa.de/>  
<http://oetim.gl.aser.de/>

## Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung bleibt solange im Besitz der Redaktion, bis sie der/dem Gefangenen ausgehändigt wurde. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird ein Teil der Ausgabe nicht ausgehändigt, dann ist der beanstandete Teil, und nur dieser, unter Angabe der Gründe an den Vertrieb zurückzusenden, der Rest ist auszuhändigen. Gleiches gilt, wenn ein bestimmtes Heft beanstandet wird.



## Sprachliche Konventionen

Die AutorInnen verwenden jeweils ihre eigenen sprachlichen Konventionen. Zur Erläuterung: der Großbuchstabe (z.B. "I") wird benutzt, um anzudeuten, dass sowohl "männliche" als auch "weibliche" Form gemeint sind.

Manche AutorInnen verwenden Endungen wie "-i"/"-is" etc. Diese Konvention entwickelte sich aus der Gender-Diskussion und soll nicht nur eine sprachliche Gleichberechtigung von "Mann" und "Frau", sondern auch all derer symbolisieren, die sich in derartige Schemata nicht einordnen wollen/können. Dann steht "-a" für den weiblichen Singular, "-as" für den Plural. "-o" bzw. "-os" verkörpern den männlichen Part und "-i" bzw. "-is" stehen als Synonym für intersexuelle Bezeichnungen.

ISSN 1612-2186

Mitglied bei

**fjp>media**  
Verband junger Medienmacher

[www.fjp-media.de](http://www.fjp-media.de)



# Waldbesetzung in Schinveld

Am 7. Januar nachts hatten wir es dann endlich alle gefunden - das Camp, also das Baumhütten-dorf. Es gab ein Lagerfeuer, wo mensch sich wärmen konnte, direkt daneben war die Küche (in einer Baumhütte war auch eine), ein Kompostklo stand etwas abseits und sonst waren natürlich in lauter Bäumen Hütten aus Paletten und anderem Material gebaut worden, von denen mensch Lichter leuchten sah.

Auf mich machte das alles einen sehr schönen, gemütlichen Eindruck, auch wenn es ziemlich kalt war. Wir schliefen die Nacht über am Boden in einem Zelt.

Zu diesem Zeitpunkt, eine Nacht vor der Räumung, waren um die 60 WaldbesetzerInnen da. Mit "da" meine ich genauer gesagt das Waldstück in Schinveld bei Geilenkirchen. Die Versorgung war super, da die Menschen aus Schinveld und deren Umgebung die BesetzerInnen mit allem möglichen unterstützten. Kistenweise Essen, Wärmflaschen, Decken, Wasser u.v.m.

Seit 25 Jahren ist die Bevölkerung (und nicht nur die Menschen sondern auch Tiere und Pflanzen) nun schon dem Lärm und Gestank durch Awacs-Radarflugzeuge, die dort von dem NATO-Flughafen gen Irak und Afghanistan starten, ausgesetzt. Die Air Base liegt direkt auf der niederländisch-deutschen Grenze. Da ist die Wahrnehmung des Flughafens sehr verschieden. Wo es nämlich auf niederländischer Seite schon jahrelang Protest gibt, ist er auf deutscher Seite für viele wichtiger Bestandteil. Dies trifft auf beiden Seiten auf viele Menschen zu, aber sicher nicht auf alle!

Der Auslöser für die Besetzung des Waldstücks war, dass die NATO-Air Base vergrößert und dafür ganze 20 ha Wald zerstört werden sollten. Ein Teil davon wird ganz gerodet und bei dem anderen werden die Bäume bis auf einen Meter "verkürzt". Ich finde es extrem erschreckend, wie Menschen so skrupellos sein können, einfach diesen Wald (und all die anderen, die nicht zu vergessen sind) zu töten.

Bei der Vergrößerung des Flughafens handelt es sich darum, dass die

Landebahn verlängert werden soll, damit die Awacs schwerer betankt losfliegen können. Doch wenn sie schwerer vom Boden abheben, heißt das, dass sie auch mehr Treibstoff benötigen. Folglich bedeutet das noch mehr Schadstoffe, die in die Luft gelangen. Ansonsten werden die Awacs in der Luft betankt, wobei auch immer Kerosin auf den Boden gelangt.

Stoppt Awacs (...und alle anderen Flugzeuge!)

Am Tag der Räumung -



um wieder auf die Erlebnisse im Camp zurückzukommen habe ich mich und viele andere damit beschäftigt, Lock-on's zu basteln. Wir haben uns dann später in Rohren verkettet. Dann hat uns noch ein Mensch über die rechtliche Lage in den Niederlanden aufgeklärt. Was ich sehr interessant finde: In den Niederlanden ist es so, dass mensch das Recht hat bei Ingewahrsamnahme o.ä. anonym zu bleiben! Mensch hat also nicht die Pflicht, sich auszuweisen.

Am Nachmittag gab es eine Demo von Schinveld aus, die mit einer Kundgebung im Wald endete. Gegen Abend wurden dann die letzten Vorbereitungen getroffen für die Räumung. Mittlerweile war die Zahl der BesetzerInnen auf über 100 und die der Baumhütten auf 12 gestiegen.

Ungefähr um halb 12 kamen voll viele Bullenwagen um den Wald gefahren. Als die Bullen dann in den Wald rein kamen und 4.30 Uhr angingen die Leute am Boden zu räumen, entstand ein total krasses Tierstimmengewirr. Alle möglichen Leute ahmten irgendwelche Tierstimmen nach. Danach widmeten sie sich den AktivistInnen auf den Bäumen. Alle Baumhütten waren mit sogenannten Walkways verbunden, also Seilen, mit denen sich die

BaumbesetzerInnen von Baumhütte zu Baumhütte rüberhangelten. Das sah wirklich total krass aus! Da es sehr kalt war auf Dauer, rissen die Bullen zuerst das Hüttengerüst bis auf die Plattform ab und schmissen die Nahrungsmittel runter. Sie nutzten die Kälte für ihre Zwecke!

Tagsüber wurden neben der Räumung sogar schon in einer bestimmten Schneise Bäume gefällt. Ich fand das echt so krass, dass nicht weit von mir Bäume getötet wurden. Ich kam total in dieses Onmachtsgefühl rein...

Wir, damit meine ich die Bezugsgruppe von drei Personen, die wir bildeten, hatten uns

an einem Baum am Boden verkettet. Später kamen noch 2 Personen dazu. Da der Baum nicht in der besagten Schneise lag, waren wir ziemlich uninteressant für die Bullen. Nach der ersten Räumungsnacht wurden wir dann zugelabert damit, dass sie uns erst in ein paar Tagen räumen und wir doch bei der Kälte fürchterlich krank werden... scheißschleimiger Konfliktmanager!

Die hatten einfach keinen Bock, sich die Mühe zu machen, unsere Rohre mit 'ner Flex zu durchtrennen! Ach ja, nicht zu vergessen - natürlich kamen sie uns noch mit dem Scheißargument, sie würden uns auch nix antun, wenn wir freiwillig gehen würden. Das macht mich im nachhinein wieder richtig wütend!

Letzten Endes haben wir in der Gruppe beschlossen, freiwillig zu gehen. Größtenteils wohl wegen der Kälte. Doch nachdem wir den Wald verlassen hatten, ging die Räumung noch die nächste Nacht über weiter. Am 10. Januar, also am nächsten Tag, gab es mittags noch eine Demo. Mittlerweile waren viele AktivistInnen wieder aus der Gewahrsamnahme frei. Wir zogen bewaffnet mit Gegenständen zum Lautsein vors Gefängnis und danach möglichst nah an den Wald ran. Ziel war, dass die restlichen BaumbesetzerInnen uns hören und daraus vielleicht Kraft o.ä. schöpfen.

Doch gegen 17 Uhr stiegen die letzten AktivistInnen freiwillig von den Bäumen. Vorher hatten sie verhandelt, dass wenigstens ein 20m breiter Waldstreifen bestehen bleibt. Nix gegen 20 ha!

Insgesamt waren nun seit Anfang der Waldbesetzung ca. 5 Wochen vergangen und die Räumung dauerte 2 Tage. Als ich wieder bei meinem damaligen Wohnort ankam, ergriffen mich schnell Zweifel, ob ich nicht noch mehr hätte tun können/sollen... Deshalb hab ich dann den Artikel geschrieben, auch wenn ich mir das anfangs nicht wirklich zgetraut hatte.





# naturschutzkampagne: raus in die natur - rein ins abenteuer!

sb sie ist wieder da- natsch- die natur- schutzkampagne der greenkids. wie bereits die vergangenen jahre wollen wir auch 2006 wieder kleine und große naturfreunde (und solche, die es werden wollen) hinaus ins grüne locken!

unser veranstaltungs- anbot richtet sich vor allem an die "groß- stadtkinder", denen wir zeigen möchten, wie viel natur es auch vor ihrer haustür gibt, in der eigentlich lebensfeindlichen steinwüste stadt, dass diese grünen oasen voll von leben stecken und dass dieses leben schön und schützenswert ist!

deswegen gibt es auch in diesem jahr wieder verschiedene exkursionen in magdeburger parkan-



grünen blat- tes.

los ging es bereits im januar mit einer winterlichen baumbe- stimmung im stadtpark. bei herrlichem sonne- schein (wenn auch etwas kaltem wind) ging es über die noch

winterkahle rothorn-insel. anhand der rinden- struktur sollten die verschiedenen bäume erraten werden. dies stellte sich als ziemlich schwierig aber auch sehr spannend heraus. letztlich halfen oft am boden liegende verwelkte blätter unseren bestimmungs- künsten nach. ein paar kinder malten rindenbilder mit kreide auf papierbögen und wir sammelten ein paar schöne anschauungsstücke - wie z.b. die fruchtstände einer esche und einer linde.

im februar fand ein vortrag zum ökologischen anbauen im kleingarten statt. dabei ging es z.b. darum, welche kulturpflanzen nebeneinander besonders gut gedeihen und sich vor schädlingen und krankheiten schützen, wie eine gesunde fruchtfolge aussieht, wie man ein hügelbeet anlegt oder einen kompost und welche möglichkeiten es gibt, unterschlüpfe für nutztiere zu schaffen.

im märz stand dann das ökosystem wald auf dem themenplan. hierbei ging es vor allem um den aktuellen zustand des deutschen waldes und welche gefahren ihm drohen: monokulturen, industrie- und autoabgase, saurer regen, sowie um den waldschadensbericht.

eine woche vor ostern luden die greenkids wieder zum gemeinsamen osterbasteln ein. diesmal wurden aber keine eier mit naturfarben ge-

färbt, sondern osterschmuck aus pappmaché und wollresten gefertigt, was allen viel spass bereitete und schöne und vor allem kreative ergebnisse hervorbrachte.

im wonnemonat mai hieß es dann endlich wieder rauf aufs rad und rein in die natur, dem vielstimmigen konzert unserer kleinen gefiederten freunde lauschen. kurzfristig wurde die exkursion vom biederitzer busch in den stadtpark umverlegt, was aber der freude an dem ausflug und der vielfalt der vogelstimmen keinen abbruch tat. die radwanderung in den biederitzer busch wird bei gelegenheit nachgeholt.

für die sommermonate sind nun noch verschiedene weitere exkursionen geplant. so steht z.b. eine radwanderung durch die elbauen am 17. juni auf dem programm. ziel ist die kreuzhorst, wo wir uns einen gemütlichen flecken für ein gemeinsames bio-picknick suchen wollen. des wei-



teren ist ein ausflug zum gut glüsig, einem ökobauernhof gleich vor den toren magdeburgs geplant. wir wollen schauen, wie so ein biohof funktioniert und den betreiberInnen große löcher in den bauch fragen, z.b. was die unterschiede zur konventionellen tierzucht sind oder ob der hof mit geschlossenen stoffkreisläufen arbeitet. außerdem wollen wir noch eine gewässergütebestimmung am schrottestau durchführen.

wenn ihr noch weitere ideen habt- ausflugsziele, aktionsvorschläge, ... fragen habt oder mitmachen wollt- kommt uns doch einfach in unserem büro besuchen (adresse findet ihr im impressum) oder schreibt uns eine mail. also dann - kopfüber ins grüne! wir freuen uns schon auf euch!



lagen und natur(schutz)gebiete. denn natur ist nicht irgendwo in den bergen, sondern direkt um dich drumherum! du musst sie nur entdecken! aber auch vorträge und aktionen stehen auf dem vielfältigen programm, sodass für jedeN etwas dabei sein sollte.

jeden monat steht etwa eine veranstaltung auf dem plan, die rechtzeitig in der tagespresse angekündigt wird. außerdem findet ihr die genauen termine und orte auf der vorletzten seite des



### 3. Mai 2005:

## Politisches Urteil im Landgericht Gießen!

Seit Herbst 2003 werden AktivistInnen aus der Projektwerkstatt in Saasen (bei Gießen) mit Prozessen überhäuft. Am 10.3. begann ein Prozeß mit 13 Anklagepunkten – erlogen von Polizei und Politik. Nach 12 Prozesstagen kassierten sie nach skandalösem Prozeß 8 Monate Haft ohne Bewährung, zudem erhob die Staatsanwaltschaft viele weitere Klagen. Angeklagte und politische Gruppen haben demgegenüber Erfindungen, Fälschungen und Hetze durch Repressionsorgane minutiös dokumentiert. Aktionen sind das wichtigste gegen den Recht-Extremismus. Aber der Prozeß wird auch immer teurer. Revision ist eingereicht – für die Verurteilten die letzte Chance!

**Infoseite zum Prozeß: [www.projektwerkstatt.de/prozess](http://www.projektwerkstatt.de/prozess)  
Dokumentation zu Repression: [www.polizeidoku-giessen.de/vu](http://www.polizeidoku-giessen.de/vu)  
Kreativer Widerstand: [www.direct-action.de/vu](http://www.direct-action.de/vu)**

Konto „Spenden & Aktionen“, Nr. 9288 1806, Volksbank Gießen, BLZ 513 900 00



# Grenzüberschreitende Urenco-Aktion

Samstag, 22. April 2006

11.30 Uhr: Innenstadt Gronau (Alter

Rathausturm) / 14.00 Uhr: UAA Almelo

Veranstalterin: AUA - Anti-Urenco Alliantie /  
Anti-Urenco Allianz

**Lasst Tschernobyl nicht in Vergessenheit geraten: Stoppt die Atomenergie!**

AKU Vor 20 Jahren fand in der Nähe von Tschernobyl eines der größten Atomunglücke der Welt statt. Diese Katastrophe läutete damals eine wahre Denkwende bezüglich der Atomenergie ein. Die Pläne zum Bau neuer Atomkraftwerke in Deutschland, in den Niederlanden und in einer Anzahl anderer europäischer Länder wurden auf Eis gelegt. Atomenergie hatte keine Zukunft mehr. Alle wurden sich auf einmal der großen Risiken der Atomenergie bewusst, die auch durch spätere Atomunglücke bestätigt wurden. Jetzt, 20 Jahre später, scheint es als ob die Politiker/innen dies vergessen hätten.

**Keine neuen Atomkraftwerke!**

Um die Zielstellungen von Kyoto einhalten zu können, und als Antwort auf die Verknappung der fossilen Brennstoffe sowie zur Reduzierung des Treibhauseffekts, wird die Atomenergie wieder als Lösung angeboten. In Deutschland, in den Niederlanden und vor kurzem auch in England wurde die Diskussion über neue Atomkraftwerke wieder begonnen. Neben der weltweiten "Ausstrahlung", die ein Atomunglück zur Folge haben könnte, werden auch die Endlichkeit der Uranvorräte und die Umweltschäden durch Urangewinnung - vor allem in den nicht-westlichen Ländern - verschwiegen. Ungefähr 85 % der aus der Erde gewonnenen radioaktiven Stoffe bleiben in den Abbaugebieten als Abfall zurück. Das ist eine Million Tonnen an flüssigen und zwei Millionen Tonnen an staubförmigen radioaktiven Stoffen pro Atomkraftwerk jährlich. Die Abbaugelände und die Abfallberge liegen hauptsächlich in Gebieten mit indigener Bevölkerung.

**Kein URENCO-Müll nach Russland!**

Auch das Abfallproblem ist nach 50 Jahren leerer Versprechungen noch immer nicht gelöst. Am liebsten würden unsere Regierungen den Abfall unter die Erde verfrachten, zum Beispiel in Salzstöcke. Der Versuch einen neuen Reaktortyp (Schnelle Brüter) zu bauen, in dem strahlende Reste abgebrannter Brennelemente wiederverwertet werden können, ist in der Vergangenheit kläglich gescheitert. Da man bis heute nicht weiß, wohin mit dem ganzen Atommüll, wird er dauernd hin- und hergeschoben. Von der Zwischenlagerung zur Aufbereitung, zur Wiederanreicherung und dann wieder in ein Zwischenlager.

Bei der Herstellung von angereichertem Uran in Gronau und Almelo bleibt ein Vielfaches an unbrauchbarem, abgereichertem Uran zurück. Dieser Atommüll wird in einer Tour mit all ihren Sicherheitsrisiken nach Russland in eine Nachbarregion von Tschernobyl verfrachtet - ungefähr in das selbe Gebiet, in dem der Supergau von Tschernobyl bereits seit 20 Jahren katastrophale Folgen für die Bevölkerung und die Umwelt hervorruft.

**Stoppt die Atomenergie weltweit! Schließt Urenco!**

Atomenergie bietet keine nachhaltige Lösung für Energieprobleme. Am Beispiel des Fiaskos beim Schnellen Brüter zeigt es sich, dass auch neue Reaktoren keine Antwort sein können. Die

Risiken und der Abfall bleiben bestehen. Am liebsten würden wir schon 20 Jahre nach Tschernobyl unsere Augen vor den Folgen dieser Katastrophe schließen. Wir müssen die Atomkraft weltweit abschaffen, die Schließung von Urenco wäre dabei ein wichtiger erster Schritt. Urenco reichert inzwischen 15 % des weltweit benötigten Kernbrennstoffes selbst an.

Die Urenco-Technik der Anreicherung mit Ultrazentrifugen geht durch die ganze Welt, so auch nach Pakistan und in den Iran. Diese Technologie ist ein wichtiger Schlüssel zum Bau von Atombomben. Statt Staaten mit Krieg zu drohen, muss die Technologie der Urananreicherung welt-



weit beendet und geächtet werden!

**Einer nachhaltigen und friedlichen Welt zuliebe muss Urenco sofort geschlossen werden!**

Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau

## Rotes Kreuz-Repression gegen Demosanis Markenstreit um eine rote Faust Deutsches Rotes Kreuz will Demo-Sanitatern Symbolnutzung verbieten

rg Gorleben. Wer schon einmal an einer Anti-Castor-Demonstration teilgenommen hat, der kennt vermutlich das Symbol: ein rotes Kreuz mit einer geballten Faust. Es ist das Zeichen der Demo-Sanitäter, die sich selbst als unparteiisch, aber nicht unpolitisch bezeichnen.

»Wir sind in erster Linie Demonstranten«, heißt es von den linken Helfern, »kein alternatives Rotes Kreuz«. Doch genau das will das Deutsche Rote Kreuz (DRK) auch kenntlich gemacht wissen, und hat den Demo-Sanitatern die Verwendung des Symbols untersagt. »Das so abgewandelte Rotkreuzzeichen verletzt das Namens- und Zeichenrecht unseres Mandanten in besonders gravierender Weise«, heißt es dazu von der Anwaltskanzlei Latham & Watkins, die das Rote Kreuz in der Angelegenheit vertritt, »da die zugefügte geballte Faust als Symbol der Gewalt dem Sinngehalt des völkerrechtlichen Schutzzeichens des Roten Kreuzes konträr zuwiderläuft.« Die vom DRK angestregte Klage gegen die Demo-Sanitäter hat unterdessen auch direkte Auswirkungen auf die hiesigen Castor-Gegner. Denn neben den Demo-Sanitatern hat

das Deutsche Rote Kreuz noch sechs weitere Gruppen und Initiativen aufgefordert, die Verbreitung des Symbols zu unterlassen - darunter auch die Castor-Nix-da-Kampagne, die die Internet-Seite [www.castor.de](http://www.castor.de) betreibt. Auf ihrem Internetauftritt hatte die Kampagne ein Flugblatt der Demo-Sanies veröffentlicht, das mit dem Symbol des roten Kreuzes und der geballten Faust versehen war und war damit ebenfalls in die Schusslinie des DRK geraten. »Folge war, dass wir eine Unterlassungserklärung gegenüber dem DRK abgeben mussten, und nun 2500 Euro Anwaltskosten zahlen sollen«, berichtet der Webmaster der Internetseite. Diese Forderung, die das DRK jetzt mit einer Klage vor dem Dannenberger Amtsgericht durchsetzen will, gefährdet die Arbeit der gesamten Kam

heißt es aus der Internet-Redaktion: »Wenn wir das Geld wirklich zahlen sollen, könnten wir dicht machen.« Die Mitglieder von Castor-Nix-da hoffen daher, dass für den Fall, dass das DRK auf der Forderung besteht, die Kosten von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg übernommen werden. Diese nutzt die Internet-Domain [www.castor.de](http://www.castor.de)

neben einigen anderen Gruppierungen für ihre Internetpräsenz.

Im Vorgehen des Roten Kreuzes und der von ihm beauftragten Anwaltskanzlei sehen sowohl die Demo-Sanitäter als auch die hiesigen Castor-Gegner indes politisches Kalkül. Man könne sich den jetzt angestregten Prozess nur so erklären, dass das DRK »ihm politisch nicht genehme Gruppen auszuschalten versucht«, heißt es in einer Presseerklärung der Roten Hilfe, der Organisation, der die Demo-Sanitäter angegliedert sind. Im Verfahren, das derzeit vor dem Hamburger Landgericht läuft, ist eine endgültige Entscheidung noch nicht gefallen. Nach der ersten Anhörung in der vergangenen Woche empfahl das Landgericht den Kontrahenten eine außergerichtliche Einigung. »Wir haben darauf jedoch von der Roten Hilfe noch keine Reaktion erhalten«, stellt Frederik Barkenhammer, Presseferent beim DRK-Generalsekretariat in Berlin, heraus. »Daher wird der gerichtliche Weg weiterverfolgt.«

Quelle: Elbe Jetzel Zeitung vom 22.3.06



# Kein Offener Raum im Blaue Welt Archiv

fb Vor etwa einem Jahr gab es die Idee, im Blaue Welt Archiv (BWA) einen Offenen Raum einzurichten [1]. Die "alte" BWA-Gruppe hatte sich aufgelöst und es gab eine breitgefächerte Einladung an interessierte Menschen und Gruppen sich Gedanken über die zukünftige Nutzung des BWA zu machen.

Bei dem ersten gemeinsamen Treffen kamen viele Leute mit verschiedenen Vorstellungen zusammen. Es gab Ideen für einen Infoladen, ein Antifa-Archiv, Computerpool und mehr.

Bis zur Auflösung der alten BWA-Gruppe war das Blaue Welt Archiv in der Praxis ein autonom organisierter Raum. Zwar hatte formal ein Trägerverein, der den Raum zur Verfügung stellte, das Hausrecht, hat sich aber nicht in die Arbeit der Gruppe eingemischt. Jetzt wollten die BewohnerInnen des Hausprojektes ihr formales Vorrecht jedoch wahrnehmen. Im Hausplenum sollte es erst abgesegnet werden, das hier ein Offener Raum entstehen darf - obwohl die meisten der Leute dort gar kein direktes Interesse am BWA hatten. Dass Leute, die gar nicht direkt betroffen sind, über die Möglichkeiten anderer bestimmen, stellt einen krassen Widerspruch zur Idee Offener Räume dar - dieser Status müsste unbedingt geändert werden, wenn ein solcher Ort entstehen soll. Durch diese Konstellation wurde es wichtig, auch im Hausprojekt die Offener Raum-Debatte zu führen.

Das fiel aber schwer, da es von den "EntscheidungsträgerInnen" kaum Initiative gab. Zwei oder drei aus dem Projekt beteiligten sich an dem Diskussionsprozess, der Rest war uninteressiert oder hatte vage Vorbehalte. Diese zu besprechen scheiterte jedoch am mangelnden Interesse. Um das Thema leichter zugänglich zu machen, wurden Kernpunkte der Debatte in Form von Plakaten, die im Hausflur aufgehängt wurden, visualisiert, Kurzfassungen erstellt, eine Infowand eingerichtet und eine Diskussionsveranstaltung mit einer VertreterIn der Stiftung FreiRäume zu Offenen Räumen organisiert. Inhaltliche Reaktionen gab es darauf nicht, nur vereinzelte Anfeindungen "hinterm Rücken" von Leuten, die sich durch das Thema in der Gemütlichkeit ihrer Hausgemeinschaft gestört fühlten.

Das Hauptargument der GegnerInnen eines Offenen Raumes aus Hausprojekt und anderen am BWA beteiligten linken Gruppen waren Ängste vor Kontrollverlusten: was tun, wenn Nazis kommen? Fremde Leute könnten Sachen aus dem Infoladen klauen. Der Raum würde verwahrlost werden, weil niemand mehr aufräumt. Jemand muss "den Hut aufhaben", sonst geht nix. Dass sich kaum eine Bereitschaft zeigte, über diese Probleme und Lösungsansätze zu reden, deutet darauf hin, dass es gar nicht wirklich um diese Punkte geht. Der Offene Raum schreckt möglicherweise einige ab, weil sie damit auch ihre eigenen Kontrollmöglichkeiten verlieren.

Eine Schlüsselstellung bei der Diskussion um den Offenen Raum stellte neben der Aufgabe des Hausrechts der Autonomievertrag dar, der vorgeschlagen wurde, um diese formale Aufhebung von Vorrechten auch formal zu vereinbaren. Um

in dieser Auseinandersetzung voranzukommen, wurde vorgeschlagen, dass es erstmal einen Entwurf gibt, der dann miteinander diskutiert wird. Dieser Entwurf wurde erarbeitet, allerdings gab es überhaupt keine Reaktionen darauf. Sowohl von der Hausgruppe aus als auch von den anderen BWA-Gruppen wurde das Thema weitestgehend ignoriert.

Allerdings wurde nicht nur dieser Versuch damit unterbunden, es geschah auch sonst so gut wie nichts mehr. Sämtliche Projektideen einschließlich derer, die angeblich inkompatibel zu einem Offenen Raum gewesen wären und damit erst-

mal verhindert wurden, wurden nie begonnen; die Gruppen haben dazu keine Aktivitäten mehr gezeigt. Einzig einige wenige Veranstaltungen fanden in den vergangenen Monaten noch im BWA statt und ein Projekt des Hausvereins nutzte den Raum. Ansonsten ist ein absoluter Stillstand eingetreten.

Zwischenzeitlich hatte eine AktivistIn das BWA "besetzt", ein satirisches Kommuniqué verfasst und das BWA zum Offenen Raum ausgerufen, um die Debatte wiederzubeleben. Das änderte an der Funkstille und Ignoranz jedoch nichts. Eigentlich könnte es ja ein gutes Zeichen sein, wenn es keinen Widerstand gegen eine Besetzung des Raumes gibt. Ich vermute aber, dass dieses Nichtreagieren darin begründet lag, dass die Person und die "Besetzung" einfach nicht ernstgenommen wurden.

Allein die Vision, der Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft ein Stück näher zu kommen, in dem Vorrechte abgebaut werden und eine horizontale Organisation versucht wird, schien niemanden vom Hocker zu reißen. Welches Potential hinter dem Entwicklungsprozess Offener Räume steckt, wurde nicht erkannt. Lieber bleiben die Leute hinter ihrem gemütlichen Ofen Thiembuku, hinter dem sie sich nicht hervorlocken lassen. Offener Raum scheint ein Langweiler zu sein, der keine Chancen neben Arbeit, Ausbildung, Gemeinschaft und Party hat. Die Entpolitisierung ist an diesem Punkt schon weit vorangeschritten.

In der linken Praxis dominieren einfache Entwürfe, die nur unter Ausblendung der Komplexität der Gesellschaft und von Herrschaft insgesamt funktionieren. Die Auseinandersetzung um das Blaue Welt Archiv bestätigt m.E. diese These. Von vielen Beteiligten wurde geäußert, dass ihnen die Diskussion zu anstrengend sei, einige haben sich offensiv der Auseinandersetzung mit den Widersprüchen ihrer Parolen und der praktischen Umsetzung verweigert. Wären es nicht zum Teil auch diejenigen gewesen, die damit gleichzeitig ihre Vorrechte bewahren, könnte mensch das auch einfach so akzeptieren.

Vielleicht hat auch der Versuch Transparenz herzustellen und alle Fragestellungen, die auftreten können, zu berücksichtigen, Leute überfordert und dazu geführt, dass sie sich aus der Debatte ausgeklinkt haben. Ich glaube allerdings nicht, dass die Fähigkeit zum komplexeren Denken nicht vorhanden ist, sondern dass

die Konditionierung durch die Gesellschaft ihren Anteil an dieser Wahrnehmung hat. Auf dem Weg zu einer emanzipatorischen Gesellschaft können solche Prozesse wie die Entwicklung Offener Räume helfen, sich aus den antrainierten Verhaltensmustern zu lösen und sich in einer Welt zurechtzufinden, die doch wesentlich vielschichtiger ist, als der Mainstream und auch viele einfache linke Politikansätze behaupten.

Für das Blaue Welt Archiv habe ich derzeit keine Ideen, wie ein emanzipatorischer Prozess anlaufen könnte. Genauso wie die Idee dort einen Offenen Raum aufzubauen sind auch nahezu alle anderen Nutzungsvorschläge für das BWA im Sande verlaufen. Es fehlt auch an motivierten Leuten, die bereit wären, die notwendige Energie für dieses Projekt aufzubringen. Das ist bei anderen "Alternativprojekten" leider auch nicht anders - die Idee "Offener Raum" hat es hier auch nur nicht geschafft, Leute zu emanzipatorischen Prozessen zu motivieren.

Bei zukünftigen Projekten könnte es sich lohnen, parallel zur Debatte darüber, ob es einen Offenen Raum geben soll und wie dieser funktionieren könnte, eine Experimentalphase zu starten. Diese sollte nicht durch Vorfestlegungen - z.B. erstmal die üblichen Strukturen aufzubauen und dann zu schauen was passiert - eingeschränkt werden. Durch die "Sicherheit", dass es immer noch möglich ist "das übliche" zu machen, wenn für aufkommende Probleme keine Lösungen gefunden werden, lassen sich vielleicht mehr Leute auf einen Versuch ein.

[1] - <http://www.projektwerkstatt.de/bwa/bwa-debatte.html>



CC Veröffentlicht unter Creative Commons  
NonCommercial  
Attribution - ShareAlike

Antifaschistisches Blatt  
**info**

Nr.70 | Winter 2006



Die Geschichte der NS-Prozesse

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt  
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin  
e-mail: [aib@nadir.org](mailto:aib@nadir.org)  
web: [www.nadir.org/aib](http://www.nadir.org/aib)

Einzelexemplar 3,10 Euro  
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)



# Die Zerstörung der Tabakanbauregionen

Von Oliver Stoll

Der kommerzielle Anbau der Tabakpflanze ist auf der Erde weit verbreitet. Die ehemals nur in Amerika heimische Pflanze wird mittlerweile in mehr als 120 Ländern angebaut. 80 Prozent des Tabakanbaus findet dabei in sogenannten Entwicklungsländern statt. Damit ist die Tabakpflanze die weitverbreitetste nicht essbare Nutzpflanze.

30 bis 33 Millionen Menschen leben ausschließlich oder teilweise vom Tabakanbau und weitere 60 bis 100 Millionen Menschen von der verarbeitenden Tabakindustrie. 90% der Arbeitsplätze binden sich in den Entwicklungsländern.

Die optimale Anbauregion für Tabak ist, biologisch gesehen, zwischen dem 40. Breitengrad Nord und dem 40. Breitengrad Süd. In diesen Regionen gibt es meist ausreichend lange Trockenphasen und frostfreie Nächte. Dies ist für die Tabakpflanzen notwendig. Insbesondere eher trockene, warme Gegenden eignen sich zum Tabakanbau. Deshalb erfolgt auch heute ein Großteil der Welttabakproduktion in diesen warmen Regionen. Auch in anderen Gebieten kann die Tabakpflanze überleben, jedoch wird dort ihre Entwicklung durch das Klima erschwert.

Obwohl die Länder der sogenannten "dritten Welt" dieses Klimavorteil haben, bringt die Tabakproduktion die Entwicklungsländer in ein Dilemma. Während auf der einen Seite durch den Tabakanbau das Brutto sozialprodukt der Staaten steigt und die Arbeitslosigkeit abnimmt, sinkt auf der anderen Seite gleichzeitig der Gesundheitszustand der Bevölkerung. Außerdem treten massive Umweltprobleme auf.

Viele Experten sind daher mittlerweile der Meinung, dass die langanhaltenden Nachteile gegenüber den kurzfristigen Vorteilen der Tabakproduktion weit überwiegen.

Die Umweltprobleme sind dabei die massenhafte Nutzung von Holz und die damit verbundene Entwaldung ganzer Landstriche, die starke Nutzung von Pestiziden sowie der starke Nährstoffverbrauch der Tabakpflanzen.

## Holzverbrauch

Im Rahmen des Weltholzverbrauches ist der Anteil des Holzbedarfs für die Tabakproduktion eher gering. In einigen Regionen ist jedoch dieser Wirtschaftszweig der größte Holzverbraucher. Gerade in diesen Ländern gibt es dabei häufig einen Holz-mangel auch schon in anderen Bereichen.

Der Großteil des Holzes wird bei der Tabakverarbeitung für die Trocknung des Tabaks benötigt. Dabei wird zwischen luftgetrocknetem und feuergetrocknetem Tabak unterschieden. Die Formulierung "luftgetrocknet" ist jedoch missverständlich, da bei dieser Trocknungsmethode ein Gebäude mit gleichbleibender Temperatur benötigt wird, welche nur durch ein Heizsystem gewährleistet werden kann. In einigen Regionen der Welt wird dazu viel Holz verwendet.

Um eine Tonne Tabak zu trocknen, werden im Schnitt etwa 20 Kubikmeter Holz benötigt. Bei mindestens 35 Ländern kann nachgewiesen werden, dass die Tabaktrocknung einen erkennbaren Einfluss auf die Zerstörung der natürlichen Wälder hat. Auch wenn der Holzverbrauch für die Tabaktrocknung niedriger ist als bei einigen anderen Produkten, macht sie immerhin zwei Prozent der weltweiten Waldvernichtung und sogar fünf Prozent der Vernichtung der Wälder in den Entwicklungsländern aus. Bei einigen Ländern ist diese Quote jedoch deutlich höher.

Ein Problem des in Afrika angebauten Tabaks ist, dass es sich meist um primitiv getrockneten Tabak handelt. In Nordamerika zum Beispiel wird Tabak zu 98,62 Prozent mit Öl getrocknet, während in Afrika 72,93 Prozent mit Kohle und 27,07 Prozent des Tabaks mit Holz getrocknet wird. Auch ist die Effizienz der Trocknungsverfahren in den Industrie-

nationen deutlich besser als die in den Entwicklungsländern. Gerade in den besonders armen Regionen wie Südamerika und Afrika haben die Farmer oft keine andere Option zur Holztrocknung. Dabei wird in primitiven Hallen der Tabak durch einen Ofen am Gebäude getrocknet. Nur wenige Länder wie Kenia oder Uganda decken einen Großteil ihres Holzbedarfs (80-100 %) durch eigene Holzplantagen. In vielen anderen Ländern wird das meiste Holz einfach aus natürlichen öffentlichen Wäldern geschlagen und verfeuert.

## Pestizide und Nährstoffprobleme

Um den Weltbedarf an Tabak zu befriedigen, muss der Tabak industriell angebaut werden. Diese Form von Tabakanbau benötigt jedoch viele Pestizide. Die Tabakindustrie selbst empfiehlt ihren Bauern in Afrika 16 Pestizideinsätze in den ersten drei Monaten. Diese Pestizide, die später auch zu Gesundheitsproblemen bei Konsumenten führen können, richten vor allem erhebliche Schäden in den Anbauregionen an. Da die meist armen Bauern kein Geld für adäquaten Schutz gegen die Pestizide haben, kommen sie direkt mit den Giften in Berührung und erkranken oft. Auch durch das oft schlechte oder ungeklärte Trinkwasser gelangen die Gifte wieder zu den Menschen und schädigen so die Einwohner in den Anbauregionen. Dies hat dazu beigetragen, dass die Lebenserwartung von Menschen in diesen Regionen sogar rückläufig ist.

Gerade in den Entwicklungsländern sind Böden oft extrem nährstoffarm. Da die Tabakpflanze besonders viel Nährstoffe braucht, müssen die Bauern den Boden stark düngen. Ein Nebeneffekt davon ist, dass auch andere Pflanzen sich auf den Feldern verbreiten, welche nur mit neuerlichen Pestizideinsätzen zerstört werden können.

Durch diese vielen Pestizide wird der Boden nach einiger Zeit selbst ohne weitere Pestizideinsätze für viele Pflanzen giftig. Als Ausweg verlassen viele Bauern ihre bisherigen Felder und roden alle zwei Jahre eine neue Fläche, um dort Tabak wieder anbauen zu können. Die alten Felder bleiben dann als zerstörte Regionen zurück, auf denen selbst nach mehreren Jahren noch kaum eine Pflanze überlebt. Dies kann durch Erosion und Verwüstung dazu führen, dass in Zukunft immer mehr Regionen biologisch zerstört sind.

Gerade dadurch, dass die Tabakpflanze mittlerweile eine durch Züchtungen stark veränderte Pflanze mit möglichst hohem Wachstum und Nikotingehalt ist, verbraucht sie bei ihrem Wachstum extrem viele Nährstoffe. Bis auf Kaffee und Palmöl, gibt es keine pflanzlichen Produkte mit höherem Verbrauch. Die Nährstoffe in der Pflanze werden auch nicht wieder nach der Ernte an den Boden zurückgegeben, wie es bei einigen anderen Pflanzen zumindest großteilig der Fall ist, sondern verbleiben in den Blättern, welche getrocknet und exportiert werden, um dann in Form von Zigaretten zu verbrennen.

Pro Hektar Tabak werden dem Boden ungefähr 50 kg Stickstoff, 14 kg Phosphor und 105 kg Kalium entzogen. Im Gegensatz dazu braucht Mais 13 kg Stickstoff, 2 kg Phosphor und 5 kg Kalium. Ausserdem würde der Anbau von Nahrungsmitteln eine Selbstversorgung der Bevölkerung ermöglichen. Die dabei verbrauchten Nährstoffe würden dann größtenteils wieder in die Natur zurückgeführt werden. Beim Tabak hingegen bleibt so gut wie kein Nährstoff in der Region.

Um den Profit zu optimieren sind auch Anbaumethoden beim Tabak weiterentwickelt worden. So werden die Tabakpflanzen immer wieder beschnitten um zu verhindern, dass sie natürlich wachsen. So kann der Ertrag weiter gesteigert werden. Dadurch nimmt aber auch der Verbrauch der Tabakpflanze von Nährstoffen noch weiter zu.

## Das Beispiel Miombowälder

Welche Auswirkungen dieser Tabakanbau haben kann, zeigt sich zum Beispiel an der Miomboregion in Afrika. Tabak wird hier insbesondere in Regionen

angebaut, die ursprünglich Trockenwälder beherbergen. Obwohl es 42% soviel Trockenwald wie Regenwald gibt, wird er in der Öffentlichkeit weit weniger beachtet. Große Teile des ursprünglichen Trockenwaldes sind auch schon abgeholzt worden, um Agrarland zu gewinnen. Die Bevölkerung in solchen Regionen hat in den letzten Jahrzehnten dabei stark zugenommen. Aufgrund der großen Armut und der fehlenden Bildung fehlt leider oft ein Bewusstsein für die Gefahren, die eine fortschreitende Abholzung der natürlichen Wälder mit sich bringt.

Der Begriff Miombowälder beschreibt eine Region in Afrika, die früher weitreichende Trockenwälder beherbergte. Sie reicht von Tansania und Kongo im Norden, durch Zambia und Angola bis Zimbabwe und Mosambik im Süden. Es ist eine warme, eher trockene Region mit regelmäßigen Regenzeiten. Die Bevölkerung in der Region ist in den letzten Jahren stark gestiegen und die Wirtschaft stützt sich auf die Agrarwirtschaft. Im internationalen Handel spielt dabei vor allem der Export von Tabak, Wolle, Tee und Kaffee eine entscheidende Rolle.

Mittlerweile werden in dieser Region 75% allen afrikanischen Tabaks angebaut. Von 1990 bis 1995 hat dabei der Anbau um 30% zugenommen. Malawis Exportertöse aus dem Tabakanbau zum Beispiel machen 40 bis 70% aller Exporte des Landes aus. Der Hauptanteil des Tabaks ist sogenannter Burley-Tabak. Dieser wird vor allem für die meisten Zigaretten in den Industrienationen verwendet.

In Tansania zum Beispiel werden dabei nur 7% des Holzverbrauchs zum Tabaktrocknen durch Holzplantagen gedeckt. 93% des Holzes stammen aus natürlichen Wäldern. Der Tabak wird dann meist ineffektiv durch Öfen getrocknet. Da der Tabak bei der Trocknung eine relativ konstante Temperatur haben muss, kann dieser Trocknungsvorgang, der mehrere Tage dauert, nicht durch die Sonne geschehen. Zusätzlich zum Feuerholz wird auch für den Bau der Trocknungshallen Holz benötigt. In einer Studie stellte Goodland 1984 den traurigen Rekord von 70 Kubikmetern Holz fest, welches in Tansania benötigt wurde, um eine einzige Tonne Tabak zu trocknen. In den Philippinen waren es zur selben Zeit etwa 20 Kubikmeter. 1995 betrug der Holzverbrauch in Malawi bei feuergetrocknetem Tabak noch 37,5 Kubikmeter Holz pro Tonne. Aber auch der Holzverbrauch bei luftgetrocknetem Tabak beläuft sich zu der Zeit in Malawi immerhin auf 19 Kubikmeter Holz pro Tonne Tabak.

Luftgetrockneter Tabak benötigte 1995 weltweit eine Holzmenge zwischen 12,1 und 62,1 Kubikmeter pro Tonne, feuergetrockneter zwischen 23,5 und 37,5 Kubikmeter Holz pro Tonne. Diese großen Spielräume kommen vor allem daher, dass in den verschiedenen Regionen unterschiedliche technische Standards genutzt werden und unterschiedliches Wetter mit nicht gleichbleibenden Temperaturen vorherrscht.

Dieses alles hat in den letzten 30 Jahren zu einer starken Veränderung in der Natur geführt. In der Miombo-Region sind ganze Regionen verödet. Untersuchungen haben ergeben, dass dort 41.900 Hektar Trockenwald jedes Jahr zur Tabaktrocknung vernichtet werden. Dies trotz einiger Wiederaufforstungsprogramme, welche aber das grundlegende Problem nicht bekämpfen können. Besonders betroffen ist bisher Malawi. Schon 1995 hatte das früher zum größten Teil bewaldete Land nur noch in 35,5 Prozent des Staatsgebietes Wälder. 14.382 ha Wald wurden in Malawi nur in den Jahren 1990 bis 1995 vernichtet. Und mehr als 26 Prozent davon nachweislich aufgrund des Tabakanbaus. Wenn der Tabakanbau dort so weitergeführt wird, gibt es in einigen Jahren keinen Wald mehr in Malawi. Die weltweit operierenden Tabakkonzerne werden dann vermutlich in ein anderes Land ausweichen können. Die Bevölkerung muss jedoch in der zerstörten Region weiterleben.



# Energiepolitik der DDR

Von Falk Beyer

## Energieversorgung in der DDR

Zu unterscheiden sind prinzipiell der Primärenergieeinsatz und die Stromerzeugung als eine Form von sekundären Energieumwandlungsprozessen. In den primärenergetischen Bereich fallen alle möglichen Anwendungsgebiete wie Verkehr, Heizung, Elektrizität, industrielle Verwendung etc. Beim durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch lag die DDR Ende der 1980er Jahre an erster Stelle und auch im weltweiten Vergleich hatten nur USA und Kanada höhere Werte.

Dieser überdurchschnittlich hohe Energieverbrauch hatte seine Ursachen in der einseitigen Orientierung auf Braunkohle als Hauptenergieträger und in den völlig veralteten und ineffizienten Umwandlungsanlagen. Auch die Anwendungstechniken waren nicht auf aktuellem Stand, wodurch auch hier große Mengen Energie verschwendet wurden. Allein im Bereich der Stromerzeugung wurden 11,3% der Elektroenergie verbraucht. Die stark subventionierten Energiepreise förderten außerdem unnötigen Energieverbrauch.

## Rohstoffgewinnung für die Energieversorgung

Die DDR verfügte nur über geringe eigene Energieträgervorkommen. Braunkohle war die einzige nennenswerte Reserve, die bei gleichbleibender Förderung nach rund 80 bis 150 Jahre ausgereicht hätte. Da die DDR wie andere sozialistische Staaten eine weitestgehend autonome Energieversorgung anstrebte, wurde der Schwerpunkt klar auf die Braunkohlenutzung gesetzt.

Wie in anderen Ländern auch, führte die Atomkrafteuphorie der 1950er Jahre zur Planung eines umfangreichen Atomprogramms. So sollten langfristig alle Probleme der Energieversorgung bewältigt werden. Geplant war eine Gesamtleistung von 110 GW für das Jahr 2000 durch Atomkraftwerke (AKW) zu decken. Diese Prognosen wurden in den folgenden Jahren auf ein Zehntel gesenkt.

## Zusammensetzung der Energieträger

Mit über 85% (BRD: ca. 49%) machten feste Brennstoffe 1988 den Hauptanteil der Energieträger zur Stromerzeugung aus. Diese festen Brennstoffe waren fast vollständig mit der Braunkohle identisch. Flüssige Brennstoffe (z.B. Heizöl) stellten nur 0,5% (BRD: 2,6%) des Energiemixes, Wasserkraft machte 1,5% (BRD: 4,8%) aus und die Nutzung der Atomenergie lag bei knapp unter 10% (BRD: ca. 34%).

Für die Erzeugung der Elektroenergie wurde etwa die Hälfte der insgesamt geförderten Braunkohle eingesetzt. In der DDR waren 1988 Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 23,6 GW installiert. Der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) - hierbei werden sowohl Strom als auch Wärme erzeugt und weiterverwendet - sank von den 1970er Jahren bis Ende der 1980er Jahre auf etwa die Hälfte.

## Veraltete und ineffiziente Anlagen und Netze

Die netzbedingten Verluste betragen mit etwa 8 TWh ca. 7,5% des Bruttostromverbrauchs - in der BRD lag er zur gleichen Zeit bei 3,7%. Verursacht

wurden diese Verluste vor allem durch die großen Entfernungen zwischen den Standorten der Großkraftwerke und den energiezehrenden Ballungszentren, den schlechten Zustand des Verteilungssystems und die nichtvorhandene Kompensation von Blindleistung auf der dezentralen Ebene.

Die meisten Braunkohlekraftwerke waren überaltert. Konzipiert für eine Nutzungsdauer von 100.000 Stunden mussten 1990 mehr als 55% der Anlagen als überaltert eingestuft werden. Diese Kraftwerke haben in der Regel einen schlechteren Wirkungsgrad. Zur Erzeugung einer Kilowattstunde Strom muss also erheblich mehr Braunkohle eingesetzt werden als in neueren Anlagen.

## Umweltbelastungen

Durch die Förderung und Verbrennung von

lebenden Menschen waren verhältnismäßig hohen Gesundheitsrisiken durch das strahlende Material ausgesetzt. Sowohl die Strahlenschutzüberwachung als auch die Erfassung gesundheitsstatistischer Daten lagen in der Hand der SDAG Wismut und waren damit völlig abgekoppelt von den in der DDR üblichen Kontroll- und Meldepflichten.

Bis 1990 gab es in der DDR den 70-Megawatt-Reaktor Rheinsberg, vier 440-Megawatt-Reaktoren in Lubmin bei Greifswald, das Endlager Morsleben, das Zentralinstitut für Kernforschung in Rossendorf mit verschiedenen Atomanlagen sowie weitere Forschungsreaktoren in Dresden und Zittau. Im Bau waren vier weitere Reaktorblöcke zu je 440 Megawatt in Lubmin, zweier 1.000-Megawatt-Blöcke in der Nähe von Stendal und der Bau eines vierten AKW-Standorts in der Dahleener Heide nahe Leipzig. Es gab noch einen fünften Standort, zu dem jedoch keine verbindlichen Angaben mehr gemacht wurden. Auch sollte das AKW in Lubmin um zwei weitere 1.300-Megawatt-Reaktoren erweitert werden.

Auch in der DDR sollten "Schnelle Brüter" und Fusionskraftwerke entstehen. Vielfach angekündigt wurde beispielsweise die Einführung des Schnellen Brütters für die erste Hälfte der 1980er Jahre. Später wurden diese Visionen von einer atomkraftgestützten Energieversorgung zwar wiederholt, über konkrete Zeiträume wurde aber nicht mehr gesprochen.

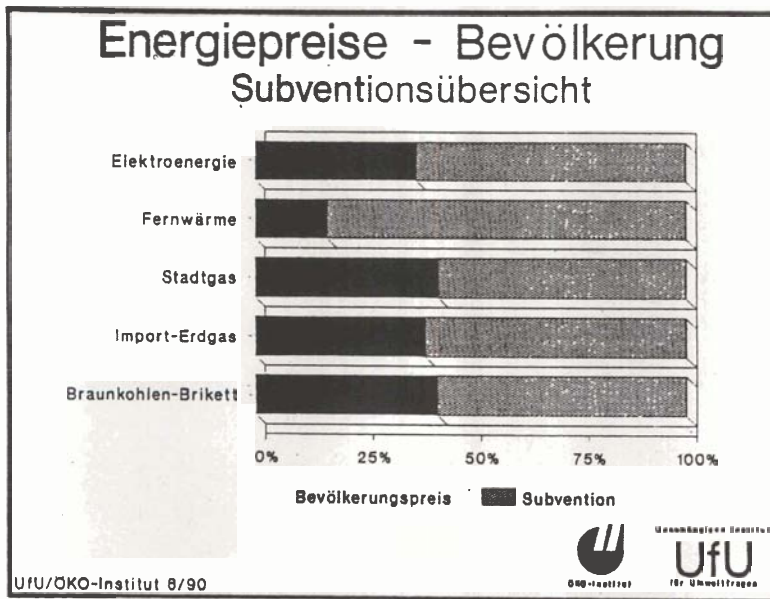
## Organisation der Energiewirtschaft

Alle Betriebe des Energiebereichs unterstanden dem Weisungsrecht des übergeordneten Ministeriums, dies war nach der Fusion des Ministeriums für Kohle und Energie (MKE) mit anderen Ministerien das Ministerium für Schwerindustrie. Hier lag die Verantwortung für die Produktion von Energie und die Deckung des Energiebedarfs. Handlungsgrundlage waren hierbei die von der Staatlichen Plankommission oder vom Ministerrat bestätigten Bilanzen und Kontingente.

Nach der Neustrukturierung der Ministeriumsbereiche waren 1990 das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit und das Wirtschaftsministerium für die Energiewirtschaft verantwortlich. Die zentrale Energiekommission war das wichtigste Organ zur Koordinierung der Energiepolitik. Ihr unterstanden die Bezirksenergiekommissionen.

Die Staatliche Hauptgasversorgung (HGV) und die Staatliche Hauptlastverteilung (HLV) stellten zusammen mit der Staatlichen Kohleversorgung (SKV) eine übergeordnete Verteilungsebene dar. Neun überregionale Kombinate teilten sich die Aufgaben, die Energieträger zu gewinnen, die Kraftanlagen zu bauen, zu betreiben und die Verbundnetze zu errichten. Fünfzehn weitere, den Bezirken zugeordnete Energiekombinate hatten die Verteilung der Energieträger vorzunehmen.

Auszug aus der Wanderausstellung "Morsleben - Geschichte eines umstrittenen Atomprojekts".  
<http://www.greenkids.de/morsleben/>



Braunkohle bzw. den Uranabbau entstanden eine Reihe von Problemen. Im Zeitraum von 1971 bis 1988 wurden 567 Quadratkilometer Land für Braunkohletagebaue verwüstet, rekultiviert wurden davon nur 404 Quadratkilometer. Diese Flächen können ökologisch keinesfalls die Ursprungslandschaft ersetzen. Bereits 1980 wurden in der DDR 75 Ortschaften abgebagert, rund 30.000 EinwohnerInnen umgesiedelt und 70 Kilometer Flussläufe verlegt.

Durch die Verbrennung der Braunkohle wurde der größte Teil der Schwefeldioxid- und Staubemissionen verursacht. Die davon ausgehenden grenzüberschreitenden Verschmutzungen betragen ca. 10 Millionen Tonnen Schwefeldioxid. Ca. 80% der 352 Tonnen CO<sup>2</sup>-Emissionen im Jahr 1988 gingen auf die Verbrennung von Braunkohle zurück. Folge vor allem der Schwefeldioxid-Emissionen sind Waldschäden, die 1989 mehr als 54% der Bäume betrafen - 16,4% waren mittel bis stark geschädigt.

Durch den Uranabbau in Europas größtem Abbaugbiet (SDAG Wismut) wurde in etwa 400 Schächten, vier Tagebaubetrieben und 16 Absetzanlagen maximal 8.000 Tonnen Natururan pro Jahr gewonnen. Aus dem Uranbergbau resultierten etwa 800 bis 1.000 Halden auf einem Gesamtgebiet von 1.200 Quadratkilometern. Die beteiligten ArbeiterInnen und in dieser Re-



## Zivilisationsnahrung #4:

# 4. Lebensmittelzusätze, der patentierte Geschmack aus der Dose

mfg Lebensmittelzusatzstoffe werden in verschiedene Klassen aufgeteilt: Farbstoffe, Verdickungsmittel, Emulgatoren, Antioxidantien, Stabilisatoren, Säuerungsmittel, künstliche Süßstoffe, Konservierungsmittel usw. All diese Zusatzstoffe müssen auf der Verpackung des betreffenden Lebensmittels angeführt sein. Die für alle EU-Staaten einheitlichen sogenannten E-Nummern geben Auskunft über Art und Namen des Zusatzstoffes.

Nummer aufgeschlüsselt werden, vorhanden, und es wird auch auf deren Auswirkungen eingegangen. Auf [http://www.apobaer.de/e\\_nummern.htm](http://www.apobaer.de/e_nummern.htm) wird ebenfalls auf E-Nummern eingegangen, speziell auf ihre schädlichen Wirkungen. Diese E-Nummern bedeuten, dass diese Stoffe EU weit zugelassen sind, insgesamt sind jedoch ca. 3000 Stoffe in Deutschland zugelassen die in unsere Nahrungsmittel gelangen dürfen, oder besser: sollen, um sie zu "verbessern".

es fehlt zum Beispiel an Beta-Carotin aus der Schale von kleinen Krebsen. Aus diesem haben diese Lachse dann weißes Fleisch, was aber beim Verbraucher nicht so gut ankommt. Deshalb wird künstliches Beta-Carotin mitverfüttert.

Dabei wird die Menge so dosiert, dass das Fleisch die Farbe annimmt die in dem Vertriebsland vom Verbraucher am ehesten als "gesunde" Färbung angesehen wird. Eine glatte Vortäuschung falscher Tatsachen, denn die Fische stehen in der Massenhaltung unter Dauer-Stress (durch z.B. die enge Schichtung der Tiere), sie werden in sehr viel geringerer Zeit (als natürlich), durch Hilfsstoffe, zu ausgewachsenen Tieren, teilweise werden Abwässer verwendet um Nahrung für die Fische einzusparen, und es werden massiv chemische Stoffe eingesetzt um eine gute "Ernte" zu erreichen. Dann "veredeln" und konservieren irgendwelche Chemiker noch den Fang mit ihrem Gift und fertig ist das Endprodukt meist in einer sterilen Plastikfolie (die unter Umständen auch noch irgendwelche Pseudohormone ausdünstet) verschweißt, kommt es dann an den Verbraucher. Na dann "Bon Appetit".

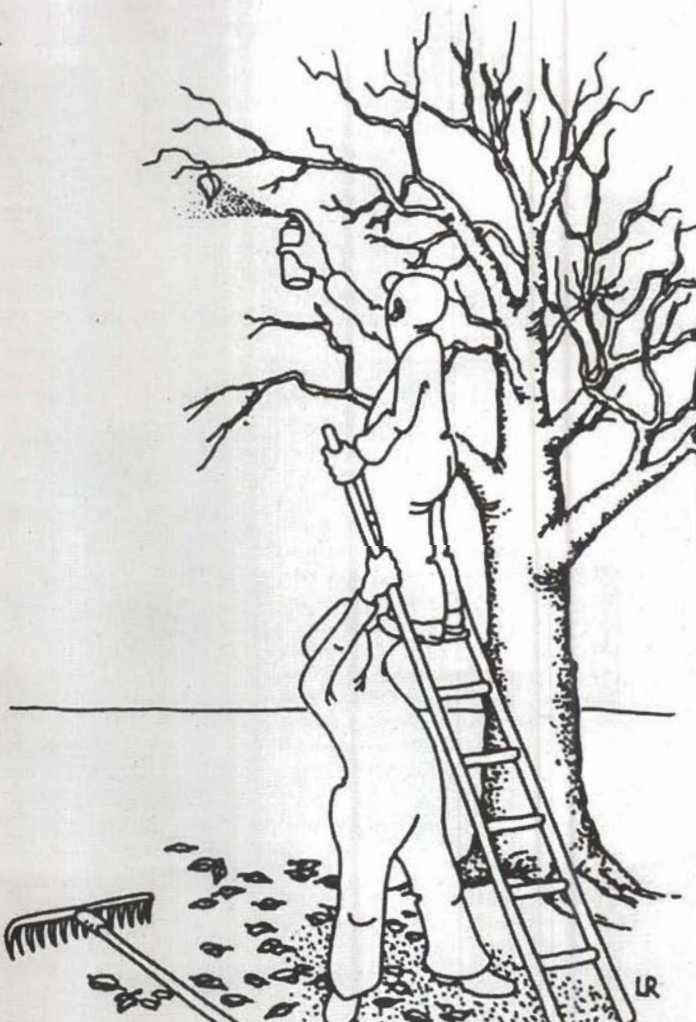
Dass diese Stoffe nicht die einzigen schädlichen sind die in unserem Essen enthalten sind, lässt sich von der gängigen Praxis in der Massentierhaltung und in der konventionellen Landwirtschaft



Allerdings ist es für den Konsumenten nicht leicht ersichtlich, was hinter der jeweiligen E-Nummer für eine Substanz verborgen ist. Noch weit weniger bekannt im öffentlichen Bewußtsein ist die Tatsache, daß alle Lebensmittelzusatzstoffe im Tierversuch getestet werden müssen, ehe sie in den Handel gelangen. Diese Versuche bedeuten für Tausende Tiere Leid, Schmerz und einen qualvollen Tod. Das Absurde dabei ist, selbst wenn diese Experimente bei Tieren gesundheitliche Schäden verursachen, bedeutet dies noch nicht, dass der getestete Zusatzstoff NICHT in Umlauf kommt.

Damit wird deutlich, dass Tierversuche für Lebensmittel Alibifunktion haben und doppelt abzulehnen sind, da sie dem Menschen keine Sicherheit bieten und den Tieren unvorstellbare Qualen bereiten. Die Alternative lautet: Umstieg auf Nahrungsmittel, die wenige oder gar keine Zusatzstoffe beinhalten; eine gesundheitsbewusste wie ethische Lösung. Auf <http://www.sabona.de/HilfsstofflisteE.htm> ist eine annähernd komplette Übersicht der Lebensmittelzusätze die durch E-

schaft gut belegen. Die Pestizide, Antibiotika, Psychopharmaka etc. (die dann durchaus noch im Endprodukt enthalten sind) müssen nicht auf den Verpackungen vermerkt werden. Ein Beispiel: In der Lachsproduktion werden die Fische mit diversen Antibiotika und Medikamenten geimpft, um Ertragssteigerungen zu erhalten (z.B. Antibiotika führen zur schnelleren Gewichtszunahme), es erfolgt die Fütterung mit Kraftfutter, was aber nicht der natürlichen Nahrung der Lachse entspricht,





## Schwarzbuch Klimawandel

Das Buch wirkt mit dem feurigem Umschlag und der Titelwahl sehr reißerisch. Aber damit wird es seinem Inhalt überhaupt nicht gerecht. Auch der Name Schwarzbuch passt eher nicht, denn weder betreiben die AutorInnen des Buches Schwarzmalerei, noch werden einzelne Bösewichter angeprangert, wie dies in anderen Schwarzbüchern zu anderen Themen der Fall ist. Stattdessen erwartet die/den LeserIn ein sehr sachlich aber auch verständlich gehaltenes Buch über die aktuellen Erkenntnisse des Klimawandels. Erstaunlich, da alle Quellen im Buch eindeutig darauf hinweisen, dass der Mensch mehr Einfluss auf das Klima hat als alle

bisherigen Asterioden, Eiszeiten oder Vulkanausbrüche. So starke Klimaveränderungen wie jetzt, das wird klar, gab es in der Geschichte dieses Planeten in so kurzer Zeit noch nie. Und auch die Folgen werden für viele Menschen wohl dramatische Einschnitte bedeuten, wenn nicht vielen sogar das Leben kosten. Eigentlich eine Erkenntnis, die zu Kritik geradezu aufruft. Doch da werden die Autoren dann sehr vorsichtig. Ihre Forderungen an eine Änderung der Gesellschaft sind vage und schwach formuliert. So als ob sie sich nicht trauen festzustellen wie viel geändert werden müsste, damit die Folgen des Klimawandels überlebbar bleiben. Aber das ist auch wohl nicht ihr Anliegen gewesen. Was bleibt ist ein Werk, das gut dokumentiert, dass entgegen anderen Aussagen sehr wohl bekannt ist, wie der Mensch auf das Klima wirkt und dass auch durch eine Zusammenfassung am Schluss des Buches auf wenigen Seiten als Argumentationshilfe für den Klimaschutz wertvolle Dienste leisten kann.

Helga Kromp-Kolb / Herbert Formayer  
Schwarzbuch Klimawandel  
ecowin Verlag 2005  
ISBN 3-902404-14-0

### Gerhard Wisnewski: *Lügen im Weltraum*

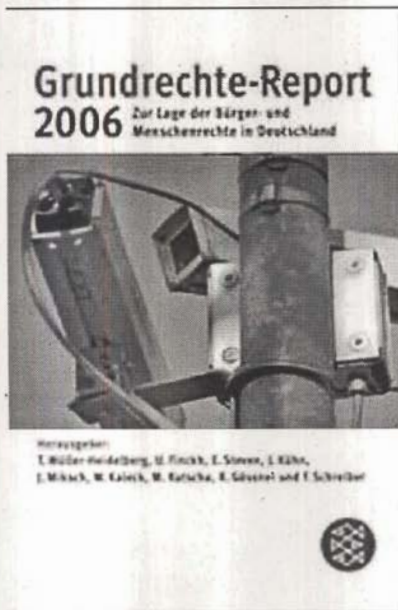
fb "Von der Mondlandung zur Weltherrschaft" ist der Untertitel dieses Buches des von einigen Seiten als Verschwörungstheoretiker bezeichneten Autoren Gerhard Wisnewski. Und der Untertitel ist auch der spannendere Teil der Analysen, um die sich diese Veröffentlichung dreht: Weltraumprogramme unter dem Blickwinkel der Machtausdehnung solcher Staaten wie USA und ehemaliger Sowjetunion. Wisnewski bringt eine Vielzahl von Hinweisen darauf zusammen, dass die verschiedenen Sensationen im All eher der Publicity und dem Machterhalt dienen. Insgesamt zeichnet er ein Bild eines militarisierten Weltraums und eines Forschungsprogramms, das mehr der Aufrüstung als der zivilen Forschung dienen sollte. Weiter untersucht er die offiziellen "Beweise" für die Mondlandung, den Flug des "ersten



Lügen im Weltraum  
ISBN: 978-3-426-77755-8  
Knaur Taschenbuch Verlag, 2005

## Grundrechte ? „Nein Danke“

Unter dem Namen Grundrechte Report 2006 geben Einzelpersonen und Gruppen von der Humanistischen Union über Pro Asyl bis hin zur Neuen Richtervereinigung einen Lagebericht zu den Bürger- und Menschenrechten in Deutschland heraus. Wie auch schon im Vorwort angekündigt, hat sich nach Meinung der AutorInnen die Lage nicht verbessert. Fast zu jedem Grundrecht finden sich Fallbeispiele, wo dieses Recht gebrochen wurde. Nur in



wenigen Fällen wird auch auf positive Urteile zu Grundrechten hingewiesen. Entlang des Grundgesetzes aufgebaut, begonnen mit Artikel 1 GG., schreiben die einzelnen AutorInnen über konkrete Einzelfälle, in denen das jeweilige Grundrecht gebrochen oder zumindest sehr schwach ausgelegt wurde. Insgesamt ein schon sehr erschreckender Bericht, wenn man bedenkt, dass dies nur einen kleinen Teil aller Fälle dokumentiert. Ich finde das Buch aber auf jeden Fall sehr lesenswert, besonders auch für Menschen die noch immer der Meinung sind, dass der Verfassungsschutz die Verfassung schützt oder dass in Deutschland keine Grundrechte gebrochen werden. Auch für versierte LeserInnen finden sich im Anhang gute Hinweise und Kontakte für weitergehende Recherchen. Etwas schwach ist jedoch die Chronologie des Jahres 2005, die eine Vollständigkeit von Grundrechtsverletzungen und wichtigen Ereignissen vorspiegelt, die nach meiner Meinung so überhaupt nicht gegeben ist.

Grundrechte Report 2006  
Fischer Taschenbuch Verlag 2006  
ISBN: 978-3-596-17177-4

## Dokumentarfilm: We feed the World

fb Unerwartet für mich entpuppte sich "We feed the World" als klassischer Dokumentarfilm, der vor allem von Interviews mit Bauern, Fischern und Kleinhändlern ausgemacht wird. Das überrascht positiv, dass solch ein Film es in die Kinos schafft. Andererseits ist jetzt für mich erklärbar, warum er in Magdeburg nicht gezeigt wird. "We feed the World" ist eigentlich der Werbeslogan des Saatgut-Konzerns Pioneer, um den es zu Beginn geht. Insgesamt handelt die Dokumentation verschiedenste Bereiche und Aspekte der Lebensmittelindustrie ab und stellt sich vor allem als Anti-Globalisierungsfilm dar. Wie häufig in diesem Zusammenhang fehlen auch die platten Forderungen von Kleinkapitalisten nicht, die eigentlich vor allem keinen Bock auf die EU-Bürokratie und internationale Konkurrenz haben. Kritik an der Ausbeutung und Umweltzerstörung

Menschen im All" und einiges mehr. Dabei stößt Wisnewski auf viele Ungereimtheiten und Widersprüche. Nach dem Lesen dieses Buches sind die Mondlandung eines Neil Armstrong im Jahre 1969 oder die erste Erdumrundung eines Mensch in persona Juri Gagarins nur noch Mythos, keinesfalls mehr als Fakten zu erkennen. Auch Wisnewski räumt ein, dass seine vielzähligen Hinweise nicht zwingend beweisen, dass seine "Version" die wahre ist. Er betont jedoch, dass die "offizielle" Geschichtsschreibung mit Vorsicht zu genießen ist. Insgesamt ein sehr spannendes und interessantes Buch, das geeignet ist, viele Fragen hinsichtlich der Glaubwürdigkeit von Regierungsaussagen aufzuwerfen.

kommt zwar auch zur Geltung, spielt aber nicht die Hauptrolle. Zumal die Alternativen, die einige der Interviewten aufzeigen, überhaupt nichts Emanzipatorisches haben, sondern nur auf einen "gebändigten Kapitalismus" anspielen. Zwar werden die Zusammenhänge zwischen Ausbeutung von Menschen in der sogenannten "Dritten Welt", Regenwaldzerstörung für die Lebensmittelproduktion der Industriestaaten und der hiesigen Nahrungsmittelindustrie hergestellt. Im Detail greift die Kritik aber häufig zu kurz und erscheint nicht immer schlüssig. Was dieser Film neben dem Wahnsinn der Lebensmittelvernichtung bzw. absurder Verarbeitungs- und Transportpraktiken verdeutlicht, ist die Unerträglichkeit der Tierproduktion zu Lebensmittelpurwecken. Selbst der Alltag des romantisiert dargestellten Kutterfischers ist brutal und grausam gegenüber den Lebewesen, die hier gefangen werden. Selbst wenn mensch nicht der Überzeugung ist, dass unnötiges Töten von Lebewesen inakzeptabel ist, sollten die hier gezeigten Bilder genügen, um diese Abscheulichkeit zu erkennen. Was dem Film fehlt, ist das Aufzeigen von Perspektiven und Utopien. So bleibt für viele vermutlich vor allem Ratlosigkeit, die schnell in Resignation oder Ignoranz umschwenken kann. Infostände bzw. Aktionen rund um den Film, die über alternative Lebensweisen, Selbstorganisation und konkrete Kritik (bzw. Alternativen) an Gentechnik, Kapitalismus, Tieraussbeutung etc. informieren, wären hier angebracht.

We feed the World  
Erwin Wagenhofer 2006





## Amerika und der Holocaust

fb Amerikanische Konzerne und Banken ermöglichten Hitler & Co. erst den Aufstieg und den Aufbau der Kriegsmaschinerie, die zur Ermordung von Millionen Menschen führte. Geistige Vordenker für Hitlers Judenbild und die spätere Anwendung der Eugenik in Deutschland publizierten ihre menschenverachtenden Vorstellungen in den USA, darunter Henry Ford. Das zumindest stellt Eva Schweitzer in dem Buch

"Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" dar. Sie nimmt dabei Bezug auf lange Zeit geheimgehaltene Dokumente, die in den USA gesammelt wurden und setzt sich mit der Rolle US-amerikanischer Firmen und einflussreicher Personen bei der Abwehr von Flüchtlingen aus Nazi-Deutschland, der Aufrüstung des 3. Reiches, bei der Herunterspielung des Holocaust in den Medien und der Rehabilitierung von Nazis auseinander.

Das Buch ist gut geeignet, um sich der Dimension der Unterstützung faschistischer Kräfte in Nazi-Deutschland durch internationale, zum Teil auch von sich als jüdisch identifizierender Personen geleiteter, Konzerne und Institutionen bewusst zu werden. Auch der

Mythos einer antifaschistischen USA, denen es um die Rettung der Holocaust-Opfer ging, musste nach der Auseinandersetzung mit den hier zu findenden Informationen über die Motivation verantwortlicher Industrieller, Medien-Chefs und PolitikerInnen ad acta gelegt werden. Vielmehr waren es wirtschaftliche und politische Interessen, die letztlich die Intervention gegen Nazi-Deutschland seitens der USA bewirkten. JüdInnen gegenüber herrschte Schweitzer zufolge dagegen selbst nach dem Bekanntwerden des Holocaust eine ablehnende, von einer stark antisemitischen Grundhaltung geprägte Stimmung vor.

Eva Schweitzer:

Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte.

Knauer Taschenbuch Verlag, 2004.  
ISBN 3-426-77784-3



## Perry Rhodan: Abschied von Terra

fb Die inzwischen 93. Ausgabe der "Silberbände" handelt von der entvölkerten Erde in einer fremden Galaxis, die zum Werkzeug unbegreifbarer Mächte in der Auseinandersetzung um die Vorherrschaft wird. Gleichzeitig wird in der Milchstraße eine Falle für die relativ unsterblichen ZellaktivatorträgerInnen errichtet. Auch nach hunderten Romanheften, auf denen die Silberbände quasi als Extrakte der vom

Herausgeber als "besten" eingeschätzten Perry Rhodan-Geschichten in überarbeiteter Form aufbauen, bleibt "Perry Rhodan" eine typische Science Fiction-Reihe: utopisch im Sinne von neuer Technik und Ausdehnung des Wirkungsbereiches der DarstellerInnen (hier: die Menschheit), aber bedauerlicherweise auch wenig phantasievoll beim Experimentieren mit neuen Gesellschaftsansätzen. In einigen Teilbereichen werden zwar zögerlich veraltete Herrschaftsformen beendet, dies geschieht aber wenig konsequent. Hier spiegelt diese Science Fiction-Reihe vielmehr die Gesell-

schaft wieder, aus der heraus sie entwickelt wurde: Widersprüche in der Geschlechterbehandlung werden erkannt und gemindert (z.B. durch Frauen in früher Männern vorbehaltenen Rollen), aber nicht grundsätzlich hinterfragt.

Auf Dauer langweilt die technikgläubige Expansion, wie Perry Rhodan sie beschreibt, wenn auch - selten - unterbrochen durch Ansätze des Hinterfragens dieser Linie, mit der auch die Hauptfiguren um Rhodan konfrontiert werden, wenn ihnen verdeutlicht wird, dass ihre bisherige Mentalität einem Verharren auf einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstufe gleichkommt.

Perry Rhodan 93.

Abschied von Terra,

Pabel-Moewig Verlag KG, Rastatt, 2006.  
400 Seiten, 15,80 EUR.  
ISBN: 3-8118-4071-1

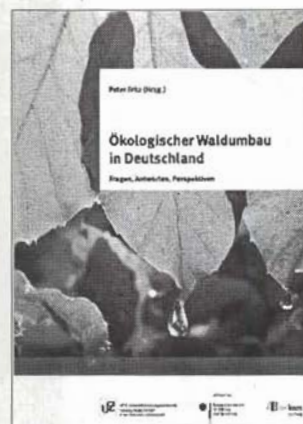
## Perry Rhodan



### Abschied von Terra

## Ökologischer Waldumbau

fb Ausgangsbasis des Buches ist ein kollegial-freundlicher Umgang mit den massiven ökologi-



schischen Eingriffen, die die Forstwirte der letzten Jahrhunderte zu verantworten haben und die weitgehende Auswirkungen auf das Ökosystem Wald hatten. Beschönend ist hier die Rede von einer "Pioniertat", dass die durch den exzessiven Holzeinschlag

stark dezimierten Wälder durch Monokulturen und Altersklassenwälder wieder wirtschaftlich verwertbar gemacht wurden. Die notwendige,

deutliche Kritik an dieser rein auf Produktivität ausgerichteten Handhabung eines Ökosystems bleibt aus. Statt dessen werden diese folgenreichen Eingriffe in wissenschaftlichem Vokabular als "gegenüber natürlichen Kalamitäten, anthropogenen Belastungen und klimatischen Veränderungen vielfach als instabil und unelastisch" umschrieben. Wo bereits der Rückblick auf die Vergangenheit der Forstwirtschaft so verharmlosend erfolgt, kann eigentlich kaum noch die notwendige Konsequenz in der Bewertung aktueller Politik und bei der Beschreibung zukünftig sinnvoller Entwicklungen erwartet werden. So stellen bereits die einleitenden Texte ein Lobeslied auf die "zukunftsorientierte" Forstpolitik und eine Absage an allzu hohe Erwartungen dar.

## Hans-Olaf Henkel: Die Kraft des Neubeginns

jes In seinem mehr oder weniger autobiografischen Buch erzählt Hans-Olaf Henkel über sein Leben und seine Sicht auf die aktuelle und jüngere Politik. Dabei nimmt er kein Blatt vor den Mund und steht zu seiner Position, zwischen den und manchmal auch gegen die Parteien. Schon die Buchvorderseite, auf welcher der Autor fast auffälliger genannt wird als der Titel, zeigt um was es in den Buch geht. Um den Autor.

Durch seine oft polemische und unsachliche Darstellung, in der Hans-Olaf Henkel fünf auch mal gerade sein lässt, dies aber bei anderen als unzumutbar verurteilt, beschreibt sich Hans-Olaf Henkel als unverstandener Übermensch. Henkel findet in diesem Buch jedoch keine wirklich interessanten Gedanken, hinter seinen von ihm als garantiert richtig deklarierten Thesen über Deutschland. Dadurch wirkt er zänkisch, wie es, zu unrecht, oft kleinen Kindern in der Trotzphase zugerechnet wird. Teilweise wirkt seine Selbstüberschätzung so absurd, dass man dabei noch einmal weiß, ob man über so viel Unsinn lachen oder weinen soll. Trotz dieser sehr subjektiven Sicht auf die Weltlage aus Sicht

Henkels, bleibt anzumerken, dass einige der gestellten Fragen durchaus spannend sind und gestellt werden müssen. Auch wenn dies in diversen anderen Büchern und politischen Schriften schon oft passiert ist und nicht, wie es das Buch vermuten lässt, Henkel der Vater dieser Gedanken ist. Was bleibt ist der Glaube Henkels, dass er das einzig richtige Rezept für ein wirtschaftlich blühendes Deutschland kennt und wir nur die Kraft des Neubeginns aufbringen müssen, um wieder 5% Wirtschaftswachstum als wahre Glücksseeligkeit zu erkennen.



Hans-Olaf Henkel:  
Die Kraft des Neubeginns  
Droemer/Knauer-Verlag 2004,  
ISBN 3-426-27349-7

Peter Fritz (Hrsg.):  
Ökologischer Waldumbau in Deutschland.  
Fragen, Antworten, Perspektiven.  
oekom Verlag, München; 2006.  
ISBN 3-86581-001-2



# Prozess gegen Nürnberger Menschenrechtsgruppen um Polizeiskandal Meinungs- und Informationsfreiheit in Bayern am Pranger

**Infodienst Jugendselfthilfe Nürnberg** Seit vielen Jahren setzt sich die Jugendselfthilfe aus Nürnberg (die sich "Stadt der Menschenrechte" nennt), auch überregional für die Rechte von Kindern, Jugendlichen und alten Leuten ein. Die kleine politisch und sozial aktive Gruppe hilft Menschen, die aus staatlichen und anderen Einrichtungen flüchten und schafft Öffentlichkeit, wenn Behörden unkorrekt arbeiten.

Am 17. März 2006 findet im Amtsgericht Nürnberg ein Prozess gegen ein Mitglied der Jugendselfthilfe sowie ein Vorstandsmitglied der Forschungsstelle für Menschenrechte Nürnberg e.V. statt. Diese hätten Polizisten "übel nachgeredet", wie sie über den Polizeieinsatz gegen die Epileptikerin Johanna S. in den Räumen der Jugendselfthilfe berichtet hätten: Johanna S. sei dort 'übelst zuge richtet' worden. Doch es existieren Fotos, Aussagen und Interviews, die den ganzen Ablauf dokumentieren. Der Jugendselfthilfe wird zudem noch eine "in eine Frage gekleidete Behauptung" bezüglich möglicher skandalöser Verhörmethoden des Polizeibeamten Gerhard Böhringer (PI West) aus Nürnberg vorgeworfen. Hintergrund ist der Bericht eines Jugendlichen, der behauptet, aus dem Gefängnis frei gelassen worden zu sein, nachdem er negative/falsche Aussagen gegen die Jugendselfthilfe getätigt habe.

Die kriminalisierte Frage befindet sich auf einem Entwurf eines offenen Briefes an Herrn Dr. Günter Beckstein, der nach Berichten betroffener Jugendlicher bezüglich 16 Heim- und Jugendamtskandalen öffentlich befragt wurde, ob die Berichte der Jugendlichen den Tatsachen entsprechen. Es gibt zu diesen Fragen auch keinerlei sichtbare Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, obwohl diese unseres Wissens verpflichtet ist, umgehende Ermittlungen anzustellen, sobald sie von möglichen Polizei-, Heim- und Jugendamtskandalen

Kenntnis erhält. Es handelt sich hier nach dem Empfinden der Jugendselfthilfe um ein politisches Verfahren mit der Tendenz:

- > 1. die Jugendselfthilfe und andere kritische Gruppen in Bayern/ Deutschland mundtot zu machen oder zumindest daran zu hindern, über die Skandale zu berichten, die sich bei bayerischen Behörden, Jugend- und Sozialämtern und in anderen staatlichen Einrichtungen abspielen.
- > 2. mit diesem Prozeß exemplarisch zu versuchen, keine Fragen über eventuelle institutionelle Misshandlungen mehr an die Regierung/ Staatskanzlei/ an Herrn Beckstein zu zulassen, die sich auf Beschwerden und Berichte Betroffener von Polizeieinsätzen oder auf bayerische und deutsche Heime, Jugendämter, Gefängnisse und Psychiatrien beziehen. Schon im April 2005 nahm man der Jugendselfthilfe sämtliche angekaufte und gespendete Fahrräder mit dem Vorwurf des "gewerbsmäßigen Fahrraddiebstahls" weg. Die Vorwürfe sind durch nichts haltbar. Es ist stadtbekannt, dass die Jugendselfthilfe viele Fahrräder geschenkt bekommt, günstig aufkauft und wieder verkauft. Die Beweislage ist so dürftig, dass nach 1 Jahr noch immer kein Hauptverfahren eröffnet wurde!
- > 3. mit diesen Sanktionen zu versuchen, die Aktiven sowie in die Jugendselfthilfe Flüchtende zu treffen, in Misskredit zu bringen und über die Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlage die sozialpolitische Arbeit der Jugendselfthilfe zu behindern oder zu zerstören. So hatte sich auch ein Jugendselfthilfemitglied von dem CSU-Mitglied und

Landtagsabgeordneten Herrn Herman Imhoff, seinerzeit telefonisch anhören müssen: "...wenn ich könnte, ich würde Ihre Gruppe aus der Stadt vertreiben!..." Insgesamt belaufen sich die Strafbefehle auf 10600 Euro!

Ein weiterer politischer Hintergrund ist, dass durch das unkonventionelle Engagement der Jugendselfthilfe viele Jugendliche selbst Tendenzen einer Kriminalitätsgefährdung abbauen konnten. Nunmehr befürchten nach Einschätzung der Jugend-

selfthilfe die Nürnberger Behörden offensichtlich, dass sie die Kontrolle über bestimmte Jugendliche verlieren könnten, die sich nicht in pädagogische Einrichtungen integrieren lassen. Unter diesem Gesichtspunkt darf natürlich auch nicht vergessen werden, dass jedes einzelne nicht mehr integrierbare Heimkind bis zu 400 Euro Verlust täglich für diejenigen bedeutet, die an diesen Kindern verdienen.

Ganz andere Summen stehen aber auf dem Spiel, wenn immer wieder Jugendliche aus übersteuerten (nicht selten gescheiterten und haarsträubenden) "erlebnispädagogischen Maßnahmen" im Ausland in die Jugendselfthilfe flüchten und über ihre Behandlung dort berichten.

Es hatte auch schon mehrere Todesfälle gegeben, zum Beispiel als sich ein 14-jähriges Mädchen, das auf der Flucht vor dem Heim war, sich aus dem Fenster der Nürnberger Gugelstrasse stürzte, als die Polizei in ihr Wohnungsversteck eindrang, um sie festzunehmen / wieder ins Heim zurück zu bringen. Weiterhin stürzte sich letztes Jahr in Fürth ein elfjähriger Junge zu Tode, der wegen einer schlechten Zensur eine harte Bestrafung befürchtete. In Griechenland war ein 15-jähriger Junge an einem Mord beteiligt, nachdem man ihn aus Nürnberg in eine Auslandsmaßnahme verschickt hatte und er dadurch seinen einzigen sozialen Halt zur Jugendselfthilfe verloren hatte.

Es gibt kein Vergessen auch im Fall des 14-jährigen Jerome L., bei dem man in der Intensivstation München seinen Leisten deckel komplett zertrümmert / verschwunden vorfand. Keinerlei Verfahren für die SEK-Beamten trotz Strafanzeigen, Totschweigen in der Presse (Nachrichtensperre?), der Junge soll(te) 5000 Euro für den Polizeieinsatz selbst tragen! Alle drei jüngeren Geschwister sind noch immer im Heimzusammenhang. Die Eltern haben Kontaktverbot, können sie nicht beschützen.

#### Mehr Infos unter:

<http://www.jugendselfthilfe.de>  
<http://www.kinderrechte-online.de.ms>  
<http://de.indymedia.org/2005/10/129631.shtml>

**Kontakt: Jugendselfthilfe Nürnberg;**  
Postfach 810361, 90248 Nürnberg  
Telefon 0911-266786  
E-mail: [jugendselfthilfe@web.de](mailto:jugendselfthilfe@web.de)

#### Spendenkonto: Nussbaum

Kontonummer 296 444 851  
Bankleitzahl 760 100 85  
Postbank Nürnberg/Deutschland/RFA/BRD

## "Vitopia"

ein neues ProjektHaus in Magdeburg

Wir wollen ein neues Hausprojekt in Magdeburg in Angriff nehmen. Dieses Haus soll ökologisch saniert und ausgebaut sein - also naturverträgliche Baustoffe, gute Isolierung, Holzheizung zur Wärmezeugung und Ökostrom per Photovoltaik. Und das sind nur einige Ideen.

Wir wollen in diesem Haus wohnen - zusammen und gemeinschaftlich, nicht nebeneinanderher wie in den meisten Häusern. Und wir wollen dort auch politisch und künstlerisch tätig werden.

Vielleicht entwickelt sich daraus ja auch eine Projektwerkstatt - eine Räumlichkeit, wo Leute einfach hinkommen und was tun, wenn sie grad Lust darauf haben. Ein Ort, der die Infrastrukturen für aktives Handeln bereitstellt.

Eine ganze Menge Ideen für Projekte in diesem Haus haben wir schon. Beispielsweise die offene Kleinkunsthöhne, eine offene Wohnung, den Ökogarten oder das offene Büro.

Wenn du Lust hast, am Basteln dieser ProjektHausidee mitzuwirken, melde dich bei uns unter 0162/8608949



# Frieden unerwünscht?!

jes Seit einiger Zeit wird in Deutschland wieder aufgerüstet. Alleine im Moment befinden sich Deutsche Soldaten in Afghanistan, Usbekistan, dem Kosovo, Bosnien und Herzegowina, im Sudan, Georgien, Eritrea und Äthiopien. Außerdem ist die Marine im Mittelmeer und am Horn von Afrika unterwegs. Dazu kommt voraussichtlich noch ein weiterer Einsatz demnächst in der demokratischen Republik Kongo und vielleicht auch in Dapur. Wenn man bedenkt, dass noch vor 15 Jahren kein einziger Soldat aus Deutschland zu Auslandseinsätzen geschickt wurde, eine erstaunliche Entwicklung, die kaum ein friedliebender Mensch für möglich gehalten hätte.

**Worum geht es denn?**

Die Gründe für die Einsätze sind vielfältig. Während es zuerst offiziell immer nur um so wichtige Dinge wie die Menschenrechte ging, werden die Gründe für Einsätze immer ehrlicher. Mittlerweile wird offen darüber geredet, dass man auch Flüchtlinge von Europas Küsten abhalten will oder sich am Krieg gegen den Terror beteiligt. Weniger Terror ist jedoch dadurch nicht entstanden und die Flüchtlingsströme wird man durch Militär auch nicht bekämpfen können. Selbst wenn man dazu die Menschenrechte abschaffen würde. So haben noch vor wenigen Jahren Afrikanische Staaten um Hilfe bei der EU gebeten, um illegale Fischfänger aus EU Staaten vor Afrikas Küsten zu bekämpfen. Dafür war jedoch kein politischer Wille zu erkennen. Erst jetzt, da die nun arbeitslosen Fischer stattdessen nach Europa fliehen wollen, wird das Militär eingesetzt.

Dies ist jedoch nur der Anfang einer neuen Militärdoktrin. Im Entwurf für das neue Weißbuch der Bundeswehr wird offengelegt, um was es in Zukunft wirklich geht. Dort kann man nachlesen, dass die Bundeswehr eine Expeditionsarmee werden soll, die in der Lage ist, die Rohstoffversorgung der Bundesrepublik zu sichern. Der Krieg ums Öl wird legitimes Ziel. Ob so viel Ehrlichkeit bis in die finale Ausgabe des Weißbuches erhalten bleibt ist ungewiss, die Hintergründe der Umstrukturierung der Bundeswehr sind jedoch damit nicht mehr zu verschleiern.

**Das ist doch alles weit weg, oder?**

Auch hier im Land ist den meisten klar, dass die Befugnisse der Bundeswehr erweitert werden sollen. Erste Vorstöße, wie die Erlaubnis im Ernstfall auch Liniinflüge abschließen zu dürfen oder ein großer Einsatz von Bundeswehrsoldaten gegen Castorgegner oder zur WM sind zwar nicht von den Gerichten zugelassen worden, aber ansonsten gedeiht die Remilitarisierung der Gesellschaft prächtig. Immer häufiger werden große öffentliche Gelöbnisse und andere Veranstaltungen mit Bundeswehrebeteiligung abgehalten. Oft sogar mit Unterstützung oder auf Einladung der lokalen Politiker. Die Bundeswehr soll nach scheinbar aller Wille wieder gesellschaftsfähig werden. Eine Politik, die eigentlich für viele nach den Schrecken zweier Weltkriege als endlich

abgeschafft gegolten hatte.

Um dies auch verwirklichen zu können, werden Truppenübungsplätze und Kasernen neu geschaffen oder ausgebaut. Alleine in Sachsen-Anhalt gibt es mittlerweile mehr als 150 qm Truppenübungsplatz - im Gegensatz zu etwa 1,5 qm Spielplatz - pro Einwohner. Auf eine Nachfrage dazu bei einem Bundes-

wehrsoldaten wurde lapidar geantwortet, dass auch ihr Spielzeug viel größer sei. Das ist wohl wahr.

Zu dieser Entwicklung kommen noch immer mehr Freundschaftsbekundungen gegenüber der kämp-

fenden Truppe. So ist die Stadt Magdeburg sogar einem „Freundeskreis Korvette Magdeburg“ beigetreten, um ihre Solidarität mit einem Kriegsschiff zu demonstrieren. Was sonst noch kommen mag, ist ungewiss.

Dass die Propaganda über die Gefahren, welchen wir ohne diese Maßnahmen ausgesetzt wären, funktioniert, zeigt unter anderem die Aussage eines Soldaten, der wirklich der Meinung war, dass die „Islamisten“ Deutschland sofort angreifen würden, wenn die Bundeswehr nicht standhaft bleibt. Das alte Feindbild wurde erfolgreich neu besetzt. Ein Umdenken bei den Menschen konnte erfolgreich verhindert werden.

**Was kostet das denn?**

Wie fast immer wird heutzutage bei fast jeder Maßnahme gefragt, was es denn kostet. Obwohl diese Frage schon grundsätzlich hinterfragt gehört, es nützt nichts Milliarden auf der Bank zu haben, wenn man keinen Planeten mehr hat, auf dem man seine Devisen nutzen kann, muss auch das bei der Bundeswehr untersucht werden.

Neben Problemen, die genauen Kosten zu übersehen, einige Positionen der Bundeswehr landen auch in anderen Haushaltsposten, wird deutlich, dass es im allgemeinen dort kaum an Geld zu mangeln scheint. Während die Sozialausgaben angeblich nicht mehr tragbar sind, werden neue Rüstungsgüter in Milliardenhöhe angeschafft, Auslandseinsätze finanziert und die militärische Forschung im vollen Umfang fortgesetzt. Warum gerade beim Militär nicht gespart

werden kann, ist dabei nicht ersichtlich.

Auch das Argument, dass die Bundeswehr viele Arbeitsplätze schafft, ist irreführend. Zum einen sind in den Regionen, wo die Bundeswehr Truppenübungsplätze betreibt, lange nicht so viele Arbeitsplätze entstanden wie versprochen, zum anderen vermuten viele sogar, dass mehr Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Gerade deswegen kämpfen die Menschen in der Region Kyritz-Ruppiner Heide in Nordbrandenburg gegen einen neuen Truppenübungsplatz. Sie haben berechnet, dass er tausende Arbeitsplätze kosten würde - und ihnen die Freiheit, ihre Region selbst nutzen zu können.

Und auch wenn die Bundeswehr in einigen Regionen Arbeitsplätze schafft, geschieht dies nur vordergründig. Da die Bundeswehr bisher keine Einnahmen außer Steuereinnahmen hat, entstehen jegliche Arbeitsplätze sozusagen direkt auf Kosten des Steuerzahlers. Wie viele Lehrer, Ärzte, Pfleger oder andere nützlichere Berufe alleine vom Kernhaushalt der Bundeswehr mit etwa 24 Mrd. Euro bezahlt werden könnten; kann sich jedeR selbst ausrechnen.

**Ist das denn schlimm?**

Was spricht dagegen, die Bundeswehr wieder zu einem zentralen Bindeglied der Gesellschaft zu machen? Natürlich sind da zum einen die Kosten, denn jeder Euro für die Bundeswehr muss an anderer Stelle gespart werden. Für viele Menschen, die schon in prekären Situationen leben, bedeutet dies weitere Einschnitte. Dass sie so schnell auf Jobs bei der Bundeswehr angewiesen sein könnten, ist wahrscheinlich auch nur Zufall.

Dazu kommt die Frage nach dem Sinn des Ganzen. Der einzige Unterschied der Bundeswehr zu anderen Spezialisten des Staates ist die Fähigkeit, Menschen töten zu können. Für Unwetterkatastrophen wäre ein besser ausgerüstetes THW, für Notfälle mehr Rettungssanitäter und auch für Ausschreitungen vermutlich die Polizei geeigneter. Selbst Terroristen konnten bisher nie von irgendwelchen Soldaten gestoppt werden. Es bleibt die Frage was die Bundeswehr so unersetzbar macht.

Dabei fällt auf, dass keine andere Institution außer der Bundeswehr in der Lage ist, Menschen auf der ganzen Welt mit Gewalt zu bestimmten Dingen zu zwingen. Wer international gegen den Willen vieler Menschen seine Politik durchsetzen will, braucht dazu eine starke Armee. Dass dieses Konzept trotzdem nur sehr bedingt funk-

tioniert, zeigen schon die Einsätze der US-Army im Irak. Ohne andere Ansätze für politische Lösungen sind vermutlich auch die Bundeswehrein-sätze in Afghanistan oder auch demnächst in der demokratischen Republik Kongo zum Scheitern verurteilt.

Erschreckend ist, dass die Menschen in Deutschland diese Lektionen scheinbar noch immer nicht gelernt haben. Denn während die Bundeswehr immer öfter gefeiert wird, sind an der Kritik erstaunlich wenige Menschen interessiert. Ob sie dann später sagen werden, sie hätten von nichts gewusst, bleibt abzuwarten.



**Mehr Platz für unsere Jungs!**





# Speziesismus

<Andre Gamerschlag>

Der «Speziesismus» Begriff wurde lange Zeit, zumindest im wissenschaftlichen Bereich, nur in der Tierethik, einer Unterdisziplin der Bioethik in der praktischen Ethik benutzt. Erst später findet er in einem sehr begrenzten Rahmen Einzug in Disziplinen der Sozialwissenschaft. Ich möchte hier eine kurze Definition des Speziesismus zusammentragen und dabei oberflächlich auf den ideologischen Aspekt eingehen.

Der Begriff «Speziesismus» (speciesism) wurde 1970 vom Psychologen Richard D. Ryder geschaffen und erstmals von ihm in einem Flugblatt benutzt, um einen Art- oder Speziesegoismus oder -zentrismus auszudrücken. Er bezeichnet den Teil des Dispositionssystems, also der grundlegenden Haltung eines sozialen Akteurs, der die Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata für die Gewaltausübung über «Tiere» hervorbringt. Speziesismus kann gleichermaßen als Stereotypenkomplex angesehen werden, analog zum Rassismus und Sexismus, der die Ausgrenzung und Unterdrückung einer Gruppe aufgrund der Hervorhebung von Andersartigkeiten oder vermeintlichen Andersartigkeiten proklamiert und legitimiert. Ein Grundelement von Stereotypenkomplexen ist immer die Aufwertung der eigenen Gruppe und die gleichzeitige Abwertung der anderen Gruppe z.B. Farbige (Rassismus), Frauen (Sexismus), Schwule und Lesben (Hetero-Sexismus) oder in diesem Fall anderen Tierarten, also Spezies. Aufgrund der Andersartigkeit nichtmenschlicher Tiere - in Relation zur Spezies homo sapiens - werden diese als minderwertig deklariert und somit aus der Schutz- und (Existenz-) Rechtswürdigkeit ausgeklammert. Die Spezieszugehörigkeit oder genauer gesagt die Nichtzugehörigkeit zur Spezies homo sapiens und damit verbundene Eigenschaften werden als das entscheidende Kriterium betrachtet, um zwischen Individuen mit Recht auf Leben, nämlich Menschen, und Individuen die dem Menschen als Ding zur Verfügung stehen, nämlich nichtmenschliche Tiere, zu differenzieren.<sup>1</sup> Hier wird die spezifische Weltanschauung die dem Speziesismus zugrunde liegt, nämlich der Anthropozentrismus deutlich. Diese Anschauung setzt «den»/die Menschen in den Mittelpunkt der Welt. Die Umwelt mit den darin lebenden nichtmenschlichen Tieren sind wegen der Menschen da, um als seine Ressourcen verwendet zu werden. Somit kann Speziesismus, genau wie die Beherrschung und Ausbeutung der Natur als Subideologie des Anthropozentrismus betrachtet werden.

Als Anlehnung an die Definition des Rassismus von Albert Memmi, mit den vier Elementen der rassistischen Einstellung, nennt die Sozialwissenschaftlerin Birgit Mütherich die vier Elemente speziesistischer Einstellung:

- «1. Die nachdrückliche Betonung von tatsächlichen oder fiktiven Unterschieden zwischen dem Speziesisten und seinem Opfer.
2. Die Wertung dieser Unterschiede zum Nutzen des Speziesisten und zum Schaden des Opfers.
3. Die Verabsolutierung dieser Unterschiede, indem diese verallgemeinert und für endgültig erklärt werden.
4. Die Legitimierung einer - tatsächlichen oder möglichen - Aggression oder eines - tatsächlichen oder möglichen - Privilegs.»<sup>2</sup>



Der Philosoph, Theologe und Soziologe Johan

S. Ach rekapituliert verschiedene Formen des Speziesismus, wie sie in den Diskussionen der Tierethik herausgearbeitet wurden.<sup>3</sup> Diese Formen finden sich auf zwei Ebenen wieder. Zum einen wird aufgrund der logischen Basis zwischen «qualifiziertem» und «unqualifiziertem» Speziesismus unterschieden, zum anderen aufgrund der Intensität zwischen «absoluten», «radikalen» und «milden». Unqualifizierter Speziesismus nennt als entscheidendes Kriterium die Spezieszugehörigkeit, während qualifizierter Speziesismus als Kriterium Eigenschaften verwendet, die mit der Spezieszugehörigkeit in Verbindung stehen. Die Kriterien Vernunft, Moralfähigkeit, Autonomie und Sprachfähigkeit werden am häufigsten zur Begründung herangezogen, manchmal auch als Bündel aus mehreren oder der Gesamtheit. Der absolute Speziesismus bestreitet dass nichtmenschliche Tiere Interessen haben können und somit auch keines moralischen Schutzes bedürfen. Radikaler Speziesismus gesteht nichtmenschlichen Tieren zwar Interessen und damit eine gewisse Schutzwürdigkeit zu, in Konfliktfällen mit menschlichen Interessen wird aber zugunsten der spezieeigenen Interessen entschieden. Beim milden Speziesismus werden die nichtmenschlichen Interessen mit den menschlichen Interessen abgewogen und wenn die Differenz ausreichend groß ist, werden die nichtmenschlichen Interessen zurück gestellt. Speziesismus kann unter anderen Gesichtspunkten auch als Ideologie angesehen werden. Ideologie definiere ich hier, sehr allgemein gehalten, als Wahrnehmungs- und Denkschema. Die hier relevante Eigenschaft von Ideologien ist, dass die Wahrnehmung und damit das Denken ein verzerrtes Bild der wirklichen Welt zeigen<sup>4</sup>, welche sich hier in einer Gleichmachung äußert.<sup>5</sup> Der Tierbegriff ist ein theoretisches Konstrukt, welches alle Arten ausgenommen den homo sapiens vereint und innerhalb des Begriffes gleichstellt. Es ist jedoch empirische Realität, bezieht man sich auf die genannten Differenzkriterien oder denkt man an die physiologischen Voraussetzungen für Schmerzempfinden, dass es sowohl Spezies gibt deren kognitive und sinnliche Fähigkeiten gegen null tendieren und Spezies deren Fähigkeiten in Richtung des Menschen tendieren.<sup>6</sup> Die ganze

Ausdifferenziertheit der Arten wird innerhalb der Tier Kategorie als monolithischer Antipode des Menschen gedacht. Birgit Mütherich bezeichnet den «Mensch-Tier-Dualismus» als «antithetisches Konstrukt» und zeigt parallel konstruierte antithetische Paare auf.<sup>7</sup> Dualismen wie «Kultur - Natur» oder «Vernunft - Trieb» sind Implikationen von Differenzkriterien und können auf die Kategorie Tier bezogen keine empirische Validität besitzen. Eine Differenz zum Menschen muss an jeder Spezies einzeln ausgemacht bzw. gedacht werden, um den wirklichen Gegebenheiten gerechter zu werden. Eben dieser Unterschied, zwischen der materielleren Sicht einer Tierwelt von Würmern bis Menschen und einer verfälschten Sicht von Tieren als Gegenteil von Menschen, macht die wichtigste Verzerrung aus. Sie ist der Grundbaustein für das speziesistische Denk- und Wahrnehmungsschema.

Diese und implizierte Verzerrungen mit allen Einflüssen in ihrer kulturhistorischen Genese formten die speziesistischen Handlungsschemata im heutigen Mensch-Tier Verhältnis. Dieses ist gekennzeichnet, betrachten wir die westlichen Kulturen, von einer Unterteilung der Tiere in Nützlichkeitskategorien wie Haustiere, Versuchstiere, Nutztiere und Wildtiere. Durch diese Kategorisierung wird entschieden welche Spezies als Objekt für Zuneigung oder für Experimente geeignet ist und welche Spezies als Nahrungs- und Kleidungslieferanten oder als sportliches Objekt, unter dem Deckmantel der Artenregulation, angesehen wird.

1 Johann S. Ach beschäftigt sich in der „Kritik des Speziesismus“ in seinem Buch „Warum man Lassie nicht Quälen darf“ mit der Frage ob die Differenzkriterien empirisch alle Menschen von allen nichtmenschlichen Tieren trennen können und inwieweit diese Kriterien überhaupt Gültigkeit besitzen können.

2 Mütherich, Birgit: Speziesismus, soziale Hierarchien und Gewalt. Hannover (aTaH) 2005, S.7f

3 Ach, Johann S.: Warum man Lassie nicht quälen darf. Erlangen (Harald Fischer Verlag) 1999, S.116ff

4 Durch die psychologischen und letztendlich biologischen Rahmenbedingungen der



Wahrnehmung und des Denkens stimmt die wahrgenommene Welt nicht vollkommen mit der objektiven Welt (theoretisch: aus einem vorbedingungslosen Blickwinkel) überein, da wir sie in unseren Worten denken, unter unseren Gesichtspunkten betrachten und in unsere Kategorien einteilen. Wir sehen die Welt, bildlich gesprochen, durch eine Brille. Die Beschaffenheit dieser Brille ist sowohl kulturell als auch individuell geprägt.

5 Den Ideologie Begriff auf den Speziesismus anzuwenden wäre ein Thema für sich, ebenso alle markanten Implikationen herauszuarbeiten. Dies soll aber nachgeholt werden. An dieser Stelle wird nur ein Kriterium angesprochen, welches als ausreichende Bedingung angesehen werden kann.

6 Ach (1999) bespricht Ausnahmen, welche direkt mit der Validität der Differenzkriterien zusammenhängen.

7 Mütterich, Birgit: Die soziale Konstruktion des Anderen. Hannover (aTah) 2005, S.5f

## Internet

### Autonome Tierbefreiungsaktion Hannover

<http://projekte.free.de/atah>

### Tierrechts Aktion Nord

<http://www.tierrechts-aktion-nord.de/>

### Vegan Geeks

<http://veg.gs/>

### Gegen Speziesismus

<http://anti-speziesismus.de>

### Wikipedia

<http://de.wikipedia.org/wiki/Speciesismus>

### VeganWiki

<http://de.veganwiki.org/cgi-bin/wiki.pl/Speciesismus>

### Speziesismus?

<http://chuzpe.net/speziesismus/>

## <AntispeTicker>

### Buchprojekt

In der Reihe «Fragend Voran» soll ein Neues Heft mit dem Themenschwerpunkt «Herrschaft und Speziesismus» erscheinen. Mit den im Heft veröffentlichten Texten sollen Veganismus, Speziesismus und Tierrechte aus herrschaftskritischer Sicht unter die Lupe genommen werden. Wer sich an diesem Projekt beteiligen möchte, findet alle Informationen unter <http://veg.gs/de/wiki/buchprojekt>

### Grbl bei RoC

Das Grüne Blatt gibt es ab sofort auch im Onlineshop von Roots of Compassion, einem antispeziesistischen Kollektiv. Wer das Grüne Blatt über das Internet beziehen möchte, findet den Shop unter <http://www.rootsofcompassion.org/>

### Antispe-Netzwerk

Menschen und Gruppen aus verschiedenen Städten im Osten haben sich vernetzt. Das Ganze heißt «Antispeciisma Agadreto Orienta» (Esperanto: Antispeziesistisches Aktionsnetzwerk Ost). Bislang dabei sind Menschen aus Berlin, Dresden, Jena, Magdeburg, Salzwedel, Leipzig und Halle. Mehr dazu gibts unter <http://aa-o.de/>

### Religionsfreie Jagdkritik

In Berlin hat sich eine neue Gruppe gebildet, der «Arbeitskreis gegen Jagd». Expliziter Anspruch der Menschen, die mitmachen, ist es, Jagdkritik von einem herrschaftskritischen Standpunkt aus zu besetzen und der Dominanz des Themas durch totalitäre Sekten entgegenzutreten. <http://arbeitskreis-gegen-jagd.de.vu/>

### Upcoming

23-26.06. AnimalRights gathering, UK  
>>> <http://ar2006.info>  
08.07. AAP demo, Frankfurt  
>>> <http://www.primatenkampagne.net>  
15.07. veggie street day, Dortmund  
>>> <http://www.veggie-street-day.de>  
22.07. Covance demo, Münster  
>>> <http://www.tierrechte-muenster.de>  
26-30.07 D.I.Y. against the state, Freiburg  
>>> <http://diy.atspace.org/>

## Glasbruch und Repression bei P&C

In Mainz hat eine Aktionsgruppe der «Animal Liberation Front» zum wiederholten Mal die Scheiben der Mainzer Filiale des Modekonzerns «Peek & Cloppenburg» eingeworfen. Ein angeheuerter Sicherheitsschere konnte eine Person festhalten. Im Anschluß kam es zu Hausdurchsuchungen bei mehreren Menschen. Die von der Repression Betroffenen wünschen sich nun Solidarität.

[http://www.tierbefreier.de/nachrichten/06/soliaufruf\\_mainz.html](http://www.tierbefreier.de/nachrichten/06/soliaufruf_mainz.html)

## Neonazis für Tierrechte

In Dresden haben Neonazis aus der Hatecore-Szene versucht, sich an der Kampagne gegen den Pelzhandel bei «Peek & Cloppenburg» zu beteiligen. Mehrere «Autonome Nationalisten» stellten sich in Unterhosen mit einem Transparent vor den Eingang der P&C-Filiale. Die «Offensive gegen die Pelzindustrie» stellte klar, dass die Kampagne nichts mit den Neonazis zu tun haben will.

<http://veg.gs/de/blog/tag/nazis>

## Im Kielwasser der Holocaustwelle

Zwei Menschen aus dem Umfeld der Gruppe «Arbeitskreis für Tierrechte und Ethik» stellten sich mit einem Plakat mit der Aufschrift «Für Tiere ist jeden Tag Dachau» vor den Eingang zur Dachauer KZ-Gedenkstätte. Die «Berliner Tierrechtsaktion» hat zu dieser Aktion einen kritischen offenen Brief verfasst, der von vielen antispeziesistischen Gruppen unterstützt wird.

<http://veg.gs/de/blog/view/195>  
<http://aa-o.de/de/texte/offener-brief-akte/>

## Neues Delfinarium

Im Küstenort Glowe auf Rügen soll ein neues Delfinarium gebaut werden. Erstmals zeichnet sich eine breitere Zusammenarbeit zwischen Tierrechtsgruppen und Natur- und Umweltschutzgruppen ab.

<http://veg.gs/de/blog/view/215>

(Anzeige)

Konzeption

Design

Offset- & Digitaldruck

Bannerdruck

Planendruck



Displays / POS-Artikel

Werbeartikel

Versandarbeiten

Direktmailings

Bildpersonalisierungen

voice  
design

[www.voice-design.de](http://www.voice-design.de)





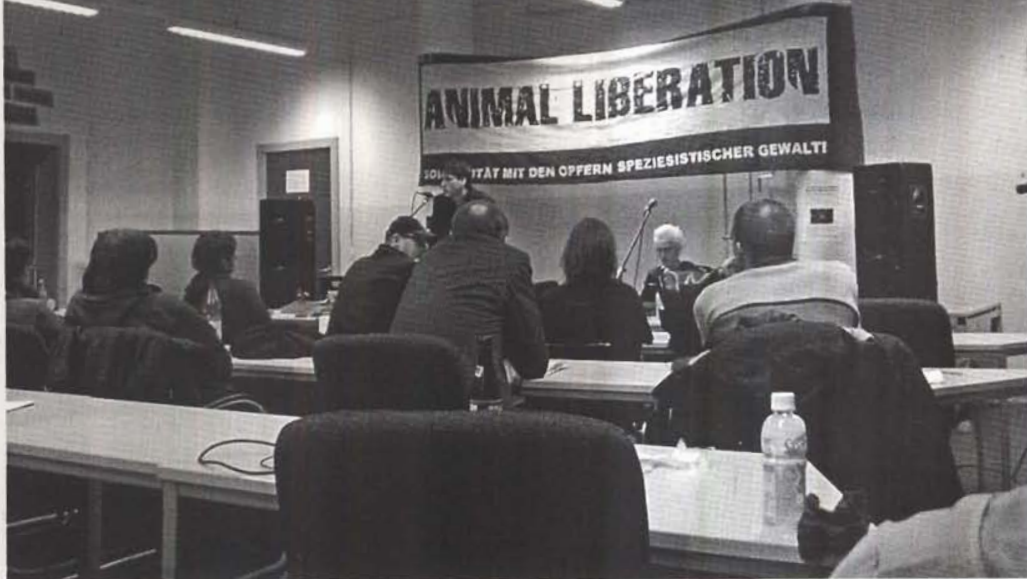
## ... dass der Mensch ...

Eindrücke vom «TAN-Kongress»

(svo) Im kriminellen ... pardon ... rechtswissenschaftlichen Teil der Hamburger Universität fand im Februar ein Kongress der «Tierrechts Aktion Nord» statt. Die Veranstaltung trug den sperrigen Titel «...dass der Mensch das steinerne Herz der Unendlichkeit erweicht - Tagung für eine kritische Theorie zur Befreiung der Tiere». Das mit der kritischen Theorie war nicht nur so eine Floskel, nein, das war durchaus ernst gemeint. Die Vorträge (ja, da ging es ziemlich frontal zu) waren durchgezogen von Horkheimer und Adorno, Checkerslang und so Zeug.

Beim ersten Vortrag bekam ich Angst, was diese Menschen für seltsame Ansichten haben würden. Es ging um «Tierprozesse». Der Vortragende versuchte - so mein Eindruck - an Hand des historischen Nachweises, dass nicht menschliche Tiere als Rechtssubjekte fungierten, den Bezug zur gegenwärtigen Forderung, dass jenen der Status eines Rechtssubjektes anerkannt würde, herzustellen. Schauerlich. Die anschließenden Vorträge habe ich mehr oder weniger verschlafen, da ich zu müde war. Bei Marcus Hawels «Emanzipative Praxis und Kritische Theorie. Zur Dialektik von integrativer Anerkennung und aufhebender Negation» habe ich - trotz wachen Geisteszustandes - nichts verstanden. Überhaupt habe ich das meiste Zeug nicht verstanden. Entweder ist die kritische Theorie ein Werkzeug des Checkertums, Ideen geheim zu halten, oder die Vortragenden haben sich keine Gedanken darüber gemacht, dass auch außerhalb ihrer intellektuellen Wahrnehmung eine Bewegung existiert.

Zu den Highlights zählte aber der Vortrag von Colin Goldner, der sich Esoterik im Bereich der Tierrechte annahm. Nicht nur, dass ich ihn verstand, nein, auch inhaltlich musste ich innerlich tanzen. An Tierheilpraktikern, Universellem Leben und anderem Esokrams wurde eine umfassende Kritik geübt. Der



Vortrag war witzig und gehaltvoll, Colin Goldner sympatisch durch und durch.

Später gabs dann noch einen Vortrag eines Publizisten aus der normalen Realität, der sich mit Utopie beschäftigte. Da der Vortrag nicht zu abgehoben war und die Leute ihn verstanden haben, gabs am Ende noch eine Menge berechtigter Kritik aus dem Publikum. Dennoch fand ich die Situation angenehmer als das mysteriöse Schweigen nach kritischetheoriehaltiger Kost.

Leider habe ich den ersten Vortrag am Sonntag verpasst. Günther Rogausch hat da wohl die Ethik zu Gunsten einer Ideologiekritik kritisiert. Naja, im November kommt eh alles als Buch raus. (Im Alibri-Verlag).

Melanie Bujok hat dann den üblichen Kram erzählt und sich dabei auch auf das Recht bezogen, wens auch das Recht auf Widerstand

war. Ich mag Melanie Bujok, der Mensch hats echt drauf. Aber Recht auf Widerstand? Erzwangene Herrschaftsfreiheit? Ein Widerspruch in sich.

Zum Schluß gabs dann nochmal die volle Dröhnung: Susann Witt-Stahl beleuchtete Holocaustanalogien mit den Automatismen der kritischen Theorie, verstanden habe ich kaum was, aber das macht nix, da ich ja ihre Human-readable-Texte kenne.

Alles in allem wars eine schöne Veranstaltung, nur zu intellektualistisch.

<http://tan.pflanzenmoerder.de/kongress/kongress.html>

## Rezensionen

### Statt Zigaretten

(svo) «Statt Zigaretten» von Norbert Pautner ist kein Buch, sondern ein kleiner Pappkarton im Format und der Aufmachung einer Zigarettenschachtel. Doch Zigaretten sind nicht drin, statt dessen nur kleine Karten mit Tipps, was mensch denn tun kann, anstatt *num eine Zigarette zu rauchen*. Doch ob «Atmen und bis zehn zählen» oder «Apfel essen» - geholfen hats nichts. Ein netter Gag um Rauchende zu ärgern, wenn mensch um eine Kippe angeschnorrt wird, aber kein wirksames Mittel um der Sucht zu entkommen.

Pattloch, 2005, 5.00 Euro



### Brockhaus von A-Anat

jes Die neue Brockhaus Enzyklopädie beeindruckt vor allem durch ihr Äußeres. Schon der erste Band A bis Anat ist beachtlich dick, mit Goldrändern und echtem Leder. Und er wurde auf Papier aus «nachhaltig bewirtschafteten Wäldern» gemacht. Ob das nötig oder auch nur gut ist, muss jeder selbst beurteilen. Für die Suche von Begriffen spielt das alles keine Rolle. Wichtiger dafür ist natürlich der Inhalt. Und der Brockhaus wirkt mit diesem Band schon sehr umfangreich. Die meisten Begriffe, die man kennt und vielleicht irgendwann einmal wissen muss, kann man finden.

Oft auch mit umfangreicher Erklärung, wie ich sie bei «Anarchismus» z.B. nicht erwartet hätte. Jedoch sind einige Erklärungen nicht unbedingt vollständig, denn jeder der schon mal auf einem Kongress einen «AK» (Arbeitskreis) besucht hat, wird sich wundern, dass es unter dieser Abkürzung nur Armeekorps gibt, und wer «abgöttisch» geliebt wird, kann in diesem Brockhaus gar nicht erfahren, wofür dieser Begriff steht. Gerade bei umgangssprachlichen und modernen Begriffen scheint eine freie Enzyklopädie wie Wikipedia vollständiger zu sein.

Da Brockhaus uns leider zunächst nur einen Band der Enzyklopädie zugeschickt hat, kann hier nur dieses eine Buch besprochen werden. Für die weiteren Bände stehen also noch Rezensionen aus. So konnte ohne die weiteren Bände beim Lesen auch nicht festgestellt werden, wie gut die Verweise auf andere Bände sind, oder ob man, wie in anderen Enzyklopädien schon passiert, nur von Verweis zu Verweis geschickt wird. Zum Schluss bleibt auch noch zu erwähnen, dass es alle Einträge auch digital auf einer CD gibt. Dass jedoch im Vorwort gefeiert wird, dass die 21. Ausgabe erstmals in einer Offline- und einer Onlineversion verfügbar ist, irritiert. Im 21. Jahrhundert sollte dies eine Selbstverständlichkeit sein.

Brockhaus Enzyklopädie A-Anat  
F.A. Brockhaus GmbH, Leipzig 2006  
ISBN: 3 7632 4101 0



# Widerstand gegen Agro-Gentechnik in Baden-Württemberg und Hessen

## Aktionen gegen Genmais und -gerste über Pfingsten

PI Die Initiative Gendreck-weg begrüßt, dass über Pfingsten sowohl in Gießen als auch in Oberboihingen bei Stuttgart eigenständige Aktionen gegen Agro-Gentechnik stattgefunden haben. Anja Becker von Gendreck-weg kommentierte: "Der Widerstand nimmt zu. Die Agrarindustrie wird keinen Erfolg haben mit ihrer Strategie, einfach gefährliche Tatsachen zu schaffen."

### Oberboihingen

Wie zuvor öffentlich angekündigt, machte sich der Bioimker Achim Schultheiß am Pfingstmontag zur Feldbegehung in Oberboihingen bei Stuttgart auf. Dort wächst seit rund vier Wochen gentechnisch manipulierter Mais der Firma Monsanto. Der Imker und Gentechnikgegner entfernte drei Genmaispflanzen, um sie sachgerecht zu entsorgen. Spontan hatten sich rund 30 Personen der Widerstandsaktion angeschlossen. Als die Polizei schließlich erschien und die Personalien der Anwesenden aufnahm, fehlten Hunderte von Genmaispflanzen. Zudem war an Stelle der gentechnisch veränderten Pflanzen Mais aus biologischer Produktion eingesät worden.

### Gießen

Auf einer Fläche der Uni Gießen befindet sich der erste Freilandversuch mit gentechnisch veränderter Gerste in der Bundesrepublik. GentechnikgegnerInnen hatten am Rande des Feldes eine Mahnwache über Pfingsten angemeldet. Am Freitag, dem 3. Juni unternahm eine kleine Gruppe junger Menschen eine Feldbefreiungsaktion auf dem Gerstenfeld. Obwohl die Polizei

*"Ich tat es", weil publik werden muss, dass die von Profitgier getriebene Agro-Industrie im Verbund mit willfährigen Politikern und skrupellosen Wissenschaftlern, ohne Rücksicht auf den Mehrheitswillen der Bevölkerung und bei Hinnahme irreparabler Folgeschäden an Gottes Schöpfung, ihre ureigensten Interessen durchsetzen will.*

K., Feldbefreier aus Baden-Württemberg

halten. Die Universität kündigte hohe Schadensersatzforderungen an. Die GentechnikgegnerInnen setzten ihre Mahnwache und symbolische Spaziergänge zum Versuchsfeld fort.

### Nachbeben einer Feldbefreiung

Eine Woche nach der Teil-Zerstörung des Genversuchsfeldes in Gießen wird deutlich: Die Debatte hat gerade erst begonnen - das wichtigste Ziel der Aktion ist damit erreicht! Der folgende Text soll kurz die aktuelle Lage darstellen. Insbesondere in überregionalen Medien ist die spektakuläre Aktion vom 2. Juni bislang wenig beachtet worden. Da alle FeldbefreierInnen wieder auf freiem Fuß sind, besteht die Möglichkeit, zusammenfassend und vorausschauend zu berichten. Auch Interviews sind möglich. Die folgenden Texte sollen Bausteine für Dokumen-

tationen der Vorgänge und Hinweise auf weitere Informationsquellen bieten.

### Die Lage nach der Feldbefreiung

Am Freitag, 15.30 Uhr, attackierten vier Menschen das Genversuchsfeld in Gießen am Alten Steinbacher Weg. Das Ziel war nicht in erster Linie die vollständige Zerstörung, sondern vielmehr eine symbolische Handlung, ein Ausdruck des Widerstandes gegen die auf Macht- und Profitinteressen ausgerichtete Technologie. Weitere Menschen beteiligten sich mit anderen Aktionen. Sechs Menschen wurden festgenommen, vier dem Richter vorgeführt, zwei von diesem trotz fehlender Begründung und offenbar auf Anweisung aus der Polizeiführung für mehrere Tage in das zentrale Polizeigewahrsam nach Frankfurt verbracht. Wenige Stunden später verbot die Stadt Gießen mit windigen Gründen die in der Nähe des beschädigten Genversuchsfeldes stehende mehrtägige Mahnwache. Die Polizei, die offenbar genau darauf wartete und hoffte, räumte die für den ersten Tag schon im Abbau befindliche Mahnwache mit erheblicher Mannschaftsstärke rabiat ab. Vier FeldbefreierInnen erhielten am Folgetag mehrmonatige Aufenthaltsverbote für den gesamten Südosten der Stadt Gießen. In den Medien begann die typische Hetze der getroffenen Eliten. Den AktivistInnen wurde eine sachliche Begründung abgesprochen, sie wurden als ChaotInnen diffamiert. Mehrere Journalisten und Parteivertreter griffen zudem den Hessischen Rundfunk an, dass dieser sich erdreistet hätte, einen Filmmitschnitt der Aktion ausgestrahlt zu haben. Der regionale SPD-Chef Schäfer-Gümbel verstieg sich sogar zu der Forderung, dass bestimmte

*Noch ist es nicht zu spät. Die Genmultis wollen gentechnisch veränderte Organismen durchsetzen, um Profite zu machen. Die Bevölkerung will diese Gen-Pflanzen nicht. Die Politik hat längst versagt. Sie unterstützt sogar die Gentec-Mafia mit öffentlichen Geldern. Dies lasse ich mir nicht gefallen. Noch ist es nicht zu spät. Es ist höchste Zeit zu handeln! Feldbefreiungen sind keine unüberlegten Handlungen, sondern ein bewusster gewaltfreier Verstoß gegen Gesetze. Ich setze mich schon seit Jahren zur Wehr als Fauchouse Volontaire (Französische FeldbefreierInnen).*

Personen überhaupt nicht mehr von den Medien beachtet werden sollten. Seine Stellungnahme ist ein offensives Einfordern von Zensur gegenüber Andersdenkenden. Eine Woche nach der teilweise geglückten Feldbefreiung ist die Lage damit offen. Die von den Polizeimaßnahmen und dem Verbot der Mahnwache Betroffenen haben unabhängig voneinander Beschwerden eingereicht. Die Diskussion um das Genversuchsfeld hat an Schärfe gewonnen. Die Universität Gießen hat inzwischen Strafantrag eingereicht und damit nach der Aussaat der Gengerste per Sofortvollzug und der intensiven Bewachung mit Polizei und Sicherheitsdiensten zum dritten Mal gezeigt, dass sie von Dialog redet, aber anders handelt. Überregional soll die Idee der Feldbefreiungen verbreitet werden. Für das

letzte Juliwochenende dieses Sommers ist eine weitere Feldbefreiung der Initiative "Gendreckweg" angekündigt. AktivistInnen aus Gießen haben ihre Mitwirkung angekündigt. Solche Aktionen sind in Deutschland noch ganz am Anfang. In anderen Ländern wie Frankreich oder noch stärker Indien beteiligten sich Tausende Menschen an Feldbefreiungen.

### Widerspruch gegen Inhaftierung

*Internationaler Widerstand ist notwendig, sonst wird alles verseucht. Es handelt sich um Notwehr. Darum direct action! Ich will das Problem an den richtigen Wurzeln packen - nicht nur die pflanzlichen. Das kapitalistische System fördert menschenverachtende Technologien wie Gentec oder Atomkraft. Kapitalismus soll entsprechend bekämpft werden. Résistance!*  
C., Feldbefreierin aus Frankreich

Nach der Feldbefreiung wurden sechs Personen festgenommen. Zwei mussten bis zum nachfolgenden Dienstag im Gewahrsam bleiben und wurden dazu per Gefangenentransport nach Frankfurt verbracht. Die anderen erhielten

Aufenthaltsverbote für den gesamten Stadtteil zwischen Licher Straße und Schiffenberger Tal. Warum die beiden AktivistInnen aus der Projektwerkstatt nicht auch nur diesen umfangreichen Platzverweis erhielten, ist nie begründet worden. Das Verhalten von Polizei und Richter machte deutlich, dass es sich hier um eine Racheaktion der Polizeiführung gegen zwei Menschen handelte, die in der Vergangenheit viel Kritik an Polizei- und Justizwillkür in Gießen übten.

### Weitere Diskussion

Am 8. Juni kam es am Rande einer Veranstaltung zum Film "We feed the world" im Kino Traumstern (Lich) zu etlichen Gesprächen über die Aktionen gegen das Genversuchsfeld. Neu ist der Versuch, eine dauerhafte Gruppe zu bilden, die sich mit Gentechnik und Alternativen zum profitorientierten Landbau und fremdbestimmter Ernährung beschäftigen will.

### Kontakt

Kontakt Oberboihingen

*Gentechnik ist eine Technologie, die aus dem Interesse an Profit und Kontrolle heraus vorangetrieben wird. Geforscht wird an Kombinationsmöglichkeiten mit profitablen Spritzmitteln oder am sog. Terminator-Gen, das verhindert, dass LandwirtInnen das Saatgut selbst weitervermehren können. Solche Techniken dienen nicht den Menschen, sondern Konzerninteressen. Es gibt keinen Grund, die "Biosicherheit" solcher Genmanipulationen zu erforschen, weil die ganze Technologie bei solchem Vorzeichen dem Leben und den Menschen nicht hilft. Doch obwohl das so ist, wird sie mit den Mitteln des autoritären Staats durchgesetzt: Sofortvollzug und Polizeibewachung. Wo aber das Leben und die Selbstbestimmung der Menschen unter die Interessen von Profit und Macht gestellt werden, da ist es wichtig, aufzustehen und "Nein" zu sagen! Und nicht nur das: Auch das "Nein" zu einer Praxis des Lebens zu machen - einem Leben jenseits von Anpassung, Ducken und Gleichgültigkeit. Meinen Kopf und meine Hände habt Ihr noch nicht unter Kontrolle - Ihr könnt ihn nur einsperren!*  
J., Feldbefreier aus Hessen

Achim Schultheiß Tel.: 0171 / 190 25 42  
Kontakt Gießen Tel.: 0162/3068922  
Kontakt Initiative "Gendreckweg - Freiwillige Feldbefreiung": Anja Becker 0176-52232580  
presse@gendreck-weg.de

### Weitere Informationen:

<http://www.gendreck-weg.de>  
<http://www.gendreck-giessen.de>  
<http://de.indymedia.org/2006/06/148745.shtml>



# Aus der Praxis eines selbstorganisierten Treffens: Kritischer Rückblick auf den Jugendumweltkongress

fb Der Jugendumweltkongress (JUKSS) zum Jahreswechsel in Bielefeld war in verschiedener Hinsicht wieder ein Experiment. Zum ersten Mal dauerte er zwei Wochen, größere Zuschüsse gab es nicht und auch die Laborschule mit ihren großen offenen Flächen war eine ganz neue Erfahrung.

Einen Eindruck vom JUKSS möchte ich diesem - notwendigerweise durch meine Erlebnisse und Wahrnehmungen gefärbten - Reflexionstext vorwegnehmen: Der Bielefelder JUKSS hat - trotz vieler für mich depremierender Augenblicke, aber auch aufgrund der vielen sehr schönen Momente - ein insgesamt positives, optimistisch stimmendes Gesamtbild hinterlassen. Es wurde vieles ausprobiert und zu leben versucht, über das sonst selbst in alternativen Kreisen nur geredet wird. Den Raum dazu gaben nicht zuletzt auch die verschiedenen Konfliktsituationen, auf die mensch auch im Alltag auf dem Weg zu einer anderen Gesellschaft immer wieder stoßen wird. Auch wenn ich den Umgang mit solchen Situationen oft nicht als optimal, zum Teil sogar als sehr problematisch empfand, ist doch das recht reflektierte Verhalten vieler Menschen beim JUKSS sehr angenehm.

## Es geht los: Selbstorganisation vs. Serviceunternehmen

Mit meinem Vorsatz, mich dieses Mal zurückhaltender an der Organisation zu beteiligen, war es schon kurz nach der Ankunft in der Laborschule vorbei. Es war Sonntag Spätnachmittag, der erste JUKSS-Aufbau-Tag. Erfreulicherweise waren schon mehr Menschen da, als ich befürchtet hatte. Durch die Verdoppelung der JUKSS-Dauer war ja unklar, ob sich die Anwesenheit der TeilnehmerInnen auf irgendeinen Zeitraum konzentrieren, gleichmäßig weniger Menschen da sein würden oder was sonst passieren könnte. Laut Rampenplan-Zählung waren an diesem ersten Abend schon mindestens vierzig Leute in der JUKSS-Schule.

Aber nach nicht allzu langer Zeit wurde deutlich, dass es nur einige wenige Leute - die üblichen Verdächtigen - waren, die sich bemühten eine Infrastruktur aufzubauen. Die Gruppe derjenigen, die sich in nette Runden, zum Filmschauen oder was auch immer zurückzogen, wurde dagegen größer. Ich hatte den Bus mit dem JUKSS-Büro und anderen Sachen gebracht und wollte erst mal das Material ausladen und sinnvoll unterbringen. Während ich mir einen Überblick über die Räumlichkeiten zu verschaffen versuchte und mir mit einigen Leuten Gedanken über Technik- und Materialraum sowie die günstige Platzierung von Themenplattformen machte, bekam ich immer mehr den Eindruck, dass sich nur sehr wenige für das Funktionieren des JUKSSes interessierten. Ich nahm mir dann vor, zuerst wieder eine Ökologie-Plattform einzurichten und dann vielleicht einen Direct Action-Raum.

Zu diesem Zeitpunkt war ich noch nicht so frustriert über diese "Selbstorganisation". Später, nach einigen Anlaufversuchen, koordiniert in Absprache miteinander die Infrastruktur des JUKSSes herzustellen, baute sich diese Stimmung langsam auf. Einige Leute hatten schon beim Rumfragen, wer beim Aufbau helfen würde, vermittelt, dass von ihnen nichts zu erwarten ist. OK. Dann gab es ein Treffen, das ein paar aufbauende Menschen einberufen hatten, um sich darüber auszutauschen und abzusprechen, wer was wo macht. Diese Runde erinnerte dann teilweise an frühere Plena - nur eben in

kleinerem Kreise. Es wurde viel gelabert, Themen von allgemeiner Bedeutung wie die Essenszeiten, sollten plötzlich gemeinsam diskutiert werden etc. Ich machte irgendwann den Einwand, dass ich darauf keine Lust habe, und später verabredeten sich einige Leute aus diesem Kreis zu einem Treffen, um die Gestaltung der Infowand zu besprechen. Sehr viel mehr kam aus diesem mindestens einstündigen Zusammensitzen nicht heraus - doch, irgendwer hat dann doch die Essenszeiten festgelegt - und kaum jemanden von den Leuten, die da gelabert hatten, habe ich beim späteren Aufbauen

## Datum Mittagessen Abendessen

25.	-	40
26.	80	90
27.	120	135
28.	150	222
29.	225	270
30.	255	313
31.	310	312
1.	-	205
2.	150	185
3.	115	159
4.	98	123
5.	77	109
6.	52	79

*Zahl der von Rampenplan  
ausgegebenen Teller - dies  
entspricht zumindest in etwa der Zahl  
der am Essen Beteiligten, da von der  
Kochgruppe recht genau darauf  
geachtet wurde*

gesehen. Aber es kann auch sein, dass sich ihnen nur zufällig nicht über den Weg gelaufen bin...

Die Absprachen über die Struktur der Infowand - immerhin das derzeit wichtigste Kommunikationsmedium des JUKSSes - waren dann noch ernüchternder. Eine winzig kleiner Runde waren wir da - was nicht weiter schlimm ist, aber es hat wohl niemanden weiter interessiert.

Am frustrierendsten erschien mir dieser Abend, als ich mehrfach mit Material über die Ebene 2 laufen musste, wo zu diesem Zeitpunkt Filme gezeigt wurden, und sehen konnte, dass die "Masse" dort gemütlich abhängt, während im Großen und Ganzen noch nichts für den JUKSS aufgebaut ist. Später regte sich jemand aus der Kinorunde sogar auf, weil zwei materialschleppe Leute die Filmvorführung stören würden.

Schon in diesen ersten Tagen gab es einige Gespräche über die Selbstorganisationfähigkeit beim JUKSS (z.B. ein Interessentreffen zu "Dominanzabbau und nicht funktionierender Selbstorganisation beim JUKSS" [1]) und eine Verabredung für einen Auswertungsworkshop am Ende. Einige Leute schienen auch besser, gespannter, als ich mit den "Selbstorganisationsprozessen" umgehen zu können. Ich hatte in die-

sen Tagen aber auch mehrfach den Eindruck, dass es einigen Orga-Leuten nicht gut ging. Orga-Leute? Aber das Orga-Team hat sich doch aufgelöst!

## Orga-Team löst sich - nicht - auf

Zumindest in der Theorie beinhaltet die JUKSS-Philosophie, dass sich das Vorbereitungsteam des Kongresses am ersten Tag auflöst und von daher die Veranstaltung (fast - ausgenommen einige finanzielle und vertragliche Aspekte) in den Händen der TeilnehmerInnen liegt. Ob das durch einen formalen Akt ("wir lösen uns jetzt auf") passiert, ist eigentlich egal. Wichtig ist das angestrebte und oft nur begrenzt erreichte Ergebnis, dass der JUKSS nicht mehr von einer abgehobenen Orga-Gruppe gestaltet wird, sondern von möglichst vielen Teilnehmern.

Beim Bielefelder JUKSS hatte ich den Eindruck, dass diese "Auflösung des Orgateams" nicht wirklich stattfand. Ein Großteil derer, von denen ich wahrnahm, dass sie herumwirbelten, um Infrastruktur aufzubauen oder abzusichern, gehörte irgendwo zu den Leuten, die schon im Vorfeld zum Orga-Team gehörten. Natürlich gab es Ausnahmen und einige weitere Leute halfen mit.

Ich möchte gar nicht unterstellen, dass "die Orga-Leute" sich selbst eine wichtige Rolle zuschreiben wollten. Mir schien es mehr, dass sie die anteilig wenigen JUKSSies waren, die Verantwortung übernommen haben, weil sie nicht wollten, dass der JUKSS nicht funktioniert. Mir fiel diese Konstellation auch nicht sofort auf, sondern erst in der Silvesternacht. Zunächst hatte mich das wenig gestört. Erst später, als es schien, dass sich diese Rollenverteilung manifestiert hat, war ich genervt davon.

## Kommunikation beim JUKSS

Ein wichtiges JUKSS-Kommunikationsmedium - die Klozeitung - fiel letztes Jahr beinahe komplett weg. Das Konzept dieser Zeitung, an den Orten aufgehängt zu werden, wo sich alle Leute mal einfinden und häufig auch die Zeit zum Lesen haben - die Toiletten - finde ich spannend. Hier wird kein völlig neuer Kommunikationskanal geschaffen, sondern vorhandene Möglichkeiten werden kreativ genutzt.

Soweit ich das mitbekommen habe, war die JUKSS-Zeitung eines der Elemente, das bei den letzten JUKSSen weitestgehend funktioniert hatte. In Bielefeld erschienen insgesamt nach meiner Kenntnis lediglich drei Ausgaben, von denen nur zwei als solche erkennbar waren. Auf früheren JUKSSen war die Klozeitung täglich erschienen und war eine Mischung aus Kurzberichten und Ankündigungen sowie Beiträgen verschiedenster Art. Was genau die Gründe waren, dass sie diesmal scheiterte, ist mir noch nicht ganz klar. Es gab einige Interessierte und auch mehrere Leute, die angekündigt hatten, sich darum zu kümmern, dass es wieder eine Klozeitung gäbe. Allerdings war auch sehr intransparent, wer dafür ansprechbar wäre und wo mensch Artikel hinterlegen könnte.

Eine weitere Kommunikationsebene stellten die Interessentreffen dar, die bei Bedarf einberufen wurden. Soweit ich mitbekam, wurde diese Möglichkeit zur Problemlösung und für Absprachen nur gering genutzt. Wie schon beim Magdeburger JUKSS gab es keine über allem stehende Plenumsstruktur. Nach Silvester gab es einen Vorfall, zu dem dann kurzfristig und in einer gewichtig aufgeladenen Aufforderung zur Teilnahme



ein Interessentreffen einberufen wurde, das stark plenaren Charakter hatte. Doch dazu mehr in einem gesonderten Abschnitt.

Das de facto wichtigste Medium zum Informationsaustausch war die Infowand. Mangels anderer Kommunikationswege lief hierüber der größte Teil der Organisierung und Information. Die Infowand umfasste verschiedene Einzelwände mit Tagesprogrammen, Protokollen, zu Interessentreffen, zum JUKSS in der Öffentlichkeit, Mitfahrgelegenheiten, Finanzierungsstand, mit allgemeinen Informationen und für Kritik und private Nachrichten. Außerdem gab es eine Aufgabengruppenwand und wahrscheinlich diverse weitere Aushänge. In dieser Informationsfülle war es schwierig und aufwändig sich up to date zu halten. Die Infowand ist gewiss ein sehr wichtiger Ort, über dessen Konzeption sich zum nächsten JUKSS stärker Gedanken gemacht werden sollte. Die Herausforderung ist m.E. sie so zu strukturieren, dass ohne Reduzierung des Informationsgehaltes ein schnellerer Überblick zu erhalten ist.

Angedacht war für den Kongress auch ein "offenes Mikro", das bevorzugt zu den Mahlzeiten im "Essensraum" hätte genutzt werden können. Das war allerdings kaum bekannt und wurde wenig genutzt.

#### Neues Finanz-Verwaltungsmodell

Nachdem jahrelang der Bereich der Finanzen vom Anspruch der Hierarchiefreiheit scheinbar ausgenommen war, gab es im letzten Jahr den Versuch, auch diesen in die Selbstverwaltung einzubeziehen. [2] Es gab eine "offene Kasse", aus der eigenverantwortlich Geld entnommen werden konnte, und erstmals beim JUKSS ein Finanz-Thermometer, das den Tagesstand der Einnahmen, Ausgaben und offenen Verbindlichkeiten anzeigte. Letzteres ermöglichte den JUKSS den Bedarf einzuschätzen und dementsprechend zu entscheiden, wieviel sie zahlen wollten.

Bis auf einen offenen Betrag von etwa 1.000 Euro, die erst in den letzten Tagen durch eine unerwartete Steigerung bei den Lebensmittelkosten zustande kamen, konnten die Ausgaben des JUKSSes durch die Einnahmen gut gedeckt werden. Durch weitere Zuschüsse ist die Bilanz des letzten JUKSSes jetzt sogar ausgeglichen und könnte sich noch zu einem leichten Plus verschieben, wenn die letzten Abrechnungen erfolgreich abgeschlossen werden.

#### Ausgrenzung vs. Grenzziehung?

Die Organisierung des JUKSSes orientiert sich in vielen Bereichen am Konzept "Offener Räume" [3]: es gibt keine zentrale Entscheidungsstruktur, formale Hierarchien sind im Großen und Ganzen (bis auf Aspekte, die mit der Übernahme von Verantwortung gegenüber der Universität oder Förderern zusammenhängen [4]) nicht vorhanden, was geschieht wird gleichberechtigt miteinander ausgehandelt. Treten Konflikte auf, so können sie direkt miteinander geklärt werden oder es bedarf direkter Interventionen von JUKSSies. Dazu ist es wichtig, ein entspre-

chendes Problembewusstsein zu haben und auch die Motivation, in problematischen Situationen einzugreifen, sowie eine Vorstellung davon, wie das im Einzelfall geschehen kann.

Beim letzten JUKSS gab es zu Beginn das tägliche Angebot von Einführungs-Workshops zu direkter Intervention, die allerdings kaum genutzt wurden. Diesem offenkundig geringen Interesse an der Aneignung von Kompetenzen in direkter Intervention über diese Workshops standen mehrere Vorgänge gegenüber, bei denen Konflikte mit tiefergreifenden Auswirkungen auftraten. Diese waren der Zivi-Verdacht gegen einE TeilnehmerIn, der Sexismus-Vorwurf einem anderen Menschen gegenüber und die Auseinandersetzung mit mehreren Personen der von KritikerInnen als totalitär eingestuftes Religionsgemeinschaft Universelles Leben.

Diese Fälle sind noch im einzelnen zu beleuchten. Für mich zeigte sich aus dem Umgang mit den Problemen aber schon jetzt, dass es zwar den Versuch gab Lösungen zu finden, die sich mit emanzipatorischen Ansätzen vereinbaren lassen, dass viele direkte Interventionen jedoch sehr kritikwürdig waren. Meiner Meinung nach sollte daher die Auseinandersetzung mit Konflikten und das Training direkter Intervention in der Vorbereitung des nächsten JUKSSes stärkere Berücksichtigung finden.

Gut fand ich, dass es noch während des JUKSSes zu jedem der Vorgänge auch Treffen von Leuten gab, die sich darüber Gedanken machten, welche emanzipatorischen Lösungsmöglichkeiten es für die Probleme gibt und auch im weiteren Verlauf die eigene Vorgehensweise kritisch betrachtete wurde. In diesen Debatten wurde auch die Grundsatzproblematik angesprochen, dass die persönliche Grenzziehung, die durch Interventionen individuell und zum Teil auch organisiert erfolgte, zu Ausgrenzungen führen kann, wie es im Falle eines UL-Menschen und gegenüber der sexistische Lieder singenden Person auch geschah.

Dass es kein zentrales Plenum gibt, das einen Ausgrenzungsbeschluss fasst, der dann nur noch umgesetzt wird, verhindert Ausgrenzungen nicht automatisch - das zeigt dieser JUKSS ganz klar. Was m.E. zu diskutieren wäre ist die Frage, ob das Ziel emanzipatorischer Politik sein sollte, jegliche Ausgrenzung zu verhindern, oder ob diese auch in einem Offenen Raum stattfinden kann - nur mit der Chance auf eine bessere Lösung als in den üblichen kollektividentitären Organisationsformen.

#### Unterwanderungsversuch durch Universelles Leben

Schon am ersten Abend waren drei Personen beim JUKSS, die aus dem Umfeld der Urchristen-Religionsgemeinschaft Universelles Leben [5], die u.a. einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Holocaust durch ihre Ideologie beschuldigt wird, stammen. Bereits vor dem JUKSS war bekannt geworden, dass UL-nahe Organisationen eine Beteiligung am Kongress planen. Die drei erklärten auf konkrete Nachfrage,

nicht von UL geschickt zu sein, veranstalteten aber in den ersten Tagen diverse AKs und Filmvorführungen, die in dessen Ideologie passen. Allerdings widersprachen sie dem UL-Vorwurf auch nicht ernsthaft, sondern verteidigten die Sekte. Eine der Personen erzählte in einem Gespräch, dass sie aus dem UL-Umfeld käme, sich aber nicht dadurch manipuliert fühle.

Es gab ziemlich früh Interventionen gegen das Auftreten der UL-Leute und vor allem Aktionen bei deren Workshops. So saßen in einer der einlässlichen Filmrunden mehrere Menschen mit "Hypnose-Brillen" um zu verdeutlichen, was hier passiert. Allerdings waren die Interventionen meist Störaktionen, die keine weitere tiefergehende Kritik an UL vermittelten. Wie von verschiedenen Menschen, die in den Arbeitskreisen saßen und mit dem Begriff "Universelles Leben" nichts anfangen konnten, erzählt wurde, wirkten diese Eingriffe zum Teil nur böselnd bzw. störend, ohne dass von den KritikerInnen wirklich erklärt wurde, worum es ging.

Eine dieser Runden am Anfang habe ich miterlebt, wo aus dem Kreise einiger sich als "antispeziesistisch" bezeichnender Menschen eine schreckliche Reproduktion von rhetorischem Kriegsspiel ohne Inhalte ablief. Der UL-Typ, der da von allen Seiten attackiert wurde, hatte kaum eine Chance auf die Fragen bzw. Vorwürfe zu antworten, es wurde aber auch den anderen TeilnehmerInnen nicht vermittelt, warum UL untragbar wäre. Nach dieser Runde entstand eine kleinere Runde mit einigen der KritikerInnen aus der Runde, wo auch das Problem diskutiert wurde, dass Leuten, die UL nicht kennen, nichts vermittelt wird. Mir erschien diese Taktik als kontraproduktiv. Trotz einiger Kritik an der Methodik auch von anderen Leuten änderte sich meiner Wahrnehmung nach daran nichts.

Dagegen wurde offensichtlich mehr Energie in die Ausschlussvorstellungen einiger Menschen aus dem Umfeld der "Antispeziesistischen Plattform" gesteckt. Eine dieser Personen äußerte auch, dass sie nur Rücksicht auf den JUKSS nehme und die UL'lerInnen in "ihrer" Szene schon längst rausgeschmissen hätte. Es entstand mir mehrfach auch der Eindruck, dass die Rücksichtnahme auf andere Positionen in größeren Runden nur Rhetorik bzw. Strategie war, aber nicht ernst gemeint. Einer dieser Menschen bestätigte mir diese Einschätzung im Verhalten gegenüber einem als Zivi beschuldigten Menschen, gegen den dieser Vorwurf bereits aufgelöst war, als er ihm klarmachte, dass er in einer Auswertungsrunde zu einer zuvor öffentlich gelaufenen Aktion, an der dieser meines Wissens auch beteiligt war, nichts verloren hätte.

Es gab zuletzt in der UL-Auseinandersetzung eine von manchen als Schauprozess bezeichnete Befragung in großer Runde, bei der derjenige UL'ler, der sich zu seinem Sekten-Umfeld bekannt hatte, unter Druck gesetzt worden sei. Ich war bei dieser Auseinandersetzung nicht dabei, sondern traf kurz darauf auf die sich auflösende Runde, wo mir einige Leute vermittelten, dass es





eine gruselige Verhörsituation gewesen sei. Bei dieser "Befragung" wurde der UL-Vertreter dazu gebracht zu sagen, dass er der Meinung sei, dass der Holocaust vom schlechten Karma der Juden herrühre und er es auch richtig finde, dies als Konsequenz der UL-Karmatheorie zu vertreten. Auf diese auch m.E. politisch kaum erträgliche Positionierung kam dann die Forderung an ihn, den JUKSS zu verlassen, was dieser dann auch tat.

Die anderen beiden UL'lerInnen blieben weiterhin anwesend, führten aber keine Workshops mehr durch. Allerdings gab es ein kleines Grüppchen von Leuten, die wohl mit ihnen sympathisierten und die meiste Zeit mit ihnen verbrachten. Dass mit dem per "direkter Intervention" durchgesetzten Ausschluss eines UL'lers die Motivation weiter energisch beim JUKSS gegen die Sekte vorzugehen endete, scheint mir nicht konsequent. Allerdings bin ich der Meinung, dass es diesen Ausschluss nicht hätte geben müssen, weil ich diese konkrete Person nicht für einen UL-Strategen halte, der rhetorisch geschickt und mit cleverer Strategie eine JUKSS-Unterwanderung versucht hätte.

Mir scheint vielmehr, dass mit ihm und den anderen beiden eine noch offensivere und direktere Auseinandersetzung nötig gewesen wäre: konkretere inhaltliche Kritik, die vor allem den JUKSS transparent macht, wo die Gründe liegen, warum UL nicht akzeptabel ist, direkte kreative Aktionen beim Auftreten dieser Leute (also nicht nur in großer Zahl ihre Veranstaltungen stören, sondern sich auch in Gespräche auf den Fluren einmischen und auf Universelles Leben und deren Ideologie hinweisen, mehr Diskussionen auch mit anderen JUKSSies über UL führen, um der Sekte die potentielle Basis zu nehmen). Ich war nicht bei der letzten Auseinandersetzung dabei, denke aber, dass niemand dieser Leute zum Verlassen des JUKSS hätte gezwungen werden müssen.

#### Falscher Zivi enttarnt

Als es einige zunächst überzeugende Hinweise darauf gab, dass eine Person ein verdeckter Ermittler sei, überlegten Leute, wie sie damit umgehen sollten. Einerseits war noch zu klären, ob es sich *wirklich* um einen zivilen Ermittler handelte, andererseits sollte der Verdacht transparent gemacht werden, damit Leute, denen das wichtig ist, sich entsprechend verhalten können. Dazu wurde zuerst das Gespräch mit diesem Menschen gesucht, was den Eindruck, dass ihr Verhalten sehr mysteriös sei, bestätigte. Allerdings war das alles so vage, dass der vorbereitete "Zivi-Pfeil" (Schild mit einem Pfeil und der Aufschrift "Zivi") nicht sofort zum Einsatz kam.

Dann, nachdem sich die verdächtige JUKSSie mit falschem Namen in die TeilnehmerInnen-Liste eintrug und in einem Gespräch eine Formulierung machte, die als Bestätigung der Tätigkeit für die Polizei interpretiert wurde, setzten Leute den "Zivi-Pfeil" ein, um auf den vermeintlichen Ermittler aufmerksam zu machen. Später wurde diese Einschätzung revidiert, das ungewöhnliche und missverständliche Verhalten dieses Menschen war überinterpretiert worden.

Ein - aus meiner Sicht - sinnvoller Umgang mit der Situation war die allgemeine Thematisierung von Überwachung und Handlungsmöglichkeiten. Mittels Plakaten und weiteren freckreativen Materialien wurde offensiv darauf aufmerksam gemacht, dass anzunehmen ist, dass auch diese Veranstaltung auf das Interesse von Polizei in Zivil trifft - zumal dies von den OrdnungshüterInnen angedeutet worden war. Weiterhin wurde versucht zu vermitteln, dass es

deswegen keine Panik geben müsste, sondern mensch prinzipiell bewusst mit Überwachung und Repression umgehen sollte. In diesem Zusammenhang wurden interne Transparenz, das Vorbereitetsein auf repressive Situationen und offensives Verhalten im Umgang mit Polizei & Co. angeregt.

Es gab dann kreative, aber weniger panikstimmende Elemente wie ein "Zivi-Guckloch", das die Ökoplatzform verzierte, eine TeilnehmerInnen-Liste für Zivis zum Selbsteintragen zusammen im Set mit einer eigenständig ansteckbaren Zivi-Plakette, die an der Infothek offensiv bereitlag und ein offensives Infoblatt [6] für Zivis beim JUKSS. Das in der Silvesternacht entstandene "2. Protokoll des konspirativen Zivilpolizei-Treffens" [7] transportierte mit subtilen, versteckten Hinweisen grundlegende Kritik an Vorgängen bei diesem Jugendumweltkongress. Ich denke, dass dieser kreative Umgang mit der Anwesenheit von Zivilbeamten ein ganz guter Ansatz war - ohne dass ein Mensch wegen seines ungewöhnlichen Verhaltens diskreditiert werden müsste.

#### Antirepression für den JUKSS-Alltag

Bereits in den ersten JUKSS-Tagen gab es einen Workshop zu kreativer Antirepression. [8] In dessen Verlauf kam jemand vorbei und berichtete von o.g. Zivi, der beim JUKSS rumlief. Daraus ergab sich ein spezieller Workshop zum kreativen Umgang mit Zivis und Bullen beim JUKSS [9], bei dem die schon genannten Ideen entwickelt wurden. Hintergrund dieses AKs war auch, dass der geäußerte Zivi-Verdacht sehr unklar war, aber ein offensiver Umgang mit der grundsätzlichen Problematik anwesender verdeckter ErmittlerInnen entwickelt werden sollte.

Eine weitere Motivation für die Entwicklung von Antirepressions-Aktionsideen war die Ankündigung der Bullen, die bei einem der Vorabgespräche-Treffen von JUKSS-Menschen und Universität auftauchten, mal beim Kongress vorbeizuschauen. Es sollte aber auch um das geplante "Handbuch der kreativen Antirepression" gehen, das vorgestellt wurde. Weiterhin fand eine konspirative Veranstaltung des "Bund krimineller Vereinigungen" [10] statt, bei der drei verumtete BKV-Repräsentanten die "Service-Einrichtung für kriminelle Vereinigungen" vorstellten und Mitgliedschaftsformulare im Raum verteilen ließen.

Die Gründung des BkV ist eine kreative Aktion, die dazu genutzt wird, den Verfolgungswahn der Repressionsorgane aufzuzeigen, und die Repression offensiv angehen soll - wie beispielsweise im Falle der Konstruktion einer kriminellen Vereinigung, welche Farbschläge in Wittenberg verübt haben soll.

Repression ist eine Reaktion des Staates oder der kritisierten Institutionen, die potentiell bei jeder Aktion einzuplanen ist. Meist kommt sie in Gestalt der Polizei, die irgendwelche Forderungen stellt oder direkt mit Gewalt gegen die AktivistInnen vorgeht. Deshalb ist es sinnvoll, sich bereits bei der Planung von Aktionen mit der zu erwartenden Repression auseinanderzusetzen. Häufig wird dabei nur überlegt, wie mensch diese vermeiden kann. Dies schränkt oft aber das eigene Handeln ein und kann auch die Wirksamkeit von Aktionen reduzieren. Wird dagegen das Auftreten der Polizei von Anfang an in die Aktion einbezogen, kann dies die eigene Handlungsfähigkeit erhöhen, befreit ein Stück aus der Opferrolle und kann der öffentlichen Vermittlung des Herrschaftsdurchgriffs dienen.

Beim JUKSS gibt es - meistens, diesmal war dies weniger der Fall - vielfältige Aktionen. Ein großer Teil der AktivistInnen wird dabei zum ersten Mal aktiv bzw. hat noch nicht viele Erfahrungen

mit dem Umgang mit Polizei & Co. Daher ist es gerade beim JUKSS sinnvoll, eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Repression zu führen. Die Antirepressionsworkshops sollten auch dazu dienen.

Nach Silvester gab es eine Situation, in der von einigen befürchtet wurde, dass es zu einer Polizeirazzia beim JUKSS kommen könnte. Es entstand aus dieser Panikstimmung ein großes Interessentreffen mit Plenums-Charakter. Plötzlich war wieder die Rede von Entscheidungen, die alle jetzt für alle treffen müssten. Hier wurde wieder ein Arbeitskreis angeboten - auch um zu zeigen, dass es auch in dieser Situation nicht notwendig ist, das Plenum zu reaktivieren - bei dem es um den offensiven und kreativen Umgang mit der Gefahr einer Bullenrazzia gehen würde. Auch dieser AK [11] war sehr kreativ, allerdings wurde nur noch wenig umgesetzt, da sich abzeichnete, dass die Paranoia deutlich übertrieben gewesen war.

Schade war bei all diesen Aktivitäten, dass es nicht mehr dazu kam, dass sich Leute zusammengetan hätten und hinausgegangen wären, um solche Aktionen einmal auszuprobieren. Es bedarf ja nicht des "Ernstfalles" eines (ungewollten) Polizeieinsatzes, sondern mensch kann sich diese Experimentierfläche einfach selbst suchen - Polizei & Co. laufen in ausreichender Zahl herum...

#### Wiedereinführung des Plenums

Im Zusammenhang mit einem Vorfall beim JUKSS gab es in der zweiten Hälfte des Kongresses eine Panikstimmung, die durch das Auftreten von Menschen aus den Orga-Kreisen (bewusst oder unbewusst) verstärkt wurde. Aufgeregt eilte mindestens eine dieser Personen durch das JUKSS-Gebäude und sprach von einem Unfall und davon, dass es vielleicht eine Razzia geben würde, weswegen es nun ein Treffen auf der "Ebene 2" gäbe.

Plötzlich waren - wer hätte das gedacht - bei einem Interessentreffen fast alle TeilnehmerInnen versammelt. Auch überraschenderweise gab es plötzlich eine Mikrofonanlage, die in den Tagen zuvor für die Arbeitskreise nicht aufgebaut worden war. Es war nun die Rede davon, dass wir hier Entscheidungen zu treffen hätten, wie "wir" uns jetzt verhalten sollen - von einem kritischen Umgang mit der neu aufkommenden Zentralentscheidungsstruktur und der Konstruktion eines "Wir" war wenig zu spüren.

Es war sicher nicht unwichtig, über den Vorfall zu sprechen und mensch kann darüber diskutieren, ob es wirklich keinen anderen Weg gab, potentielle andere Betroffene zu erreichen, ohne ein faktisches Plenum einzuberufen. Dass dieses Wichtigmachen des Treffens mit Wiederbelebung der altbekannten großplanaren Rederunden, ohne überhaupt zu hinterfragen, ob es auch andere, weniger dominierende und manipulative Methoden geben könnte, von Leuten kam, die sonst von Hierarchiefreiheit sprechen und das dezentrale JUKSS-Modell sonst befürworten, finde ich problematisch.

Wenn die Abschaffung von Zentralentscheidungen und hierarchischen Strukturen (als Ideal) in den entscheidenden Momenten - wenn es ernst wird - aufgegeben wird, scheinen dies doch nur schöne Worte zu sein. Gerade in Extremsituationen wäre es wichtig nach emanzipatorischen Lösungen zu suchen, die herrschaftsfreie Abläufe fördern, da sonst die Gefahr groß ist, dass Herrschaftsfreiheit nur für schöne Tage da ist und immer wenn es ernst wird, auf alte Strukturen und Prozesse zurückgegriffen wird.

Es gab einige wenige kritische Einwürfe und Polemik gegen diese Form des Treffens, die aber



wenig offensiv waren und die Situation nicht auflösen. Als begonnen wurde, darüber zu debattieren, was "wir" jetzt machen sollten wenn es zu einer Razzia kommt, gab es wieder den Vorschlag, dass diejenigen, die kreativ mit einer solchen Situation umgehen wollen, zu einem AK zum Entwickeln phantasievoller offensiver Aktionen eingeladen sind. Die Diskussionen in der großen, von einigen jedenfalls auch offen als "Plenum" bezeichneten Runde, verliefen wie gewöhnlich noch einige Zeit, ohne dann besondere Ergebnisse zu haben. Positiv fand ich, dass es am Ende nicht zu irgendwelchen Plenums-Entscheidungen für alle kam.

#### Viel Form, wenig Inhalt?

Unter dieser Überschrift begann auf der Mailingliste "Hoppetosse - Netzwerk für kreativen Widerstand" eine Debatte über die Entwicklung des Jugendumweltkongresses und konkret darum, wieviel Inhalt der JUKSS überhaupt noch birgt. Die Thesen bzw. Einschätzung des Diskussionseröffnenden besagten, dass in den letzten Jahren zwar eine Weiterentwicklung der Strukturen beim JUKSS (z.B. genderkritischer Umgang mit Klos und Duschen, Abschaffung von Plenum & co., Auseinandersetzung mit Hierarchien etc.) stattfand, aber die Inhalte immer mehr zu wünschen übrig lassen.

Im Detail fand ich diese Einschätzung unzutreffend, da viele Themen vertreten waren und entsprechende Arbeitskreise stattfanden. Den Eindruck, dass es sehr viel weniger Workshops zu bestimmten Öko-Basics gibt, als dies vielleicht vor zehn Jahren war, teile ich dagegen. Und mir scheint auch, dass es eine große Kluft zwischen theoretischen Arbeitskreisen und der daraus folgenden Aktivität gibt. Selbst aus eher praxisorientierten Workshops, z.B. kreativer Umgang mit Zivis und Bullen, wo direkt zum Ausprobieren von Aktionsideen eingeladen wurde, entstanden kaum Aktivitäten.

Vielfach habe ich den Eindruck, dass die Leute zu Arbeitskreisen gehen, Informationen konsumieren oder auch Diskussionen führen, dass aber die Motivation fehlt, daraus Konsequenzen für das eigene Handeln zu ziehen. Beim Klimaschutz-AK z.B. gab es am Ende eine längere Diskussion darüber, was nun zu tun sei, weil die trüben Zukunftsaussichten bei Fortführung der derzeitigen Politik klar machten, dass Handeln notwendig ist. Aber es konnte sich niemand überwinden konkrete Schritte zu unternehmen. Wenn das immer so läuft, finde ich es traurig. Denn dann scheinen AKs keine Bedeutung für die Praxis zu haben und nur dem Konsum zu dienen. Das ist auch etwas, was ich geändert sehen möchte...

Einziges mir bekanntes Gegenbeispiel war das Thema Baumbesetzung in den Niederlanden. Dazu gab es einen Infoworkshop, der dazu führte, dass meines Wissens mehr als zehn JUKSSies im Anschluss an den Jugendumweltkongress dorthin fuhren und sich an Aktionen beteiligten. Ich würde mir wünschen, dass aus mehr Arbeitskreisen solche Aktivitäten entstehen. Leider scheint das dann auch schon wieder das Ende der Aktivität gewesen zu sein, dass also nach der Baumbesetzung und Räumung keine weitere Organisation o.ä. geschah.

#### Kapitalismus und Ausbeutung gefördert durch den JUKSS

Schon während des JUKSSes gab es einige Diskussionen um den hier betriebenen Kiosk. Er sollte in erster Linie der Finanzierung von Sanimaterial und weiterhin zur Bezuschussung des Kongresses dienen. Positiv an diesem Kiosk fand ich auch, dass er in Eigeninitiative initiiert und betrieben wurde. Und der JUKSS erhielt so tatsächlich mehrere hundert Euro.

Problematisch empfanden dagegen viele - und ich sehe das auch so - dass hier Alkohol und nicht Öko- bzw. Fairtrade-Produkte verkauft wurden. Auch diese wären noch diskussionswürdig, weil auch damit kapitalistische Prozesse mitgetragen werden. Dass aber bei einer Veranstaltung, die sich emanzipatorische Politik auf die nicht vorhandenen Fahnen schreibt, Supermarkt-Ausbeutungs-Schokolade verkauft, dass beim JUKSS, wo wir über Selbstorganisation und eigenverantwortliches Handeln debattieren, die Vernebelung der Sinne durch alkoholische Getränke angeregt wird, mutet seltsam an.

Über dieses Thema wurden mehrere Diskussionen geführt; der Mensch, der den Kiosk betrieb, hatte aber seine eigenen Vorstellungen, warum dieses Vorgehen sinnvoll sei: Beim Alkohol könne so kontrolliert werden, wieviel davon konsumiert wird. Die Leute würden nicht extra Alkohol kaufen, wenn sie wissen, dass sie beim JUKSS Bier einfacher bekommen. Außerdem könnte so beschränkt werden, wieviel Bier im Umlauf ist. Dagegen würden die Leute losziehen und dann mehr und "härteren" Alkohol kaufen, wenn es nichts davon beim JUKSS gäbe. Ich meine, dass das nur zum Teil zutrifft: Auch mit Biervverkauf gab es unglaubliche Mengen leerer Flaschen hochprozentiger Getränke - jeden Morgen. Ich bezweifle, dass es ohne das Bier-Angebot wirklich mehr gewesen wäre. Außerdem glaube ich, dass auch hier das Angebot die Nachfrage erhöht, dass also Leute, die sonst ohne Alkohol ausgekommen wären, durch die Möglichkeit ihn am Kiosk einfach zu bekommen, zum Bierkonsum angeregt wurden.

Bei den anderen Produkten - vor allem Chips, anderer Knabberkram und Schokolade - gab es ein 3-Klassen-System. Dies sollte dazu beitragen, dass sich alle etwas leisten könnten, weil für viele Bio zu teuer ist. Die Billig-Schokolade wurde teurer als im Laden verkauft und die Fairtrade-Schokolade dagegen subventioniert. Trotzdem gilt hier m.E. auch, dass erst das Angebot die Nachfrage schaffte. Und auch wenn sich durch den hohen Preis von Bioschokolade einige Leute wahrscheinlich deren Kauf nicht leisten können, finde ich das noch kein ausreichendes Argument, dass zusätzlich Billig-Schokolade, bei der völlig klar ist, dass sie nur aufgrund massiver Ausbeutung und Umweltzerstörung diesen Preis haben kann, angeboten wird. Meiner Meinung nach müsste da eine andere Lösung gefunden werden, zur Not gibt es eben keine Schokolade.

Der Mensch, der den Kiosk organisierte, zeigte sich schon diskussionsbereit und will versuchen, zum nächsten Kongress frühzeitig nach regionalen Kontakten zu suchen. Damit hofft er günstiger an Ökoprodukte zu kommen und der Kritik zuvorzukommen. Eine grundsätzliche Debatte darum, wie vereinbar der Verkauf von Alkohol und "Ausbeutungsprodukten" (prinzipiell sind ja alle kapitalistisch erzeugten Produkte aus "Ausbeutung", auch die Fairtrade-Schokolade) mit emanzipatorischer Gesellschaftsgestaltung ist, wie viele sie mit dem JUKSS verbinden, steht noch aus.

#### Zwei Wochen JUKSS?

Da es zum ersten Mal einen so langen Jugendumweltkongress gab, müsste es nun zu einer Auswertung kommen, welche Vor- und Nachteile da gebracht hat. Aussagen einzelner Leute gibt es dazu schon, die sehr gegensätzlich sind. So waren negative Auswirkungen die höheren Kosten und dass vor allem in den letzten Tagen das AK-Angebot massiv zurückging. Positiv empfand ich dagegen, dass genügend Zeit für Organisationsprozesse bestand, aber auch um viele thematische Workshops zu machen und dann auch noch Zeit zum sozialen Miteinander

zu haben. Für mich war es der erste JUKSS, bei dem ich mich richtig auf die Menschen - unabhängig von speziellen inhaltlichen Themen - einlassen konnte, weil sonst mein Bedürfnis, zuerst meine Arbeitskreise durchzuführen, zu groß war und dann keine Zeit mehr blieb, um mich in die JUKSS-Atmosphäre fallen zu lassen. Ich fände es sehr schade, wenn der nächste JUKSS mir das nicht mehr ermöglichen würde.

Im Grünen Forum [12] gibt es einen Diskussionsstrang zum Thema JUKSS-Dauer, wo die Debatte und Auswertung geführt werden könnte. Bisher passierte dort aber noch nicht viel.

#### Resümee?

Meiner Meinung nach hatte der letzte JUKSS viel Potential für eine emanzipatorische Politik, allerdings gibt es vieles, was verändert werden sollte: Ich wünsche mir mehr praktische Konsequenzen aus den Workshops, einen bewussteren Umgang mit dem eigenen Verhalten (z.B. bezogen auf die Konfliktlösung) und das Bewusstsein, dass die eigenen Kompetenzen weiter entwickelt werden müssen, um Selbstorganisation und Horizontalität in der Organisation zu ermöglichen.

Beim Jugendumweltkongress kamen viele Menschen zusammen, die eine andere, herrschaftsfreie Gesellschaft ausprobieren möchten, sich über viele Themen informieren wollen und/oder einige Tage in liebevoller Atmosphäre als gewöhnlich zu verbringen wünschen. Das Potential zum Vermitteln und Weiterentwickeln politischer Themen ist damit groß - und es könnten auch längerfristige Kontakte, z.B. für Kampagnen und Projekte, entstehen.

Der nächste JUKSS soll viel mehr als bisher von den JUKSSies selbst gestaltet und vorbereitet werden als es bisher der Fall war. Zwar gibt es ein Orga-Team, allerdings besteht der Anspruch, dass hieraus vor allem die Rahmenbedingungen für einen selbstorganisierten Kongress entstehen - z.B. durch die Anregung sich in die Vorbereitung einzubringen und durch ein geeignetes Wiki, in dem die Organisation koordiniert werden kann. Außerdem bildete sich aus dem JUKSS heraus ein Grüppchen von Leuten, die nun ein Organisationsansatz-Treffen zu hierarchiefreien Großveranstaltungen [13] vorbereiteten. Dieses Treffen fand vom 18. bis 21. Mai in Leipzig statt.

Eine umfangreiche Stichpunktsammlung zur Auswertung des letzten JUKSSes entstand dort aus einem Reflexions-Workshop und ist auf der Internetseite zum Jugendumweltkongress [14] zu finden.

#### Quellen

- [1] - <http://jukss.de/2005/de/ergebnisse/it-dominanzabbau/>
- [2] - siehe Artikel zum JUKSS-Finanzverwaltungs-Modell im grünen blatt Winter 2006
- [3] - [http://www.projektwerkstatt.de/topaktuell/saasen/prowe\\_offener\\_raum.pdf](http://www.projektwerkstatt.de/topaktuell/saasen/prowe_offener_raum.pdf)
- [4] - Was aber auch ganz wesentliche Aspekte sind, da sie im konkreten Fall zu einer deutlichen Dominierung bzw. stärkeren Bedeutung von Aussagen gegenüber anderen JUKSSies führen kann. Beim Bielefelder JUKSS spielte dies aber m.E. kaum eine Rolle.
- [5] - <http://www.ul-doku.de.vu>
- [6] - [http://www.projektwerkstatt.de/magdeburg/docs/Zivi-Merkblatt\\_JUKSS.pdf](http://www.projektwerkstatt.de/magdeburg/docs/Zivi-Merkblatt_JUKSS.pdf)
- [7] - <http://www.projektwerkstatt.de/magdeburg/docs/ziviprotokoll.pdf>
- [8] - [http://jukss.de/2005/de/ergebnisse/antirepression\\_einfuehrung/](http://jukss.de/2005/de/ergebnisse/antirepression_einfuehrung/)
- [9] - <http://jukss.de/2005/de/ergebnisse/zivis/>
- [10] - <http://www.kriminelle-vereinigung.de.vu>
- [11] - <http://jukss.de/2005/de/ergebnisse/bullenrazzien/>
- [12] - <http://www.gruenes-forum.net/forum.php?f=38>
- [13] - <http://www.hierarchiefrei.de.vu>
- [14] - <http://jukss.de/2005/de/ergebnisse/reflektion/>



# "Offenes Büro" geschlossen

von Falk Beyer

In der zweiten Hälfte des letzten Jahres gab es einen Versuch, das Greenkids-Büro allgemein zu öffnen. Dahinter steckte die Idee, auch in Magdeburg einen Offenen Raum [1] zu etablieren. Der kleine Kreis privilegierter BüronutzerInnen sollte erweitert werden, das Ziel war für den Anfang, dass zumindest in den Zeiten, wo



Menschen das Büro nutzen, dieses auch für andere Leute offen ist. Allerdings gab es unsererseits zu diesem Zeitpunkt kein Konzept und kaum Absprachen dazu, wie das genau laufen sollte. Die Hoffnung war, dass aus der Öffnung heraus langsam ein Offener Raum entstehen könnte.

Einen gescheiterten Versuch eines solchen Offenen Raumes gab es bereits mit dem Blaue Welt Archiv [2], wobei dies schon in der Anfangsphase durch die Blockadehaltung anderer privilegierter NutzerInnen geschah, denen diese Offenheit nicht recht war. Innerhalb der eigenen, zwar durch Größe und Vertragsbedingungen mit dem Vermieter begrenzteren, Möglichkeiten wollten wir nun einen neuen Anlauf starten.

Schwierigkeiten zeigten sich ziemlich bald in der Form, dass die ausschließlich aus "Straßenkids" - diese Bezeichnung ist gewiss oberflächlich und nicht allgemein aussagekräftig - bestehenden BesucherInnen des Büros sich dort anderen NutzerInnen gegenüber rücksichtslos verhielten. Es entstand der Eindruck, dass der überwiegende Teil von ihnen das Büro als Ort zum Abzocken von Material betrachtete und dass sie sich einfach möglichst viel abziehen wollten, egal ob sie damit etwas anfangen konnten. Darüberhinaus scheinen hier zwei Extreme aufeinander zu stoßen: Ein nahezu regelfreier Raum provoziert offensichtlich einen massiven Konflikt mit Leuten, die auf das "Überleben" unter autoritären Rahmenbedingungen zu gewaltförmigem und hochkonkurrentem Verhalten trainiert sind. Dementsprechend verhielten sich diese Leute zum Teil auch einfach nur destruktiv, zerstörten, nahmen Infomaterialien und schütteten sie auf die Straße. In einer Welt, in der sich die Nutzbarkeit von Dingen regelmäßig an Eigentumsverhältnissen festmacht, ist ein Offener Raum quasi ein Schlaraffenland, da es erstmal keine Verbote gibt und alles nutzbar ist. Vielleicht löste die Abwesenheit von "Autoritäten" einen "Fuchs-im-Hühnerstall"-Effekt aus, ohne dass das Klauen oder Zerstören vorher geplant waren? Anders ist es schwer erklärbar, wie

so es zu Handlungen kommt, die auch die eigenen Möglichkeiten eher verringern als erweitern.

Es gab einige Gespräche mit einzelnen von ihnen, wo ihnen erklärt wurde, dass dieser Raum auch für andere noch nutzbar sein soll und dass es ihnen auch nichts bringt, wenn sie durch solche Aktionen dazu beitragen, dass sie auch hier nicht mehr erwünscht sind. Insgesamt entstand aber der Eindruck, dass die Kids sich in ihrer Sprache und dem Auftreten eher so angepasst haben, dass sie bei "uns" besser ankommen. Der Offene Raum bedeutet für sie einen Kulturbruch, der kaum überwindbar scheint. Wenn mensch von zuhause gewohnt ist, dass nur massive Strafen und körperliche Gewalt als Nein akzeptiert werden, wird ein sanftes "das finde ich nicht gut" wahrscheinlich nicht als "Nein" gewertet.

Die Reaktion auf das Verhalten dieser Personen war zunächst aufmerksamer zu sein, wenn sie in den Raum kommen. Das war aber auch ziemlich nervig, weil einige von ihnen scheinbar vorwiegend aufs Klauen aus waren. Da ist es schwierig, emanzipatorische Ideen umzusetzen, wenn die Betroffenen gar kein Interesse daran haben. Trotzdem wurde versucht, irgendwie mit diesem Problem umzugehen und das Büro weiter offen zu halten. Immer klarer wurde aber, dass es trotz "Öffnung" nicht gleichberechtigt genutzt werden konnte.

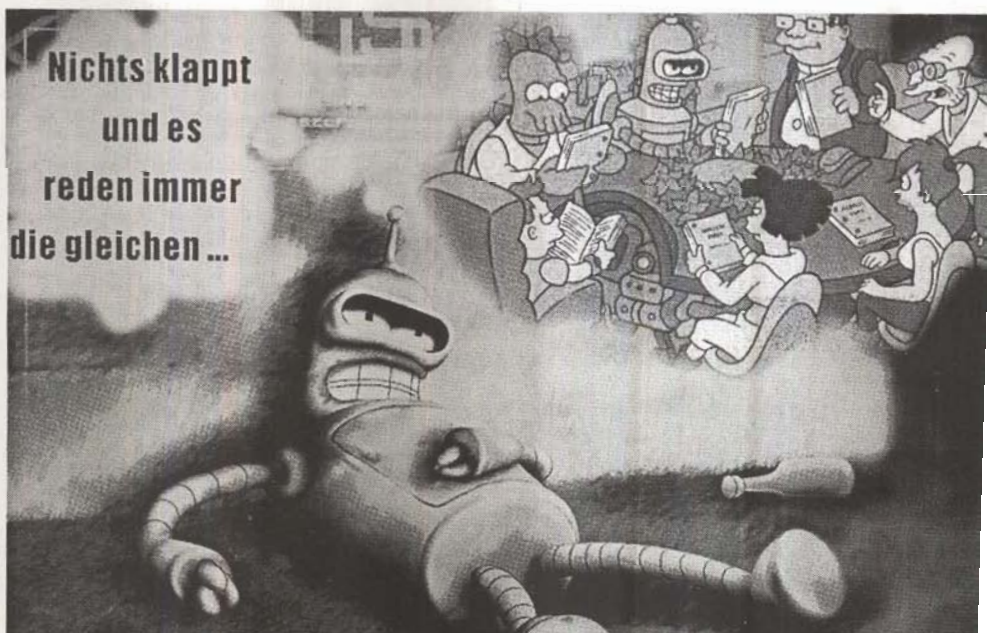
Die zwei erwähnenswertesten Vorfälle waren die Entwendung von Porto im Wert von mehr als hundert Euro und die Täuschung eines Menschen mit Büroschlüssel, um sich Zutritt zu den Räu-

men zu verschaffen. Dabei wurden Silvesterböller im Büro gezündet und kleinere unsinnige Aktionen gestartet. Dramatische materielle Schäden gab es glücklicherweise nicht. Als es einige Tage später wieder zu einem Vertrauensbruch kam, zog ein Büro-Mensch die Konsequenz das Büro als geschlossen zu erklären, bis der weitere Umgang miteinander ausgehandelt wäre.

Über diesen Vorgang haben wir dann in kleiner Runde gesprochen, fanden aber, dass die Schließung erstmal notwendig ist, um zu analysieren, warum es zu diesen Problemen kam und wie damit umgegangen werden kann. In der nächsten Zeit kamen mehrfach Kids und wollten in die Räume. Dann wurde versucht zu erklären, wie es zu dieser Entscheidung kam und zu einem gemeinsamen Gespräch über die weitere Nutzung des Raumes eingeladen. Zu dem vereinbarten Termin kam dann niemand von ihnen, wobei unklar ist, ob dies am nichtvorhandenen Interesse oder daran liegt, dass sie Schwierigkeiten mit dem Einhalten von Terminabsprachen oder Vereinbarungen allgemein haben.

Wir haben die Zwischenzeit genutzt darüber zu sprechen, welche Voraussetzungen für die Nutzung des Büros erfüllt werden müssten. Eines der wichtigsten Probleme dürfte gewesen sein, dass wir uns keine Gedanken über einen Rahmen gemacht hatten, in dem Kommunikation und Selbstorganisation gefördert werden. Vielmehr musste der Eindruck entstehen, dass dies ein weiteres Jugendangebot im Stadtteil ist, nur dass wir weniger Regeln als die Anderen setzen. Dass die Leute hier die Möglichkeit haben, ihre eigenen Ideen und Vorstellungen umzusetzen, also das eigentliche Potential des Raumes, wurde nicht ausreichend vermittelt. Erwähnt werden sollte vielleicht noch, dass unsere Motivation zu diesem Projekt auch ist, den Bürocharakter des Raumes mitsamt seiner Infrastruktur zu erhalten. Dass hieraus kein Partykeller oder Spielbude wird, ist Teil dieses Konzepts, das allerdings nicht mittels Hausrecht sondern in Kommunikation miteinander und über Kooperationen umgesetzt werden soll. Damit stellt diese Einschränkung nicht automatisch einen Widerspruch zum Konzept Offener Räume dar, da es ja viele verschiedene solcher Orte mit unterschiedlichen Ausprägungen geben kann.

Für uns ist aber klar, dass wir diesen Ansatz weiter verfolgen wollen, allerdings nun mit mehr Konzept und - um zu vermeiden, dass wir wieder als Service-Unternehmen betrachtet werden - mit der Bedingung, dass sich am Anfang eine





Kerngruppe finden muss, die sich auch um die Organisation des Raumes kümmert. Der Erhalt und Ausbau des Raumes soll nicht wieder nur Sache von Greenkids - dem Trägerverein des Raumes - sein. Die o.g. Kerngruppe soll nicht privilegiert sein und kann sich auch verändern. Aber wenn sich von Anfang an keine Menschen finden, die auch etwas zum Erhalt des Projekts beitragen wollen, werden wir keinen Offenen Raum ausrufen. Dann müssen wir weiter überlegen, wie diese Idee umsetzbar ist.

#### Konzept für ein neues "Offenes Büro"

Im Offenen Büro sollen zwei grundlegend verschiedene Ziele (und damit auch Zielgruppen) erreicht werden. Zum einen soll das Projekt aktiven engagierten Jugendlichen aus dem Stadtgebiet Möglichkeiten zur Verwirklichung ihrer eigenen Ideen und Projekte bieten. Die zweite Zielsetzung ist eine allgemeine Offenheit für alle Menschen, was bedingt durch die Lage des Büros vor allem Jugendliche im Stadtteil Buckau betrifft.

#### Situationsbeschreibung

In Magdeburg gibt es zwar verschiedene Einrichtungen mit Büros und Infrastruktur, die auf Nachfrage auch Einrichtungsfremden zur Verfügung gestellt werden. Einen Projektansatz mit dem Konzept, dass es keiner Vorstandsbeschlüsse oder Genehmigungen durch bestimmte Gremien oder Personen bedarf, sondern innerhalb eines weitestmöglichen Rahmens die an der Nutzung Interessierten selbst und untereinander gleichberechtigt über diese Nutzung entscheiden, gibt es unseres Wissens nicht.

Insbesondere für ökologisch orientierte Projektarbeit gibt es unserer Einschätzung nach keine Räume mit einem vergleichbaren Set an technischer Infrastruktur, Archiven und Aktionsmaterialien. Am nächsten kommt dem noch das Büro des BUND, das aber nur auf Anfrage und kontinuierlich nur nach Verhandlungen genutzt werden kann. Durch die Projektarbeit der letzten zehn Jahre gibt es im Umfeld der Greenkids auch ein erhebliches Know-How für solche Aktivitäten, auf das durch die räumliche Nähe direkt zugegriffen werden kann.

Im Stadtteil Buckau gibt es insbesondere für junge Menschen einige Angebote wie vom HOT oder dem Verein Quo Vadis. Es ist klar, dass diese nur begrenzt Angebote machen können, allerdings ist auch klar, dass eine hundertprozentige Deckung des Bedarfs durch die Stadt nicht finan-

#### Umsetzung

Zum Projektbeginn wird es mehrere Vorbereitungstreffen geben. Das erste dient vor allem dem Projektstart, hier werden organisatorische Fragen vor allem zur Bewerbung eines breit beworbenen Vorbereitungstreffen geklärt. Das zweite Treffen soll dann möglichst viele an der Nutzung des Offenen Büros interessierte Menschen erreichen. Dort wird das Projekt vorgestellt und die Vorstellungen und Wünsche der Beteiligten ausgetauscht. Hier sollen konkrete Vereinbarungen zu folgenden Aspekten getroffen werden:

- ★ Die Deckung der Kosten, die durch die Nutzung des Büros entstehen. Die Unterstützung durch das Jugendamt kann u.U. nur die Startphase finanziell abdecken, langfristig und wenn die verfügbaren Mittel aufgebraucht sein sollten, ist eine eigenständige Finanzierung wünschenswert. Durch die Auseinandersetzung mit diesem Thema und die Aktivierung der Beteiligten soll auch bewirkt werden, dass ein stärkerer persönlicher Bezug zu den durch das Offene Büro geschaffenen Werten materieller und ideeller Art entsteht.
- ★ Verantwortung für anfallende und notwendige Aufgaben übernehmen. Wir wollen keine Service-Station für andere schaffen, die sich dann nur noch ihren eigenen Vorlieben widmen und ausblenden, dass es dafür, dass sie dies tun können, der Dienstleistungen Anderer bedarf.
- ★ Zu Kommunikation und Entscheidungsfindung sollten schon mit der Eröffnung des Offenen Büros Absprachen getroffen sein. Die Erfahrungen mit der zeitweiligen Öffnung unserer Räume haben gezeigt, dass viele Probleme vorprogrammiert sind, wenn nicht frühzeitig die Möglichkeiten für eine Kommunikation über Bedürfnisse, Wünsche und Probleme geschaffen werden und auch die Ideen, die hinter dem Offenen Büro stehen, offensiv nach außen getragen werden. Die Entscheidungsfindung soll in einem gewissen, von den Greenkids zum Teil durch deren Verantwortung gegenüber dem Vermieter und andere Verbindlichkeiten vorgegebenen, Rahmen gleichberechtigt und hierarchie"frei" sein. Wie diese Entscheidungen konkret getroffen werden, ist zu Beginn auszuhandeln.

- ★ Die Öffnungszeiten des Offenen Büros werden von den NutzerInnen selbst organisiert. Es kann seitens der Greenkids nur in einem begrenzten Rahmen regelmäßig zugesagt werden, dass immer jemand zum Öffnen des Raumes da sein wird. Dies wird sich wahrscheinlich auf einen Nachmittag in der Woche beschränken. Damit das Büro möglichst häufig ge-

öffnet werden kann - was auch im Interesse der anderen NutzerInnen sein dürfte - sollen von Anfang an Vereinbarungen über selbstorganisierte Öffnungszeiten getroffen werden.

- ★ Welche Teile der Büroräume der Greenkids für das Offene Büro zur Verfügung stehen, ist ebenfalls am Anfang zu klären und dauerhaft transparent zu machen. So gibt es ei-

nige Bereiche, die gar nicht zur freien Nutzung zur Verfügung stehen, wie das Morsleben-Archiv, bei dem es eine Verpflichtung des Vereins gegenüber den Quellarchiven (u.a. Bundesarchiv, Stasi-Archiv) gibt, dass diese Materialien jeweils nur auf besonderen Antrag für andere als die genehmigten Projekte verwendet werden.

Durch den offenen Charakter und die angestrebte offensive Bewerbung des Offenen Büros als selbstverwalteter und selbstorganisierter Freiraum, hoffen wir auf stetig neue Menschen, die diese Möglichkeiten nutzen wollen. Somit wird es immer wieder notwendig sein, die Ideen und bereits getroffene Vereinbarungen zu kommunizieren. Und es wird auch immer wieder zu Veränderungen und neuen Absprachen kommen.

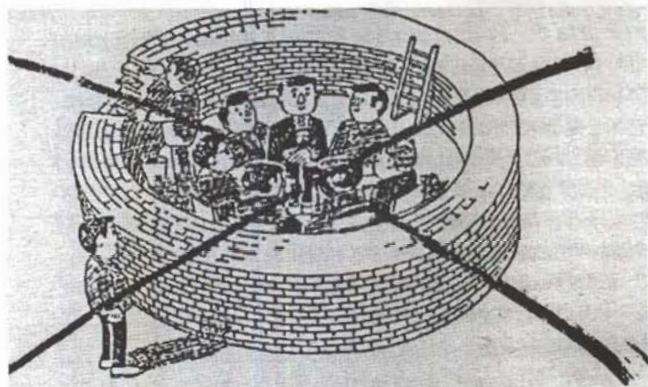


Bekannte Probleme, wie die Zerstörung von Infrastruktur oder Materialien, die Verschwendung oder unsachgemäße Nutzung von Technik/Material oder die Dominierung des Raumes durch Einzelne zu Lasten der Offenheit des Projekts, können wahrscheinlich am ehesten durch intensive und frühzeitige Kommunikation und direkte Interventionen in den Situationen, in denen Probleme sich anbahnen, bewältigt werden. In dieser Hinsicht ist das Offene Büro auch eine Experimentierfläche für eine Gesellschaft, in der die Individuen wieder mehr Verantwortung für sich selbst und gegenüber Anderen übernehmen und gleichberechtigtere, bessere Verhältnisse geschaffen werden.

#### Weiterentwicklung des Offenen Raumes

Um mit Alltagsproblemen wie oben beschrieben besser umgehen zu können, ist auch eine ständige Weiterentwicklung des Konzepts des Offenen Büros und der Handlungsfähigkeiten der Beteiligten sinnvoll und zum Teil notwendig. Es gibt einen bundesweiten Diskurs über Offene Räume, wo einzelne Projekte, die diese Idee verfolgen, sich austauschen und Problemlösungsstrategien entwickeln. Dazu gibt es u.a. ein Organisationsansatz-Treffen, zu dem auch Menschen aus unserem Umfeld fahren werden. Außerdem gibt es ein Angebot von Basiswissen-Seminaren im Rahmen des APO-Calyptose-Projekts [3], von denen u.a. solche Veranstaltungen zu "Offenen Räumen", "Dominanzabbau in Gruppen" [4] oder "Direkte Intervention" auch für die am Offenen Büro beteiligten Menschen interessant sein könnten. Bei letzteren Seminaren werden Methoden und Ideen zum Umgang mit bekannten Problemen bei Gruppenprozessen und im laufenden Alltag von Offenen Räumen vorgestellt und geübt.

Eine Herausforderung wird aber auch das Er-



zierbar wäre. Aus individuell sehr verschiedenen Gründen gibt es mehrere junge Menschen, die bereits jetzt eher zum Büro der Greenkids kommen wollen, als andere Angebote zu nutzen. Diese Personen wollen wir vom Offenen Büro nicht ausschließen, auch wenn sie nicht die eigentliche Zielgruppe sind und dies die Projektumsetzung erschwert. Wir haben aber den Anspruch, dass unsere Projektarbeit tatsächlich offen für alle ist.



reichen von interessierten und engagierten Menschen in Magdeburg sein. Die besondere Schwierigkeit ergibt sich daraus, dass bestimmte aktive Leute schon ihre Nischen gefunden haben, in denen sie arbeiten können - oft über persönliche Kontakte zu Einrichtungen, deren Infrastruktur sie nutzen dürfen. In deren Umfeld gibt es oft eine Vielzahl weiterer Aktiver, die keinen so leichten Zugang zu diesen Möglichkeiten haben. Diese sind dann davon abhängig, dass ihnen Andere mal diese Infrastruktur zur Verfügung stellen, können dies aber nicht immer selbständig und in den Momenten tun, in denen sie es gern machen würden. Diese Menschen wollen wir erreichen.

Als ersten Schritt der Öffentlichkeitsarbeit werden wir in den Veranstaltungskalendern Magdeburgs, über die konventionellen Medien und über bestehende Kontakte auf das Offene Büro aufmerksam machen und zum Vorbereitungstreffen einladen. Erfahrungsgemäß wird damit aber nur ein kleiner Teil der Zielgruppe erreicht. Im Rahmen der Absprachen zur offensiven Bewerbung des Offenen Büros (würde dies nicht geschehen, bestünde die Gefahr, dass es sich nur zu einer weiteren Nische für einige Privilegierte entwickelt) ist zu überlegen, wie gezielt schon engagierte Menschen angesprochen werden können. Z.B. könnte dies über Aushänge an ausgewählten Orten geschehen oder indem bestimmte Leute gezielt angesprochen werden.

Weitere Formen der Öffentlichkeitsarbeit werden Presseinformationen zu im Offenen Büro stattfindenden Veranstaltungen oder Projekten sein, die Produktion einer neuen CityCard, die im Stadtgebiet verteilt wird und die Einrichtung einer Internetseite, die von allen Beteiligten gleichberechtigt ausgebaut werden kann. Auf dieser sollen nach Möglichkeit auch die laufenden Projekte dokumentiert werden. Ob alle diese Möglichkeiten wirklich zum Einsatz kommen, wird stark von den Interessen der NutzerInnen des Offenen Büros abhängen.

#### Infrastruktur des Offenen Büros

Möglichst viele für die Projektarbeit sinnvolle und notwendige infrastrukturelle Möglichkeiten sollen hier zur Verfügung gestellt werden. Die Grundausstattung betrifft Computer, Drucker, Scanner und Internetzugang. Im vorderen Teil der Greenkids-Räume wird das Offene Büro seinen Platz finden, wo drei bis fünf aus älteren Geräten zusammengesetzte Rechner die Arbeit mit Textverarbeitung, Grafiksoftware und Internet ermöglichen. Dort läuft ein älterer Tintenstrahldrucker und Scanner. Bei Bedarf kann der Kopierer der Greenkids zur Vervielfältigung von Materialien genutzt werden. Je nach Interessen und Engagement der Beteiligten kann diese Grundausstattung erweitert und aufgestockt werden.

In Absprache mit den Greenkids ist auch die allgemeine Zur-Verfügung-Stellung der Infrastruktur des hinteren Raumes denkbar. Dies hängt allerdings auch sehr stark davon ab, ob die Greenkids sich als Dienstleister wahrgenommen sehen oder ob es so scheint, dass hier tatsächlich gleichberechtigt Verantwortung für alle Notwendigkeiten übernommen wird. Auf längere Sicht ist dieser allgemeine Zugang auch zu dieser Infrastruktur jedenfalls angestrebt. Das soll jedoch nicht um jeden Preis sofort geschehen, sondern ein Entwicklungsprozess sein, da Probleme in diesem Bereich sich sofort negativ auf die Handlungsmöglichkeiten der Greenkids-AktivistInnen auswirken würden.

Für den Anfang soll ein Telefon im Offenen Büro bereitgestellt werden, das für die Projektarbeit genutzt werden kann. Dies wird über eine

Telefon-Flatrate realisiert, die für einen monatlichen Grundbetrag das entgeltfreie Telefonieren im deutschen Festnetz ermöglicht. Um unkalkulierbare Kostenerhöhungen durch Gespräche ins Ausland, zu Sondernummern oder zu Mobilfunkanschlüssen zu vermeiden, wird vorher nach einer technischen Lösung gesucht, durch die solche Telefonate ausgeschlossen sind. Im Einzelfall können über den Telefonanschluss der Greenkids auch Gespräche in o.g. ausgeschlossene Netze geführt werden. Auch hier gilt, dass dieser Anschluss generell zur Verfügung gestellt werden kann, wenn der Eindruck entsteht, dass der dafür notwendige verantwortungsvolle Umgang damit erfolgt.

Zur Verfügung stehen generell das Umweltarchiv der Greenkids, in dem nach Themen geordnet Flugblätter, Broschüren, Zeitschriften und mehr zu finden sind, die Öko-Bibliothek mit umfangreicher Literatur und das Öko-Zeitschriften-Archiv [5] (Seite noch im Aufbau) mit mehr als zwei Dutzend Zeitschriften-Abos. Diese Materialien können für die Projektarbeit genutzt werden, sollen aber im Normalfall nicht ausgeliehen werden. Bei Bedarf könnten stattdessen Kopien von einzelnen Teilen gemacht werden, um die Verfügbarkeit der Literatur für andere zu gewährleisten.

Weitere Materialien können zum Basteln und zur Aktionsvorbereitung genutzt werden. Dies sind z.B. verschiedene Farben, Pappen, Papiersorten und vieles mehr. Auch gibt es hier diverse Werkzeuge und Aktionsmaterialien, beispielsweise "Strahlenschutzanzüge", Bauchläden, Fässer etc. Die Vielzahl von Materialien und Einsatzmöglichkeiten lässt sich an dieser Stelle kaum wiedergeben. Mit der vorhandenen Büroausstattung können eigene Broschüren gefertigt werden, Infomappen hergestellt werden etc. Damit diese Möglichkeiten weiterhin bestehen, sollten die NutzerInnen des Büros bedacht mit ihnen umgehen und sich Gedanken darüber machen, wie verbrauchtes Material aufgestockt und weitere Infrastruktur aufgebaut werden kann. Um so mehr Menschen sich für den Ausbau des Offenen Büros einbringen, desto komfortabler wird das Arbeiten für alle.

#### Angebote für Jugendliche aus dem Stadtteil

Neben dem Selbstorganisationsanspruch des Offenen Büros gibt es wie eingangs erwähnt lokal bedingt die Herausforderung, auch für die jungen Menschen im Stadtteil Angebote zu schaffen, die diese an die Ideen des Projekts heranzuführen. Ausschließen wollen wir niemanden und werden daher ohnehin auch Anlaufpunkt für diese "Zielgruppe" sein, die nicht in erster Linie aus inhaltlichem Interesse bei uns auftaucht. Damit sollen auch sie sich gleichberechtigt im Offenen Büro aufhalten können und ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass dessen Einrichtung für sie und andere nicht mehr nutzbar ist, wenn sie unachtsam damit umgehen oder gezielt schädigen. Es geht darum, Handlungsmöglichkeiten für sich oder andere zu erhalten und weiterzuentwickeln und dass sich alle Gedanken darüber machen, wie die Infrastruktur erhalten werden kann oder weitere Möglichkeiten entwickelt werden können.

Konkrete Ideen von Greenkids für Angebote an Stadtteil-Kids betreffen die Hilfe bei Hausaufgaben, Projektarbeit zu Umweltthemen und der Auseinandersetzung mit selbstgewählten Themen, zu denen im Internet oder im Archiv nach weiteren Informationen gesucht werden kann. Ein weiteres Projekt ist das Angebot von Computerkursen im Bereich Linux und Netzwerke, was anhand der technischen Infrastruktur des Büros erfolgen kann. Und es wird das Angebot von Umweltprojekten geben, z.B. mit Gewässergüte-Bestimmungen, Exkursionen und anderen

Dingen, auf die die Beteiligten Lust haben. Vielleicht werden auch andere BüronutzerInnen solche Angebote schaffen, die sich an die Leute im Stadtteil richten.

#### Quellen

- [1] - <http://www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/offeneraum.html>
- [2] - <http://www.projektwerkstatt.de/bwa/bwa-debatte.html>
- [3] - <http://www.apo-calyptose.de/vu/>
- [4] - [http://www.deu.anarchopedia.org/index.php/Dominanzabbau\\_in\\_Groupen\\_%28Seminar%29](http://www.deu.anarchopedia.org/index.php/Dominanzabbau_in_Groupen_%28Seminar%29)
- [5] - <http://oekoarchiv.greenkids.de/>



#### Ankündigungen

Basis.Wissen-Seminar "Dominanzabbau in Gruppen": 25.-28. August im Thiembuktu, Thiemstr. 13, Magdeburg-Buckau

Organisierungsansatz-Treffen: "Dominanzabbau in Gruppen": 14.-17. September im Thiembuktu, Thiemstr. 13, Magdeburg-Buckau

ANZEIGE

## Erinnerungen verlassen schnell

26. April 2006

26. April 2007

26. April 2008

26. April 2009

26. April 2010

26. April 2011

26. April 2012

26. April 2013

## 20 Jahre nach dem Unfall in Tschernobyl laufen in Deutschland noch immer 17 Atomkraftwerke

Wechseln Sie jetzt zu  
Ökostrom!

Tel. 040/808 110-330  
oder

[www.greenpeace-energy.de](http://www.greenpeace-energy.de)



Strom, der es mir wert ist



## Marco erneut in Haft

**Soligruppe** Marco ist seit dem 27.02.2006 wieder im Knast. In dem Magdeburger §129a - Verfahren wurde er zu einer Freiheitsstrafe von 2 1/2 Jahren verknakkt, von der er durch die Untersuchungshaft 1 Jahr abgesehen hatte. Diese Verurteilung basierte lediglich auf Indizien, was auch der damalige Richter einräumte, auch wurde Marco nicht nach § 129a verurteilt, sondern wegen mehrfachen gemeinsamen Brandstiftungen (u.a. auf eine Niederlassung von Daimler Chrysler, ein Dienstfahrzeug des BGS und das LKA-Gebäude in Magdeburg).

In dem Revisionsverfahren gegen seinen Mitangeklagten Daniel, ist er zusammen mit Carsten, der ebenfalls in dem Verfahren angeklagt war und freigesprochen wurde, zuvor noch ein halbes Jahr in Beugehaft gegangen. Da Beugehaft nicht auf die Strafhafte angerechnet wird, ist Marco jetzt für die nächsten 1 1/2 Jahre in der JVA Magdeburg.

Marcos Anschrift im Knast ist:

z. Hd. Marco Heinrichs  
Justizvollzugsanstalt Magdeburg  
Halberstädter Str. 8a  
39112 Magdeburg

**HINWEIS:** In der JVA Magdeburg werden keine Zeitungen oder Ausdrücke (aus Indymedia oder sonstiges; oder Plakatausdrücke) angenommen, d.h. wenn ihr einen Brief mit in ein solches Paket legt, wird auch dieser nicht weitergeleitet. Das soll nicht heißen, dass Zeitungen und Ausdrücke nicht geschickt werden sollen, aber besser trennt, bis die Angelegenheit geklärt ist. Zeitungsabos werden angenommen und Briefe können auch per PC geschrieben werden. Vergesst nicht Briefmarken mit in den Brief zu legen.



### Update: §129-Verfahren wegen Luther

**ML** Nach einigem Hin und Her hat die Staatsanwaltschaft Dessau jetzt die Akteneinsicht in das Ermittlungsverfahren gegen AktivistInnen wegen des Vorwurfes, diverse Straftaten im Zusammenhang mit den Luther-Action-Days im letzten Jahr begangen zu haben, zugelassen. Aus den wirren Konstruktionen der Polizei geht hervor, dass sie eine Goldschrift auf dem Wittenberger Alten Rathaus umgemeißelt haben sollen, so dass aus dem obrigkeitshörigen "Fürchte Gott, Ehre die Obrigkeit und sei nicht unter den Aufrührern" ein herrschaftsfeindliches "Fürchte die Obrigkeit und sei unter den Aufrührern" entstand.

Weiterhin werden ihnen Formen der Kommunikationsguerilla, wie ein gefälschtes NPd-Flugblatt, das die Parallelen und Bezüge rechtsradikaler Ideologie zu Martin Luthers Denken und Forderungen darstellte, vorgeworfen. Hinzu kommen unzählige Graffitis, beschädigte Polizeifahrzeuge und ein "Farbanschlag" auf das Lutherdenkmal. Beweise lassen sich aus den Akten nicht ableiten, dafür abenteuerliche Konstruktionen, warum die Beschuldigten mit diesen Vorgängen im Zusammenhang stehen sollen.

PRESSE-MITTEILUNG AUS DER PROJEKTWERKSTATT

### POLIZEI-AUSRASTER IN GIESSEN: FESTNAHMEN, DURCHSUCHUNG UND UNTERBINDUNGSGEWAHRSAM FÜR JÖRG BERGSTEDT

In den Morgenstunden des 14. Mai 2006 wurden in Reiskirchen vier Personen aus dem Umfeld der Projektwerkstatt von Einsatzkräften der Polizeistation Grünberg martialisch festgenommen und in das Polizeipräsidium Mittelhessen abtransportiert. Besonders auffällig sei dabei gewesen, dass es zur sofortigen Festnahme ohne Angabe von Gründen oder vorgeschaltete Personalienfeststellungen oder Durchsuchung gekommen sei.

"Die Beamten haben überhaupt nicht untersucht, ob die Personen Utensilien für Straftaten oder ganz konkret Sachbeschädigungen dabei hatten. Das war ihnen völlig egal," berichtet Patrick Neuhaus, einer der vier festgesetzten Personen. "Es drängt sich der Eindruck auf, dass das Ziel schon vorher festgestanden hat." Aus Sicht des Projektwerkstättlers sind die Festnahmen ein klar rechtswidriger Vorgang, der den handelnden Einheiten auch bewusst gewesen sein muss. Einer der Beamten nannte als Grund für die Aktion ganz lapidar: "Sie wurden gesehen, wie Sie aus Giessen herausgefahren sind." Ab 9.15 Uhr durchsuchte ein Polizei-Kommando unter Führung des Staatsschutz' ohne Durchsuchungsbeschluss die Projektwerkstatt, sichtlich überrascht davon, trotz Festnahmen auf Nutzer des Hauses zu treffen. Unter Angabe von Gefahr im Verzug stellten die PolizistInnen die Räume der Einrichtung auf den Kopf. Dabei wurden politische Flugblätter, Schriften und persönliche Unterlagen der Nutzer sichergestellt. Begründet wurden die Durchsuchung, ebenso wie die Festnahmen, mit Sachbeschädigungen bzw. Farbschmierereien in Giessen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist völlig unklar, warum es sich dabei handelt. "Zu keinem Zeitpunkt sind konkrete Ausführungen erfolgt, warum die vier festgenommenen Personen in Zusammenhang damit stehen sollen," erklärt Patrick Neuhaus weiter. Zumal bei den Personen weder Farbe, Spraydosen, noch andere auf solche Straftaten hindeutende Utensilien gefunden wurden.

Jörg Bergstedt wurde am Nachmittag des 14. Mai einem Haftrichter vorgeführt, welcher dem Antrag des Staatsschutz' auf Unterbindungsgewahrsam zustimmte. Mit diesem Beschluss wurde der Aktivist aus Reiskirchen in die JVA Giessen eingeliefert. Nach Ansicht weiterer Betroffener war das vorzeitige Verschwindenlassen des Aktivisten Hauptaugenmerk aller Handlungen, die von der Polizei veranlasst und umgesetzt wurden. "Es ging um Einschüchterung - die im Sieges-eifer und aggressiver Stimmung begangenen Rechtsfehler bieten sich allerdings für juristische Auseinandersetzungen und öffentlichen Protest geradezu an", so Patrick Neuhaus weiter. Aus dem Umfeld der Projektwerkstatt werden neben rechtlichen Einwendungen auch Proteste angekündigt. Unter dem sperrigen Titel "8 Monate sind 8 Monate (zuviel) (.) Zeit für Aktionen" schlagen die Verfasser vor, den gesamten Haftzeitraum als Aktionsfläche zu begreifen, um Kritik an Repression, Justiz und Knast zu vermitteln. Der konkrete Fall von Jörg Bergstedt könne dabei ein Aufhänger sein. Im Aufruf wird die Idee wie folgt umschrieben: "8 Monate werden von unterschiedlichsten Menschen und Gruppen für ein buntes Widerstandsprogramm gegen Knast und Repression genutzt - Straßentheater, subversive Aktionen, Lesungen, Kunst, thematische Veranstaltungen (...)"



## Über 5000 KollegInnen aus den Metallbetrieben demonstrierten gegen Schacht KONRAD

Zum zweiten Mal nach dem Mai 2000 haben heute mehr als 5000 Kollegen von VW-Salzgitter und aus anderen Metallbetrieben gegen Schacht KONRAD demonstriert.

**IG METALL** Die Aktion war eine Antwort auf das Urteil des Obergerichtes Lüneburg vom 8. März, das den Anwohnern und Gemeinden jegliche Rechte abspricht und den KlägerInnen die Revision versagt. Da es sich "bei der geringen Entfernung vom Einlagerungsschacht zum VW-Werk" um ein offensichtlich betriebliches Thema handele, verlegte der Betriebsrat eine Betriebsversammlung, auf der zuvor auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel Rede und Antwort gestanden hatte, einfach vor das Werkstor. Dort trafen die VW-KollegInnen um 13.15 Uhr mit zahlreichen Delegationen aus anderen Metallbetrieben zu einer Kundgebung zusammen. Die Stahlwerker brachten einen Tieflader mit: "KONRAD - Nein Danke". "Wir wollen nicht kämpfen, aber notfalls können wir", meinte Betriebsratsvorsitzender Blechner, ging ausführlich auf die Gerichtsverhandlung ein, an der auch zahlreiche MetalllerInnen teilgenommen hatten und forderte von der Politik ein neues, offenes, vergleichendes Standortverfahren, das auch den sozialen Bedingungen vor Ort Rechnung trägt.

Oberbürgermeister Helmut Knebel begrüßte die Aktion und versprach für die Mehrheitsfraktion im Rat, dass die Stadt als Klägerin Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einlegen werde.

Kläger Walter Traube bedankte sich für die Solidarität, die hier deutlich werde und ebenso in vielen kleinen und großen Spenden zur Finanzierung der Klage. Das habe es ihm überhaupt erst möglich gemacht, diese Auseinandersetzung zu führen. Der Betriebsrat rief nochmals zur Aktion "Sorgenschacht" auf, der Einrichtung von Daueraufträgen zur Unterstützung der Klage.

Alle Redner betonten die Notwendigkeit, die Fortsetzung des Hauptsacheverfahrens zu erstreiten und durch Aktionen gleichzeitig deutlich zu machen, dass sich die Region weder kaufen noch verkaufen lässt. Sie machten aber auch deutlich, dass man sich notfalls auch anders wehren kann und will: "Jetzt geht der Kampf erst richtig los", meinte Walter Traube und der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Salzgitter, Wolfgang Räsche, bemühte Bert Brechts Satz: "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht".

Räsche: "Und diesen Widerstand werden wir hier in dieser Region wenn nötig leisten."



Pressemitteilung:

# Erfolgreiche Klage gegen Castor-DEMOverbote Gericht erkennt keinen polizeilichen Notstand als Grund für DEMOverbotzonen bei Castortransporten

In einem Eilverfahren hatte die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg (BI) vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg (VG) bereits im November 2004 einen Teilerfolg errungen, wonach die Allgemeinverfügung über Demonstrationsverbotszonen bei Castortransporten teilweise als rechtswidrig außer Kraft gesetzt wurde. Denn eine "notstandsähnliche Situation" habe entgegen der Darstellungen in der Allgemeinverfügung für den Castor-Transport nicht bestanden. Die wegen dort aufgeführten Vorfälle seien sowohl nach ihrer Zahl als auch nach ihrer Intensität nicht geeignet, eine Situation zu beschreiben, die nur mit Hilfe einer Allgemeinverfügung hätte bewältigt werden können, bestätigten damals die Lüneburger Richter. Dieser Beschluss wurde vom Oberverwaltungsgericht dann allerdings wieder gekippt. Die BI beschränkt den Rechtsweg unbeeinträchtigt weiter.

Der BI-Sprecher bewertet das neuerliche Urteil insgesamt "als Erfolg hartnäckiger jahrelanger Prozessführung gegen die bürgerliche Freiheitsrechte außer Kraft setzenden Demonstrationsverbote per Allgemeinverfügung, die jedes Jahr eine "Sonderrechtszone Gorleben" bei Castor-Transporten herbeiführen".

Nach 10 Jahren Erfahrung mit den Allgemeinverfügungen bei Castor-Transporten hat die BI erstmals im Hauptsacheverfahren vom VG Recht bekommen. Zutreffend hat das VG Lüneburg - entgegen der Ansicht des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts (NdsOVG) im Eilverfahren - die Annahme eines "polizeilichen Notstandes" außerhalb des Transporttages selbst jedenfalls für die Straßenstrecke abgelehnt und betont, dass die Proteste ganz überwiegend friedlich verlaufen.

BI-Anwältin Ulrike Donat hält allerdings fest, dass das VG Lüneburg der Kritik nicht weitgehend genug gefolgt ist: "Die BI stellt die Zulässigkeit derart umfassender, jährlich wiederkehrender mehrtägiger Flächen-Demonstrationsverbote grundsätzlich in Frage. Der Paragraph 15 des Versammlungsgesetzes (VersG) bietet hier

für keine Grundlage, weil kein "Einzelfall" geregelt, sondern eine Sonderrechtszone geschaffen wird. Dies wird das Verfassungsbeschwerdeverfahren zur Allgemeinverfügung 2003 klären. Unberücksichtigt blieb wieder einmal, dass die Allgemeinverfügungen in der Vergangenheit in großem Ausmaß polizeiliches Unrecht produziert haben".

der für und wider die Verbote sprechenden Umstände. Positive Erfahrungen mit den wesentlichen Gruppen, die die Proteste organisieren, insbesondere mit der BI, wurden unterschlagen. Zur Gefahrenprognose wurden willkürlich einzelne Internetseiten und diffamierende Äußerungen zusammengetragen. Die Bezirksregierung, heute Polizeidirektion, betrachtete selbst

in der mündlichen Verhandlung noch die Bürgerproteste als Gegner, obwohl die Versammlungsbehörde zu objektiven Ermittlungen verpflichtet ist. Wörtlich äußerte die Vertreterin der ehemaligen Bezirksregierung: "das ist nicht kriegsentscheidend..." "Die darin zum Ausdruck gebrachte persönliche Gegnerschaft ist erschreckend", kommentiert der BI-Sprecher.

Unverständlich ist, warum das Gericht das Verbot der Veranstaltung "Testlauf" zwischen Groß Gusborn und Langendorf bestätigt hat, denn diese Verbindungsstraße ist nicht Teil der Transportstrecke. Tatsachen zur Begründung des "polizeilichen Notstandes" hat die beweisbelastete Behörde nicht vorgetragen, den Beseitigungsanträgen

der BI ist das Gericht nicht gefolgt. Die Testlauf-Veranstaltung wurde bereits vor Erlass der Allgemeinverfügung angemeldet, aber dort nicht berücksichtigt. Allein der Verfahrensablauf macht das Verbot nach Auffassung von Anwältin Donat rechtswidrig. Die BI wird die schriftlichen Urteilsgründe abwarten, bevor über die Einlegung der zugelassenen Berufung entschieden werden wird, rechnet aber damit, dass die Behörde selbst in Berufung geht.

(AktzAktz. 3 A 143/04)

Ulrike Donat 040 39106180

Francis Althoff 05843 986789



Rechtsanwältin Donat rügt weiter "technische Fehler", z.B. dass das Gericht seine eigene Ermessensentscheidung an die Stelle der Behörde gesetzt hat, obwohl es nur die gegebene Behördenentscheidung daraufhin überprüfen darf, ob diese insgesamt rechtmäßig oder rechtswidrig war. Die Teilaufhebung darf nicht erklärt werden, weil bei einem Verstoß gegen die Verhältnismäßigkeit die Allgemeinverfügung insgesamt rechtswidrig war.

Auch hat die Versammlungsbehörde, wie in der mündlichen Verhandlung ausführlich erörtert worden ist, bewusst einseitig ermittelt, denn es stand von vorneherein fest, dass die Polizei aus einsatztaktischen Gründen eine Allgemeinverfügung wollte.

Objektive Ermittlungen, zu denen die Versammlungsbehörde verpflichtet ist, haben daher ebenso wenig stattgefunden wie eine Abwägung

Ich abonniere ab sofort das "grüne blatt" für ein Jahr!

Bitte schickt mir jeweils  ein Exemplar (10,-EUR/Jahr)  10 Exemplare (30,- EUR/Jahr)

Ich habe Briefmarken / Bargeld beigelegt. Schickt das grüne blatt bitte an:

Name \_\_\_\_\_ Anschrift \_\_\_\_\_

# grünes blatt

Ausschneiden und ab an: grünes blatt, Postfach 32 01 19, 39040 Magdeburg

Ich  
will  
Abo  
!!!



# Selbstorganisation in Alltag und Politik

Seminarbericht vom 16.-19. Februar 2006

ACN Am Donnerstag Abend waren erstaunlicherweise doch schon einige Leute da, so dass wir auch schon mit inhaltlichen Punkten anfangen konnten. Es war auch eine gemischte Runde, nicht nur Leute, die sich irgendwo schon näher kennen, was sich z.B. beim Beginn des ersten Direct Action-Seminars für den Seminarprozess als schwierig herausgestellt hatte. Wir haben uns über die Inhalte, die es an diesem Wochenende geben soll, ausgetauscht und - nach mehrfachem Einfordern durch mich - auch schon einige Zeitpunkte vereinbart.

An diesem ersten Abend lief auch eine Art Einführungsrunde zum Thema, allerdings war die nach meiner Wahrnehmung noch nicht so konkret als Seminarstrang erkennbar, sondern erstmal ein Gespräch, bei dem versucht wurde, anzufangen. Einige Seminarpunkte waren von vornherein - durch Absprachen bzw. die praktische Umsetzbarkeit - schon vorgegeben: So war klar, dass es am Samstag Nachmittag eine Umsonstladen-Schicht in Gießen geben würde und auch der Workshop zum Schnorren (mit Praxisteil Firmen anrufen) musste bis Freitag nachmittag über die Bühne gehen.

Am Freitag Morgen ging es wirklich mit dem Workshop zum Schnorren los. Es wurden Erfahrungen ausgetauscht, was Menschen aus der Runde so alles schon mal gratis besorgt haben und wie Schnorr-Anrufe höhere Erfolgsquoten haben. Dazu gibt es auch eine zum Teil ausführliche Mitschrift. Den Übergang zum praktischen Teil empfand ich dann als zu schleppend und bin irgendwann rausgegangen und hab schonmal versucht, über Kontakte zu einer Druckerei und einer Agentur Materialien zu besorgen. Das hat auch Erfolg getragen: inzwischen gab es für das Magdeburger Jugend-Umweltbüro eine Spende von mehr als 10.000 Blatt neuwertigem A3-Druckerpapier und die Zusage auch langfristig Reste und Verschnittpapier in Normgrößen zu bekommen. Außerdem konnte ich den Druck einer Gratis-Postkarte mit einer Agentur aushandeln, für die es nur noch einer Spendenquittung bedarf.

Am späteren Nachmittag - noch vor dem Beginn des JUKSS-Organisations-Treffens - wurde noch ein Workshop zur Gratismobilität eingeschoben, den ich als sehr vielfältig und motiviert empfand. Dort wurden Ideen und Erfahrungen beim Schwarzfahren, über Möglichkeiten günstiger mobil zu sein und ansatzweise auch über Aktionen für Gratismobilität zusammengetragen. All das ist auch protokolliert worden und kann weiter ausgebaut werden.

Es fand dann auch noch ein Workshop zum Thema "Klauen" statt, bei dem es vor allem um Techniken ging, mit denen die Sensoren von Kaufhäusern neutralisiert werden können. Auch Erfahrungen mit der Wirkung von Theateraktionen bzw. Inszenierungen bei denen ganz offen Produkte mitgenommen werden konnten, oder den Möglichkeiten, die Subversion grundsätzlich bietet, wurden ausgetauscht. Ich war bei diesem Workshop nur kurzzeitig dabei, deswegen habe ich keinen vollständigen Eindruck von dieser Phase. Schade fand ich im Nachhinein, dass es mehrere hochmotivierte Leute gab, die gleich einiges ausprobieren wollten, es dann aber doch nicht mehr umgesetzt haben.

In der Nacht war dann noch ein Grüppchen unterwegs und ergänzte die Gratislieferung eines Bio-Großhändlers, die tagsüber gekommen war, um weitere containerte Sachen. Zusammen mit den Schnorr-Versuchen auf dem Gießener Markt, die auch mehr als zwei Kisten Gemüse

brachten, gab das schon einen ganz beachtlichen Eindruck, welches Potential Schnorren und Containern für die Lebensmittelversorgung haben. Inzwischen sind wir in Magdeburg häufiger unterwegs, schnorren in Bioläden und auf dem Markt und haben auch schon einige Container ausfindig gemacht, die sich immer wieder lohnen. Vor allem in der Anfangsphase ist der Aufwand noch verhältnismäßig hoch und auch das Überwinden von Unannehmlichkeiten ist teilweise anstrengend (Kälte, Bedenken wegen beobachtender Container-Nachbarn, Hemmungen Händler nach Gratisachen zu fragen), lohnt sich aber. Inzwischen müssen wir nur noch wenig dazukaufen - dafür gibt es teilweise einen ziemlichen Luxus an Lebensmitteln, die ich sonst nicht kaufen würde, weil sie nicht unbe-



dingt notwendig sind.

Die Schicht im Umsonstladen in Gießen fand ich nicht so überwältigend. Ich war sogar angeervt von der Atmosphäre, die da überwiegend herrschte: Zwar waren wirklich viele Leute da, aber die hatten offensichtlich nur im Sinne, möglichst viel für sich abzuziehen. Einen utopischen Ansatz, Gesellschaftskritik oder auch nur das Potential dafür habe ich nicht wahrgenommen. Was bei den Leuten, die diesen Laden ermöglichen, gewiss anders ist. Aber ich fände es frustrierend in diesem Laden zu stehen und das Gefühl zu haben, nur Dienstleister für eine Masse konsumgeiler Leute zu sein.

Vielleicht bin ich da auch durch den Magdeburger Umsonstladen verwöhnt, der größer ist und nach meiner Wahrnehmung - auch eine größere Palette an verschiedenen Gegenständen aufbieten kann, und m.E. nicht so stark von so krass Konsumorientierten genutzt wird. Allerdings ist der Gießener Umsonstladen in mancherlei Hinsicht auch im Ansatz utopischer als der Magdeburger: letzterer hat eine 3-Teile-Regelung (es sollen also nur drei Teile auf einmal mitgenommen werden), was jede Menge Konflikte im Vorfeld vermeidet. Andererseits werden vom Ansatz des Gießener Ladens viel mehr direkte Diskussionen über Konsum bzw. Vermarktung geführt, wenn Leute z.B. riesige Mengen mitnehmen, die sie gar nicht selbst gebrauchen können.

Beim Schnorren auf dem Markt habe ich gemerkt, dass ich mich leicht in meiner Motivation durch andere beeinflussen lasse. Anfangs noch hochmotiviert, traf ich dann auf dem Markt auf eine andere Schnorrerin aus unserer Gruppe, die meinte, dass sie keinen Bock hat Gemüse von konventionellen Ständen zu schnorren. Da war bei mir gleich wieder eine größere Hemm-



schwelle da, überhaupt noch auf solche Händler zuzugehen. Ich hab überhaupt in der Praxis des Schnorrens gemerkt, dass ich gewissermaßen mit einer "Augen zu und durch"-Einstellung rangehen muss. Gar nicht erst Unsicherheit aufkommen lassen, sondern es einfach durchziehen. Für den Anfang scheint mir das auch sinnvoll. Lieber läuft da mal etwas nicht optimal, dafür wird überhaupt der Versuch gestartet. Mit der Zeit sammeln sich dann auch die Erfahrungen.

Ich glaube, es war der Samstag Abend, an dem wir uns dann über Möglichkeiten, ohne Geld auch Versicherungen abschließen zu können, bzw. Versicherungen subversiv auszunutzen, ausgetauscht. Hier wurden einige Nischen wie die Künstlersozialkasse vorgestellt oder die Praxis vieler Alternativprojekte, in denen nur Einzelne versichert sind und gemeinsam Krankenkarten nutzen (was natürlich nicht legal ist). Allerdings ist meist auch Voraussetzung eine Ärztin zu finden, die sich darauf einlässt.

Den Sonntag Vormittag füllte dann ein Geldbeschaffungs-Workshop. Geplant hatte ich da auch in einen praktischen Teil überzugehen, also kleinere Anträge mit Interessierten auszuarbeiten. Es gab auch diese interessierten Leute, aber irgendwie kam das dann doch nicht zustande. Scheinbar war die Zeit schon zu weit fortgeschritten und ein Mensch wollte auch lieber einen größeren Antrag versuchen, der in dieser Runde schwer hätte umgesetzt werden können. So verlief sich der Workshop nach dem Überblick über Fördertöpfe und andere Möglichkeiten an der Stelle, wo der Praxisteil beginnen sollte, wieder. Daran schloss sich die weiter unten beschriebene überstürzte Abreise mit ihren Folgen an. Was leider nicht mehr stattfand, war der Workshop zur Kooperationsebene von Organisation, wo es um die Vernetzung von Container-, Schnorr- und Selbstversorgungsprojekten / -gruppen im Zusammenspiel mit Gemeinschaftseigentum, Gratisnetzwerken, Umsonstläden und Infrastrukturteilung hätte gehen können.

## Selbstorganisationsprozesse

Mein Eindruck war, dass einige Aspekte, wie das Beheizen des Gebäudes - relativ - selbstorganisiert liefen. Da gab es zwar auch Schwierigkeiten, weil mal jemand nicht anheizte und den Ofen falsch bediente, aber meiner Wahrnehmung nach kümmerten sich um das Nachlegen des Holzes z.B. nicht immer dieselben Leute.

Als problematisch wurde von den Projektwerkstatt-BewohnerInnen formuliert, dass sich alles auf das - scheinbar - gemühtlichere Wohnhaus konzentrierte. Geplant war es, dass das parallel laufende JUKSS-Treffen im Seminarhaus stattfindet und das Seminar im Wohnhaus. Nun vermischte sich alles und es entstand zeitweilig auch der Eindruck, dass dadurch kein Vorankommen in den Treffen zustande kam. Beim späteren Direct Action-Seminar wurde das als noch anstrengender wahrgenommen, wobei dazu die ProjektwerkstattlerInnen eher etwas Konkretes sagen können.

Lustige Effekte gab es natürlich auch wieder - so z.B. dass die Container-Gruppe erstmal unverrichteter Dinge wieder zurückkehrte, weil sie es nicht bis aus dem Dorf geschafft hatte, ohne sich zu verlieren. Oder seltsame Abläufe, wie die



fahrradfahrenden Umsonstladen-Schicht-Leute, die am Tag vorher noch klar hatten, dass sie früher losfahren müssten als diejenigen, die den Zug nehmen. Am Samstagmorgen waren sie allerdings die letzten, die sich auf den Weg machten und somit deutlich verspätet zum Workshop kamen...

**Selbstorganisiertes Aufräumen nicht geklappt**  
Zum Ende des Wochenendes kam plötzlich (wie unerwartet... "g") eine Aufbruchstimmung auf und bis auf wenige waren alle (JUKSSies und Selbstorga-Leute) ganz schnell weg. Es gab zwar vereinzelte Aufräum-Aktivitäten, aber die zurückgebliebenen Menschen aus der Projektwerkstatt waren frustriert, weil offensichtlich jede Menge Unordnung und Müll hinterlassen wurde.

## Containern - Netto: Zeigen Sie sich selbst an!

**JUB** Etwa die Hälfte der Lebensmittel einer Stadt wird von den Discountern weggeworfen, weil sie nicht mehr "verkäuflich" sind. Sie haben Druckstellen, das Mindesthaltbarkeitsdatum naht, die Produktpalette wurde aufgegeben oder die Verpackung wurde beschädigt. Das sind häufige Gründe, warum völlig brauchbare Nahrung entsorgt wird.

Aus einer Auseinandersetzung bei Netto während des "Containerns" - das Mitnehmen noch guter Nahrung aus den Mülltonnen von Supermärkten - wurde offensiv eingefordert, die AktivistInnen anzuzeigen, um diese skandalöse Lebensmittelvernichtung öffentlich zu machen. Reaktion der Marktleitung: Zeigen Sie sich selbst an! Auch die Polizei, die von Netto alarmiert wurde, hatte keine Lust und weigerte sich, wegen "Müll-Diebstahl" zu kommen.

Mittwoch Morgen in Magdeburg beim Containern: Mitarbeiterinnen von Netto verlangen, das Gemüse zurückzugeben, das aus den Mülltonnen des Supermarktes geholt wurde, welches völlig in Ordnung ist und nur aus Profitgründen entsorgt wurde.

Daraus entstand eine Diskussion darüber, dass Unmengen von Lebensmitteln verschwendet werden, während gleichzeitig Menschen hier und in aller Welt hungern und in Armut leben. In der Auseinandersetzung schlugen die containernenden Menschen vor, der Markt solle sie anzeigen, damit dann ein Prozess geführt werden könne, mit dem diese Politik öffentlich thematisiert und skandalisiert werden kann. Ein zu diesem Zweck vorbereiteter Zettel mit Personalien und der Aufforderung zur Anzeige, um eine öffentliche Auseinandersetzung über "Lebensmittel-Verschwendung bei Netto und Hunger in der Welt" zu führen, wurde übergeben.

Die Marktleiterin drohte damit die Polizei zu holen und wurde dazu von den AktivistInnen ermuntert. Für den Fall einer Auseinandersetzung mit dem Personal war genau das überlegt worden. Es sollte nicht nur um "Selbstorganisation im Alltag" gehen, sondern auch die politische Dimension der Lebensmittelvernichtung angegriffen werden. Gleichzeitig ist das Einfordern von Repression eine Spielart der "kreativen Antirepression" und führt häufig dazu, dass das Ziel von Herrschaftsdurchgriffen umgelenkt werden kann.

Erst waren zwei weitere Mitarbeiterinnen da, die sich verschlossen und nicht diskussionsbereit zeigten. Da weiterhin das Gespräch gesucht wurde, ergab sich allmählich mit einer der Beiden eine Unterhaltung und sie zeigte sich verständnisvoll dafür, dass Leute es nicht gut finden, dass diese Lebensmittel weggeworfen werden, meinte aber, dass das so sein müsste.

Dann kam die Marktleiterin mit dem Spruch wieder raus, die AktivistInnen sollten sich doch selbst anzeigen, die Polizei wolle nicht extra kommen wegen Müll-Diebstahl. Daraufhin gingen die Mitarbeiterinnen fort und es wurde weiter containert.

Die Marktleiterin kündigte allerdings an, zukünftig die Container zu verschließen und so unzugänglich zu machen. Das Ziel, über ein Gerichtsverfahren des Marktes gegen die AktivistInnen eine öffentliche Thematisierung zu erreichen, gelang also nicht. Allerdings wurde auch klar, dass die Netto-Mitarbeiterinnen mit Drohungen nichts erreichen würden und sie störten das weitere Containern nicht mehr. Jetzt bleibt zu überlegen, wie erreicht werden kann, dass es doch zu einer öffentlichen Auseinandersetzung kommt - auch wenn Netto dem aus dem Weg zu gehen versucht.

Vorstellbar wäre das mit Aktionen vor dem Super-

### Resümee

Es gab viel inhaltlich motivierendes an diesem Wochenende, insbesondere für mich persönlich. Viele Abläufe zeigen aber auch, dass trotz der Teilnahme an einem solchen Seminar - oder deswegen? - noch viele Defizite in Sachen Selbstorganisation vorliegen. Im Zuge der nächsten APO-Calyptse-Veranstaltungen kann versucht werden, einen Teil davon abzubauen.

Ein Ergebnis dieses Seminars und der Magdeburger Praxis danach ist auch, dass es im September (25.9.-1.10.) hier eine Fortsetzung bzw. Wiederholung (je nach Standpunkt) geben wird, und zwar in Form einer ganzen Praxiswoche. Ich glaube, dass die inzwischen gesammelte Praxis in Verbindung mit diesem Seminar und den Mitschriften des Wikis eine gute Voraussetzung bieten, um solche Veranstaltungen jetzt selbst machen zu können.

markt, einer Projektion des Films "We feed the World" an diesem Ort, Infoveranstaltungen zu Hunger und Vernichtung von Lebensmitteln etc. Vielleicht müsste mensch auch eine sinnvolle Eskalation entwerfen, die dazu führt, dass Netto um eine Anzeige nicht herumkommt und es dadurch gelingt die Discourterpolitik in den medialen Mittelpunkt zu befördern.

Gut wäre gewiss auch, mit der "Tafel" und ähnlichen Organisationen in Kontakt zu treten, um von Netto fordern zu können, dass sie die Lebensmittel nicht einfach wegschmeißen, die sie nicht verkaufen wollen. Es ist ja schon interessant, dass diese Kette noch nicht einmal die mittlerweile anerkannten Organisationen beliefert, die sonst die "Reste der kapitalistischen Wegwerfgesellschaft" sammelt, um sie weiterzuverteilen.

Würde Netto aufgrund öffentlichen Drucks seine Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden, an Menschen und Projekte kostenlos bereitstellen, würde dies allerdings auch nichts an der zugrundeliegenden Logik des Kapitalismus ändern. Diese gilt dann an allen anderen Stellen weiter und muss angegriffen werden. Allerdings könnte es strategisch eine sinnvolle Forderung sein.

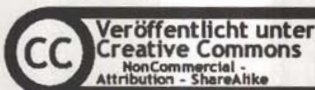
Natürlich ist Netto nicht der "schlimmste" oder der Markt, der sich für eine Kampagne gegen die kapitalistisch begründete Vernichtung von Nahrung am besten eignen würde. Trotzdem kann diese Kette exemplarisch angegriffen werden, um eine Thematisierung zu erreichen.

Es entsteht dazu gerade eine "Initiative gegen die Vernichtung von Lebensmitteln", aus der heraus Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen entstehen können. Ein Wiki wurde bereits eingerichtet. Die Idee ist, dass diese Kampagne nicht zentral geleitet wird, sondern Interessierte, AktivistInnen, WissensträgerInnen diese dadurch gestalten, dass sie sich nach ihren Möglichkeiten einbringen. Das Wiki kann zur Vernetzung, zum Zusammenstellen von Hintergrundinformationen, zur Öffentlichkeitsarbeit und als Anlaufstelle für Interessierte dienen. Dort gibt es auch eine Diskussionsseite, wo über die Ausrichtung der Initiative, Aktivitäten etc. debattiert werden kann.

[www.lebensmittelvernichtung.de](http://www.lebensmittelvernichtung.de)

Wer beteiligte Menschen direkt erreichen möchte, kann sich an das Jugend-Umweltbüro in Magdeburg wenden, das als Kontaktadresse für die Initiative genutzt wird. Das Jugend-Umweltbüro ist ein offen nutzbarer Raum, wo AktivistInnen Projekte entwickeln, sich austauschen und vernetzen können.

**Kontakt:**  
Initiative gegen die Vernichtung von Lebensmitteln  
Karl-Schmidt-Str. 4, 39104 MD  
lebensmittelvernichtung@projektwerkstatt.de  
03 91-55 70 753



## "Anders leben" -

Internetplattform und Arbeitskreis für das Sammeln von Ideen für ein anderes Leben

[www.anders-leben.tk](http://www.anders-leben.tk) ist eine neue Internet-Plattform, auf der Ideen zum Thema "Anders Leben" gesammelt sowie neue entwickelt werden können. Es soll nach Möglichkeiten eines Lebens fernab der "40-Stunden-Woche" gesucht werden, um sich beispielsweise mehr auf die eigenen Interessen oder Projekte konzentrieren zu können. Fernziel soll es sein, eine Internetseite zu erstellen, die einen Überblick über die (selbstorganisierten) Möglichkeiten eines nicht-geldbezogenen Alltags gibt.

Thematisch soll es um schon vorhandene Möglichkeiten eines anderen Lebens gehen, wie z.B. Kommunen, Wagenplätze, Selbstorganisation, Kooperativen, Umsonst-Ökonomien - d.h. alternativenökonomische Ansätze sowie Selbsthilfe bei Projektgründung "von unten".

Das Ganze soll keine theoretische Arbeit sein, sondern das Sammeln von praktischen, an den Bedürfnissen des Menschen orientierten und umsetzbaren Möglichkeiten, bei denen man sich nach Möglichkeit dem wirtschaftlichen Sachzwang von Geld zu entziehen versucht.

Das Projekt wird in Form eines "Mitmachwikis" realisiert. Ein Wiki ist eine Internetseite, die von jeder/m frei bearbeitet werden kann. Das hat den Vorteil, dass alle, die was beitragen möchten, es tun können. Das Wiki befindet sich auf <http://www.anders-leben.tk> (die Eingangsseite einfach überklicken!).

Parallel zum Aufbau des Wikis arbeitet der offene, neue Arbeitskreis "Anders Leben" in der Offenen Uni Berlins (<http://www.offeneuni.tk>) an dem Thema. Interessierte sind herzlich eingeladen, bei einem der nächsten Treffen mal vorbeizuschneien bzw. bei Interesse natürlich auch mitzumachen.

Es wäre natürlich schön, wenn auch Menschen, die keine Zeit für einen Arbeitskreis haben oder nicht in Berlin wohnen, ihr Wissen mit in den Aufbau des Wikis einbringen würden, weil das Projekt sich nur etablieren kann, wenn Menschen, die Dinge wissen, die noch nicht auf der Internetseite stehen, eintragen.

<http://www.anders-leben.tk>  
[http://www.autoorganisation.org/mediawiki/index.php/Anders\\_Leben](http://www.autoorganisation.org/mediawiki/index.php/Anders_Leben)

**Kontakt:** ak-anders-leben@web.de

**Direct-Action und kreativer Widerstand**  
Direkte Aktionen

**Direct-Action-Kalender** - jedes Jahr neu. Quadratisch, praktisch, gefährlich für 4 Euro.

**Und ganz neu!!!**  
„Fragend voran...“ - die neue Zeitung für Widerstand & Utopie. Erstes Heft zum Schwerpunkt „Herrschaftsfrei wirtschaften“. A5, ca. 64 S., 3 Euro

**Direct-Action-Hefreihe**  
im A5-Format zu Aneignung, Subversion, Anti-Knast, Aktionslieder, Antirepression und mehr. Je 1 Euro.

**Direct-Action**  
Aktuell: Das Wahl-Aktionsset  
Aktionsbroschüre mit vielen Tipps, Zeitungen und Flugblätter. CD mit Aktionsmaterial und mehreren Anti-Wahl-Ausstellungen. 5 Euro.

**Wahlen stören und nutzen**

**Direct-Action**  
Kreativer Widerstand  
Peter S. Weller

**Direct-Action**  
CDs  
mit Aktionsvideos, Musik und eine Sammlung von Texten und Programmen. Je 5 Euro.

**www.aktionsversand.de**



# Politik für die Elbe

## Forderungen des BUND, NABU und WWF für eine naturverträgliche Flusspolitik an der Elbe

Die Elbe ist eine der Kronjuwelen des deutschen Naturerbes. Zwischen Ústí nad Labem in Tschechien und Geesthacht ist die Elbe auf fast 600 km frei von Staustufen und damit frei fließend. Durch ihre Lage an der innerdeutschen Grenze hat sich in Teilen eine einmalige Naturlandschaft erhalten; kaum ein anderer Fluss in Deutschland fließt noch so naturnah wie die Elbe. Die Elblandschaft ist bis heute geprägt durch eine natürliche

Flussdynamik mit Hoch- und Niedrigwasser. Damit ist sie ein einzigartiger Rückzugsraum für viele europaweit bedrohte Lebensräume und Arten. Hier finden sich die größten verbliebenen Auwälder Mitteleuropas; hier leben noch Arten wie Elbebiber, Seeadler und Kranich. Die Elbtalaue ist zudem ein international bedeutendes Rast- und Überwinterungsgebiet für Hunderttausende von Zugvögeln.

Seit 1997 ist die Flusslandschaft Elbe deshalb auf 400 km Länge als Biosphärenreservat im weltumspannenden Netz der UNESCO geschützt. Große Flächen der Elbtalaue sind Bestandteil des europäischen Schutzgebietssystems "Natura 2000". Auch die Europäische Wasserrahmenrichtlinie fordert, solche intakten Flusslandschaften zu bewahren und verbietet Eingriffe, die das ökologische Gleichgewicht stören.

Jedoch darf der scheinbar naturnahe Zustand einiger Flussabschnitte nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Elbe - wie die meisten anderen großen Flüsse in Deutschland - über Jahrhunderte begradigt und zwischen Deichbauwerke gedrängt wurde. Dadurch verlor sie mehr als 80% ihrer natürlichen Überschwemmungsräume. Viele wertvolle Auwälder, Feuchtwiesen und Kleingewässer wurden durch diese Eingriffe bereits zerstört. Eingeschnürt durch Buhnen und Deckwerke sowie durch den Bau von Staustufen am Oberlauf und den Nebenflüssen, hat sich der Fluss zu-

dem in den letzten 100 Jahren vor allem zwischen Torgau und der Saalemündung, aber auch unterhalb von Magdeburg um bis zu 2 m eingetieft - rund einhundert Mal schneller als er es von Natur aus getan hätte. Dadurch sinkt der Grundwasserspiegel in der Aue und die davon abhängigen Ökosysteme trocknen aus. Auch die Menschen am Fluss sind betroffen, wenn Flüsse zu wenig Raum haben. Ein trauriger Beleg war das katastrophale Elbe-Hochwasser im August 2002.

Ein trauriger Beleg war das katastrophale Elbe-Hochwasser im August 2002.

**Politik für die Elbe**  
Ziel einer nachhaltigen Flusspolitik muss es sein, die letzten naturnahen Ströme Deutschlands zu erhalten und zu entwickeln. Erste Schritte für den Erhalt der wertvollen Naturlandschaft Elbe und ihrer Auen sowie ihrer positiven Weiterentwicklung sind erfolgt. Mit der Elbeerklärung 1996 einigten sich Umweltverbände und das Bundesministerium für Verkehr darauf, das ökologische Potenzial der unteren Mittel- und unteren Elbe zu erhalten und dafür den Elbe-Seitenkanal und die Oststrecke des Mittellandkanals zu ertüchtigen. Nach dem Elbe-Hochwasser von 2002 hat die Bundesregierung die Planungen für den Ausbau der Stadtstrecke Magdeburg sowie der Flussabschnitte zwischen Coswig - Wörlitz und Dömitz - Hitzacker ausgesetzt.

Die Bundesministerien für Umwelt sowie für Verkehr erarbeiten gemeinsam mit ihren Fachbehörden ein Unterhaltungskonzept für die Elbe, bei dem ökologische Belange stärker berücksichtigt werden sollen. Mehrere beispielhafte Deichrückverlegungen werden geplant oder bereits umgesetzt (z.B. Lenzen, Steckby-Löderitzer Forst). Dazu gehört auch das bereits begonnene Projekt zur Renaturierung der Unteren Havel.

Trotz der erzielten Verbesserungen steht eine naturverträgliche Flusspolitik an der Elbe vor großen Herausforderungen:

Die Eintiefung des Flusses schreitet weiter fort. Auch die bisher bereits erfolgte Geschiebezugabe konnte

den Eintiefungsprozess bisher nicht stoppen, da die als notwendig erachtete Geschiebemenge nur in Jahren mit dauerhaft hohen Wasserständen ausgebracht wurde, um die Schifffahrt nicht zu behindern.

Eine Vorstudie der Bundesanstalt für Wasserbau (BAW) zur Situation der Buhnen an der Mittleren Elbe bestätigt, dass die bestehenden Buhnen auf weiten Strecken deutlich zu hoch liegen und damit die Eintiefung des Flusses weiter verschärfen. Dennoch werden Unterhaltungsmaßnahmen auch in Abschnitten, in denen die Buhnen nachweislich zu hoch liegen, teilweise fortgesetzt.

In Niedersachsen werden derzeit in der Elbaue ökologisch schädliche und hydraulisch sinnlose "Entbuschungsprogramme" durchgeführt und dabei auch Biberburgen zerstört.

Das Deicherneuerungsprogramm läuft ohne Koordination zwischen den Anliegerländern ab. In vielen Fällen fallen die Planungen hinter die Vorgaben des Hochwasserschutzgesetzes zurück. Die Potenziale für einen ökologischen Hochwasserschutz durch Rückverlegung von Deichen und Renaturierung von Auegebieten werden nur unzureichend genutzt.

Weiterhin orientieren sich die laufenden Unterhaltungsmaßnahmen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung entsprechend ihrer Aufgabenstellung weiterhin primär an der Sicherstellung der Schifffahrt der Elbe. Sie sind nicht geeignet, das ökologische Potenzial zu sichern, zu erhalten oder gar zu entwickeln. Ob sie eine ganzjährige, wirtschaftliche Binnenschifffahrt auf der Elbe ermöglichen, ist zumindest fraglich. Die Elbschifffahrt befindet sich seit 1996 in einem ungebremsten Niedergang. Seitdem haben sich die Gütertransporte halbiert und sind auf 1,5 Mio. t/a zurückgegangen.

Klimaforscher prognostizieren angesichts des Klimawandels eine Zunahme von Niedrigwasserperioden, die auch bei Realisierung der derzeit geplanten wasserbaulichen Eingriffe in den Fluss keine ausreichenden Fahrrinntiefen für die Schifffahrt bieten. Dennoch hält das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung weiterhin am Bau des Saale-Seitenkanals fest, will Tschechien neue, naturzerstörende Staustufen in der Elbe errichten. Mit den Zielen einer nachhaltigen Flusspolitik sind diese Planungen ebenso unvereinbar wie mit einer effizienten Verwendung von Steuergeldern.

**Forderungen der Umweltverbände:**  
Um den letzten noch frei fließenden Strom in Deutschland zu schützen, fordern BUND, WWF und NABU:







➤ Die Bundesministerien für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und für Umwelt, Reaktorsicherheit und Naturschutz (BMU) müssen zügig das vereinbarte Unterhaltungskonzept für die Herstellung einer Fahrrinntiefe von 1,60 für die Elbe, bezogen auf den Gleichwertigen Wasserstand 89 (GLW 89,) mit all seinen ökologischen Konsequenzen der Öffentlichkeit vorlegen. Über die ökologischen Auswirkungen muss eine öffentliche Diskussion stattfinden.

➤ Zukünftige Unterhaltungsmaßnahmen müssen die langfristigen ökologischen Folgen berücksichtigen. Zu überprüfen ist, ob nicht mit neuen, eingriffssärmeren und möglicherweise kostengünstigeren Konzepten zur Flussregulierung ohne dauerhafte Fixierung des Strombetts (z.B. durch Fahrrinnenkennzeichnung, Teilfixierung, temporäre Lenkbuhnen an Transportkörpern oder lokales Freispülen der Fahrrinne vor Ort) akzeptable Bedingungen für die Binnenschifffahrt im bisherigen Rahmen erzeugt werden können.

➤ In jedem Fall sind die von der europäischen FFH-Richtlinie geforderten Verträglichkeitsprüfungen durchzuführen. Zudem müssen alle Unterhaltungsmaßnahmen in einem Paket und im Zusammenhang bewertet werden. Die Sicherung der ökologischen Potenziale der Elbe muss dabei endlich gleichrangig neben der Sicherung von Binnenschifffahrt, Infrastruktur und Hochwasserschutz stehen.

➤ Generell auszuschließen ist ein weiterer Ausbau der Elbe. Auf der Relation Lauenburg - Magdeburg ist mit dem Ausbau des Elbeseitenkanals eine deutlich bessere Alternative für die Binnenschifffahrt entstanden. Damit kann und muss nun auch die in der Elberklärung von 1996 verabredete, naturnähere Entwicklung der Elbe auf diesem Abschnitt eingeleitet werden. Die in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes 2003 aufgenommene Planung des Saale-Seitenkanals muss aufgegeben werden. Dieser bewirkt keine durchgehende Befahrbarkeit von der Saale nach Hamburg, sondern steigert lediglich die Sachzwänge zum Ausbau der Elbe.

➤ Die Bundesregierung muss sich - wie die sächsische Landesregierung - eindeutig gegen den Ausbau der Staustufen in Tschechien aussprechen und realistische Daten zur eingeschränkten Befahrbarkeit der Elbe in Deutschland offenlegen. Abgesehen von der örtlichen Zerstörung des Flusses wird der Staustufenbau die

Geschiebeverhältnisse in der Elbe weiter verschlechtern und den Druck auf den Ausbau der Elbe weiter verstärken.

➤ Für die weitere Diskussion über den Umgang mit der Elbe und ihrer Nutzung müssen der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Wasserführung der Elbe berücksichtigt werden. Wie die Auswertungen des Potsdamer Instituts für Klimafolgenabschätzung (PIK) zeigen, hatte die Elbe schon immer erheblich schwankende Abflussverhältnisse. Auch zukünftig muss damit gerechnet werden, dass 1,60 m Fahrrinntiefe aufgrund der Zunahme von Jahren mit langen Niedrigwasserperioden nicht ganzjährig erreichbar ist. Die Konsequenzen für die Nutzbarkeit der Elbe als Wasserstraße müssen offen diskutiert werden.

➤ Binnenschifffahrt und Häfen sind aufgefördert, in einem realistischen Logistikkonzept darzustellen, wie bei der derzeitigen Wasserführung der Elbe und dem zwischen BMU und BMVBS vereinbarten Unterhaltungsziel, ein Transport von Massengütern und Containern auf der Elbe wirtschaftlich durchgeführt werden kann.

➤ Die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Tiefenerosion in der Elbe müssen dringend umgesetzt werden. Neben einer gezielten Querschnittsaufweitung, einer Tieferlegung bzw. Rückbau überhöhter Buhnen, dem Anschluss von Flussaltarmen sowie der Zulassung einer kontrollierten Seitenerosion ist auch ein Um- oder Rückbau einzelner Talsperren, die das Geschiebe zurückhalten, erforderlich. Dafür ist zwischen Bund und Ländern ein verbindlicher Zeit- und Finanzierungsplan aufzustellen.

➤ Mit einem "Auen- und Hochwasserschutzprogramm" müssen wieder Überschwemmungsflächen zurückgewonnen, Deiche zurückverlegt sowie Auengebiete renaturiert und an die natürliche Dynamik der Elbe angeschlossen werden. Hier ist die finanzielle Beteiligung des Bundes gefordert.

➤ Um die bisher fragmentierten Belange des Gewässerschutzes, des Naturschutzes, des Hochwasserschutzes und der Schifffahrt an den großen Flüssen besser zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu koordinieren, sind die heutigen Verwaltungsstrukturen auf ihre Verein-

barkeit mit der Umsetzung einer stringenter und effizienter nachhaltigen Flusspolitik zu überprüfen und ggf. neu zu ordnen.

Berlin, 8. März 2006

# Change it!

Das Buch *Change it!* Von der Amerikanerin Susan George liest sich wie eine Anleitung, warum man sich der Bewegung um Attac anschließen soll.

Sehr logisch und verständlich beschreibt sie die ihres Verständnisses nach größten Probleme der Welt und das Dilemma der Gefahren, welche von der bestehenden kapitalistischen Weltordnung ausgehen. Danach geht sie auf ihre Lösungsansätze ein, die de facto ein etwas erweitertes Programm von Attac sind und die den Staat zusammen mit den Globalisierungskritikern gegen die weltweiten Unternehmen sehen will.

Erstaunlich sind dabei höchstens noch Bemerkungen, wie dass Europa sich gegen den Kurs der USA stellen muss oder dass es die weltweite Vorreiterrolle übernehmen soll. Gerade für eine Amerikanerin ist die Kritik an ihren führenden Landsleuten ungewöhnlich direkt. Wohl auch weil man einer patriotischen Amerikanerin nur schwer Antiamerikanismus vorwerfen kann.

Leider fehlt dem Buch auch mindestens so

viel wie es behandelt. So werden andere Ideen zur Veränderung der Welt als falsch abgetan oder gar nicht erst behandelt. Und das ohne überzeugende Argumentationen. Susan George gibt sogar ehrlicherweise im Buch selbst zu, dass sie die Anarchisten nicht verstanden hat.

Für LeserInnen, die grundsätzlich mit ihrer Kritik und der Bewegung übereinstimmen und sich schon mit dem Thema beschäftigt haben, fehlen hingegen jegliche neue Informationen. Auch für noch unentschlossene oder uninformierte Leser fehlt auf der anderen Seite das Mitreisende, als dass dieses Buch sie zur Bewegung bringen oder zum eigenen Engagement antreiben könnte.

Höchstens für gerade neu in der Globalisierungskritischen Bewegung angekommene mag das Buch ein guter Einstieg sein. Jedoch gibt es auch für sie interessantere Werke, und so bleibt es ein Buch, das nicht schlecht, aber auch leider nicht wirklich gut ist und höchstens bei dem Kritikeil zum Nachdenken anregt.

SUSAN GEORGE

CHANGE IT!

ANLEITUNG ZUM POLITISCHEN UNGEHORSAM

BRÜCKEN

BRÜCKEN



# Netzwerkkoordinationstreffen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007

G8 Nach den beiden Treffen in Hamburg und Berlin ist Ende März ein nächstes Treffen angesetzt, welches Vernetzung und Organisation der Gegenveranstaltungen weitertragen soll. Wichtiger Schwerpunkt hierbei wird weiterhin die Diskussion um einen möglichen Themenschwerpunkt für die Mobilisierung und während der Gegenaktivitäten zum Gipfel selbst sein. Ein favorisierter Vorschlag ist, Migration zu wählen, auch, weil die Strukturen im Bereich Flüchtlingsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern relativ gut ausgebaut sind und so weiter unterstützt würden, zusätzlich ließen diese sich sinnvoll in die Vorbereitung integrieren. Auch die Auseinandersetzung um einen möglichen Namen für das linksradikale Netzwerk und für die Wahl eines Slogans steht immer noch bevor.

In Berlin hat es eine Kontroverse um die Art und Weise wie es gewünscht wird im großen Plenum zu kommunizieren gegeben und auch wie die Entscheidungsfindung aussieht wurde von einer Minderheit in Frage gestellt. Es ist also dringend notwendig hier weiter zu diskutieren, um das oben genannte überhaupt vorwärts bringen zu können.

Ein weiterer Schwerpunkt wird wohl bei der Diskussion darum liegen, ob es gewünscht ist die PGA-Hallmarks als Basis-Selbstverständnis/Orientierungsrahmen für die linksradikale Koordination zu wählen. Auch hierfür muss vorher geklärt werden wie entschieden wird.

Themen in Zukunft werden sein und waren in der Vergangenheit:

- ★ Wie sieht der Bezug auf verschiedene Befreiungsbewegungen aus, soll dieser überhaupt bewusst hergestellt werden.
- ★ Wie wird mit Bündnissen umgegangen, was für Bündnisse gehen wir mit anderen Gruppierungen ein und wie gehen wir mit Bündnispartner/innen um, die keinen linksradikalen Ansatz haben.
- ★ Was verbirgt sich hinter einem wir, kann es ein wir geben, wie sehen wir unser Netzwerk und wie sehen wir uns innerhalb dieses Netzwerkes.
- ★ Es ist wichtig sich im Vorfeld klar zu machen, dass auch Nazis ein Interesse daran haben können gegen den G8 Gipfel tätig zu werden. Dieses sollte also ein Thema sein und es muss jetzt schon geplant werden, wie mensch Antisemitismus und Nationalismus entgegenwirken kann.
- ★ Wie können Leute aus der Region unterstützt werden, ohne ihnen Entscheidungen von außerhalb aufzudrängen, aber so, dass sie sich nicht allein gelassen fühlen.
- ★ Wie kann im Vorfeld ein Schutz gegen Repression aussehen oder wie kann mensch sich darauf vorbereiten, so dass im Extremfall der Schlag nicht zu hart ist.
- ★ ...und Strategie+Praxis, Aktionen (im Vorfeld und während des Gipfels), Presse, Soliarbeit, Trauma, Mobilisierung, G8-Gipfel 2006 in St. Petersburg,...

Vom 4. bis zum 13. August wird es in Mecklenburg-Vorpommern ein internationales Vorbereitungs-camp geben, hier wird die Möglichkeit bestehen ganz viel zu vernetzen, zu organisieren und zu planen und die Umgebung zu erkunden, alle sind jetzt schonmal herzlich eingela-

den dorthin zu kommen und vor allem auch aufgefordert mitzuhelfen, so dass dieses Treffen überhaupt realisiert wird.

Für unsere Vorbereitungen in Leipzig ist es hilfreich, wenn ihr uns Bescheid gebt mit wie vielen Leuten ihr kommt, damit wir abschätzen können, wieviele Schlafplätze benötigt werden: akaziex@yahoo.de.

Hier noch mal eine kurze Zusammenfassung der wichtigen Punkte um den G8, aus einem vorhergehenden Aufruf geklaut:

## Warum dagegen?

Die G8 - das ist die "Gruppe der acht" Regierungschefs der weltweit mächtigsten Industrienationen. In dieser Runde wird vorgegeben, nach Lösungen für die Probleme der Welt zu suchen: Hunger, Krieg und Umweltzerstörung sollen bekämpft werden, während tatsächlich aber das kapitalistische System ausgebaut und stabilisiert wird, welches diese Probleme erst produziert.

G8-Treffen sind wichtige Orte, an denen die Industriestaaten die Möglichkeit haben, ihre Interessen zu koordinieren und die neoliberale Globalisierung noch effizienter und gnadenloser zu planen und durchzusetzen.

In den vergangenen Jahren konnte kaum ein Gipfeltreffen ungestört durchgeführt werden: ob gegen die G8 in Genua und Evian, gegen IWF/Weltbank in Prag und schon 1988 in Berlin, gegen die WTO in Seattle - Widerstand ist die offensichtliche und immer lauter werdende Antwort auf diese herrschende Ordnung. Seit den Protesten in Genua 2001 werden die G8-Treffen nicht mehr in den Metropolen abgehalten und in teils schwer zugängliche (und leichter zu kontrollierende) Landstriche verlegt.

Im Sommer 2007 kommt der jährliche G8-Gipfel nach Deutschland. Das Treffen wird im Kempinski Grand Hotel in Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden, ein exklusiver Kurort direkt an der Ostsee. Heiligendamm liegt ca. 20km westlich von Rostock, 200km von Berlin.

Der G8-Gipfel in Deutschland ist also eine gute Möglichkeit der "Gruppe der acht" zu zeigen für wen sie NICHT spricht. Zudem bietet der Gipfel viele Ansatzpunkte konkreter gesellschaftlicher Intervention. Nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern gibt es viele "Teilbereichsbewegungen", deren Arbeitsfelder auch mit der Politik der G8 zu tun haben: Gentechnik, Atom- und Energiepolitik, Privatisierung, Migrationspolitik, Rassismus, Militarisation, Patriarchat etc. 2004 gab es eine Anti-Lager-Tour auch durch Mecklenburg-Vorpommern, bei der gegen die verschiedenen rassistischen Repressionsformen wie Lager und Abschiebungen protestiert wurde.

## Warum jetzt schon mobilisieren?

Wir haben zwei Jahre Zeit, die wir für die Schaffung von Kommunikations- und Diskussionsstrukturen nutzen wollen, damit die undogmatische Linke gestärkt in die Proteste hinein- und vor allem gestärkt daraus wieder herausgeht. Diese Proteste zu organisieren ist eine immense Arbeit und braucht viele Menschen. Medien- und Öffentlichkeitsarbeit muß organisiert, Texte geschrieben und die Vernetzung vorangetrieben werden. Regionale und internationale Vorbereitungstreffen müssen auf die Beine gestellt und neue Kontakte gesucht werden. Es braucht Leute die einen tragfähigen Legal Support auf-

bauen, und nicht zu spät müssen verschiedene Arbeitsgruppen konstituiert sein: Convergence Center, Demosanität, Kochen, Schlafen + Transport. Und vor dem eigentlichen Gipfel sollen ja auch noch Aktionen, Camps und inhaltliche Auseinandersetzungen stattfinden. Und dann muß auch noch mit NGOs, Gewerkschaften, politischen Splittergruppen und der Lokalregierung verstritten werden (naja, nicht zuletzt ist der nächste G8-Gipfel 2006 zunächst in Russland. Den Widerstand dort wollen wir natürlich auch unterstützen).

## Die PGA Eckpunkte

1. Eine klare Ablehnung von Kapitalismus, Imperialismus und Feudalismus und aller Handelsabkommen, Institutionen und Regierungen, die zerstörerische Globalisierung vorantreiben.
2. Wir lehnen alle Formen und Systeme von Herrschaft und Diskriminierung ab, einschließlich aber nicht beschränkt auf Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art. Wir anerkennen die vollständige Würde aller Menschen.
3. Eine konfrontative Haltung, da wir nicht glauben, dass Lobbyarbeit einen nennenswerten Einfluss haben kann auf undemokratische Organisationen, die maßgeblich vom transnationalen Kapital beeinflusst sind.
4. Ein Aufruf zu direkter Aktion und zivilem Ungehorsam, Unterstützung für die Kämpfe sozialer Bewegungen, die Respekt für das Leben und die Rechte der unterdrückten Menschen maximieren, wie auch den Aufbau von lokalen Alternativen zum Kapitalismus.
5. Eine Organisationsphilosophie, die auf Dezentralisierung und Autonomie aufgebaut ist.

Es ist möglich sich auf die bundesweite Emailiste zu setzen, indem mensch eine Mail an folgende Emailadresse schickt: g8-2007-subscribe@lists.riseup.net

## Update

Inzwischen fand das Treffen in Leipzig bereits statt und beim BUK029 im Mai in Berlin gab es ein weiteres Zusammenkommen von Menschen, die linksradikalen Widerstand gegen das G8-Treffen in Heiligendamm 2007 leisten wollen. Die Auswertung dieses Treffens steht noch aus.

Geplant ist insbesondere ein Aktionscamp zur Vorbereitung, Aktionstrainings, Vernetzung etc. schon in diesem Jahr. Dieses soll vom 4. bis 13. August in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden. Mehr Infos: <http://www.camp06.org/>. Außerdem soll es Direct Action-Trainings geben, um bis zum Sommer 2007 möglichst vielen AktivistInnen die Kompetenzen und das Selbstbewusstsein für eigenständiges Handeln und Aktionen zu vermitteln. Die ersten Terminvereinbarungen wurden bereits getroffen. Mehr Infos: <http://www.direct-action-vernetzung.de.vu/>. Die AG Aktionen, ein selbständiger Teil der linksradikalen Anti-G8-Vernetzung, hat u.a. diskutiert, dass es nicht nur zentrale Aktionen direkt während des Gipfels, sondern bereits im Vorfeld und auch danach geben soll. Heiligendamm soll Anlass sein für aktiven Widerstand immer und überall. Der Zusammenhang zum Treffen der politisch Mächtigen ist nicht schwer herzustellen. So lassen sich auch Herrschaftskritik und Debatten um Utopien verbinden. Mehr Infos: <http://www.g8-aktionen.de.vu/>.



## Fragend voran: Bildungskritik Heftprojekt Bildung - Widerstand und Vision

fragend voran Bildung ist ein blödes Wort. Denn es wird meistens so verstanden, dass ein Objekt (zu Bildender) überwiegend fremdbestimmt von einem Subjekt (Ausbildender) aus einem "nichts" zu etwas bestimmten "gebildet" werden müsse. Wir wollen eine Art von Bildung vorstellen, die aus kooperativ-herrschaftskritischer Sichtweise von einem sich selbstbestimmenden Subjekt ausgeht, das die Möglichkeit bekommt, Verantwortung für seine Entwicklung zu übernehmen. Wir wollen dem Begriff "Bildung", als einen individuellen und kooperativen-gleichberechtigten Prozess, eine andere Bedeutung geben.

Deswegen geben wir eine Ausgabe der Heftreihe "Fragend voran - Hefte zu Widerstand und Vision" mit dem Schwerpunkt der Bildungskritik heraus. Die Idee ist im Rahmen eines Treffens des Bildungskritischen Aktionsnetzwerks ([www.lernkulturwandel.de.vu](http://www.lernkulturwandel.de.vu)) im Sommer 2005 zustande gekommen. Es werden die Themen der Erziehung, der staatlichen, privaten und der informellen Bildung unter die Lupe genommen. Die Vorstellung historischer Entwicklungen kann genauso Gegenstand der Betrachtung sein, wie laufende Schulweigerer-Gerichtsprozesse, Gehirnforschung, sowie Bildung für benachteiligte Gruppen (Chancengleichheit).

Dazu gehört auch die Problematik der Informationsfreiheit, Geschlechterrollen, sowie die gleichberechtigte, gewaltfreie Kommunikation und Streitkultur. Die Themenwahl gestaltet sich bisher offen. Die Heftreihe "Fragend voran" hat die Besonderheit, dass sich zu jedem neuen Schwerpunkt eine neue Redaktion zusammenfindet.

Ein weiterer Teil des Heftes wird für andere Teilredaktionen freigehalten, die zu anderen Themen Beiträge zu Widerstand und Vision schreiben (z.B. Antimilitarismus, Anifa, Gender etc.). Das macht das Heft thematisch vielseitiger. Auch deine Inhalte können dort noch ihren Platz finden. Eine größtmögliche Transparenz für den Stand der Vorbereitung ergibt sich durch das Internet-Wiki ([www.bildungskritik.de.vu](http://www.bildungskritik.de.vu); leicht veränderbare Internetseite), in der wichtige Informationen zugänglich sind und in welchem unkompliziertes Zusammenwirken ermöglicht wird. Damit das Buch mit der eher geringen Auflage von ca. 2000-3000 Exemplaren auch eine angemessene Verbreitung erfährt, wäre deine Mithilfe bei der Verbreitung und Bewerbung gefragt. Auch für deinen Büchertisch, deinen Infoladen, deine Veranstaltung oder für deine Buchrezension können wir gerne ein paar Exemplare zuschicken.

Die Beteiligten sind ehrenamtlich tätig und versuchen einen möglichst kostenlosen Vertrieb durch Druckkostenübernahme von Universitäten auf die Beine zu stellen. Finanzielle Unterstützung ist daher gerne gesehen.

Spenden an das Buchprojekt würden gegebenenfalls in die Vorbereitungstreffen (z.B. Fahrtkostenersatzungen) fließen und Überschüsse würden zukünftigen Nummern der Heftreihe zugute kommen. Unterstützung erfahren wir bereits von dem Deutschen Kinderhilfswerk ([www.dkhw.de](http://www.dkhw.de)).

## Revision von Projektwerkstätten verworfen Oberlandesgericht bestätigt politische Justiz

**Prowe** Der 'große' politische Prozess gegen zwei Aktive aus der Projektwerkstatt ist an das Ende des Rechtsweges gelangt. Das Oberlandesgericht Frankfurt verwarf mit Beschluss vom 16. März die Revision der Angeklagten. Damit ist das Urteil des Landgerichts Giessen rechtskräftig:

Dieses hatte die beiden Aktivisten am 3. Mai 2005 nach einem umfangreichen Prozess, der allein über 15 weitere Strafverfahren wegen Falschaussagen, Körperverletzung, Beleidigungen nach sich zog, zu 8 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung bzw. zu 50 Tagessätzen verurteilt. Alle Anklagepunkte bezogen sich auf politische Aktionen - vom Vorwurf veränderter Wahlplakate bis hin zu Widerstand gegen die Staatsgewalt.

"Die Fehler im Berufungsverfahren waren grotesk - wir müssen aber damit rechnen, dass auch das Oberlandesgericht auf politischen Druck handelt" hatte Jörg Bergstedt, einer der beiden Angeklagten, bei der Einreichung der Revision spekuliert. Diese Einschätzung hat sich mit dem Beschluss des Oberlandesgerichts (OLG) bewahrheitet. Lange hat das OLG auf sich warten lassen; die Verfassung des zugestellten Beschlusses kann allerdings nicht Schwerpunkt der Tätigkeit des 2. Strafsenats gewesen sein. Die eigentlichen Ausführungen zur Revision umfassen vier knappe Absätze, aus denen keine substantielle Begründung zu entnehmen ist - raumfüllend dagegen werden die Vorwürfe aus den Urteilen wiederholt.

Die eigene Befangenheit lässt die Kammer des Oberlandesgericht in der Begründung zur Ablehnung der von den Angeklagten vehement geforderten Beordnung durchblicken (Fehler im Original): "Eine abweichende Beurteilung kann sich auch nicht daraus ergeben, daß die Angeklagten in extensiver Wahrnehmung ihrer prozessualer Rechte, insbesondere der Erhebung zahlreicher formeller Rügen, eine vermeintlich schwierige Sach- und Rechtslage zu schaffen versuchen." Suggestiert wird, dass der zwölfjährige Prozess inklusive gehäufte Falschaussagen oder vorbelasteter Schöffen nicht aus sich heraus komplex gewesen ist. Zudem wird die Selbstverständlichkeit, sich vor Gericht entsprechend zu verteidigen, in Frage gestellt bzw. gegen die Angeklagten gewendet.

### Hintergrund des Verfahrens

In den letzten zweieinhalb Jahren wurde Giessen zeitweise von einer bunten Mischung *offensiver, politischer Aktionen* "überrollt" - im Mittelpunkt stand der Widerstand gegen die autoritäre Zuspitzung von Politik. Ein wichtiger Anhänger war die Ende 2002 verabschiedete "Gefahrenabwehrverordnung" der Stadt Giessen, aber auch verschiedene Wahlen oder die rigide Abschiebepolitik. Die zahlreichen Interventionen - vom Straßentheater, Jubeldemos bis hin zu fingierten Behördenschreiben - sogenannte "Fakes" - sorgten bei den Stadtoberern wie auch der Polizei für wachsenden Unmut, die dem über-raschend hilflos gegenüber standen. Eine wild um sich schlagende Repression, eine unüberschaubare Anzahl eingeleiteter Ermittlungsverfahren und erfundene Tatvorwürfe zwecks Kriminalisierung der Handelnden wa-

ren die Antworten. Der bekannteste Name unter den Scharfmachern gegen die Aktiven aus dem Umfeld der Projektwerkstatt dürfte Volker Bouffier sein - hessischer Innenminister und ehemaliger Kreisvorsitzender der CDU Giessen.

### Konsequenzen

"Mit dem umfangreichen Verfahren und dem harten Urteil gegen uns sollen alle eingeschüchert werden, die sich den sich ausbreitenden "law and order"-Konzepten, der deutschen Abschiebepolitik und anderen Formen autoritärer Politik widersetzen", erklärt Patrick Neuhaus die Zielsetzung des Prozesses. Zur Rolle des Oberlandesgerichtes führt er weiter aus: "Das Oberlandesgericht ist dem politischen Druck gefolgt und hat das eindeutig politische Urteil bestätigt und nochmals gegen jeden Zweifel abgesichert." Auf dem Gang durch die Instanzen bleibt nun nur noch die Verfassungsbeschwerde. Für den Widerstand gegen Justiz und die autoritären Verhältnisse liefere das rechtskräftige Urteil keinen neuen Grund, höchstens einen weiteren konkreten Anlass. "Das Wegsperrn, das zielgerichtete Zerstören sozialer Existenzen, ist keine auf Polit-AktivistInnen beschränkte Ausnahme, sondern eine Normalität, welche jeden Tag Menschen trifft, die mit der herrschenden Ordnung und ihrer Eigentumslogik in Konflikt geraten." Daher sei es unabhängig von ihrem konkreten Fall wichtig, Widerstand gegen das Justiz- und Knast-system zu organisieren.

### Weitere Informationen

Kontakt zu den Verurteilten: 06401-903283, 0174/7640667

Alle Infos zum gesamten Verfahren:  
<http://www.projektwerkstatt.de/prozess>

Der Beschluss des OLG als Scan:  
[http://www.projektwerkstatt.de/antirepression/prozesse/revision/olg\\_ablehnung.htm](http://www.projektwerkstatt.de/antirepression/prozesse/revision/olg_ablehnung.htm)

Anti-Knast-Seiten:  
<http://www.weggesperrt.de.vu>

### Updates

Inzwischen ist viel passiert. Mit einem massiven Polizeieinsatz ohne rechtliche Grundlage wurde der zu 8 Monaten verurteilte Aktivist schon Tage vor dem eigentlichen Hafttermin "aus dem Verkehr gezogen". Peinlich für Polizei und Justiz: das Bundesverfassungsgericht gab einem Eilantrag des Betroffenen statt und verfügte dessen Freilassung.

Das oberste Gericht hat sich erbeten, die Verurteilung erst nach höchstrichterlicher Prüfung, die erfahrungsgemäß *noch viele Monate* in Anspruch nehmen kann, zu vollstrecken. Auch den "Unterbindungsgewahrsam", mit dem der Aktivist rechtswidrig - in Giessen aber nichts besonderes, da sich die Repressionsapparate einig sind - vorzeitig eingesperrt werden sollte, musste das örtliche Gericht nach weiteren juristischen Auseinandersetzungen beenden.

Am Tag der Bekanntgabe der höchstrichterlichen Verfügung eröffnete die Giessener Justiz das nächste Verfahren gegen die Projektwerkstatt. Offensichtlich sollen die AktivistInnen unbedingt aus dem Verkehr gezogen werden.



# KAMPAGNE ZU POLIZEIZEUGEN

## Stoppt die Bevorzugung von Polizeiangehörigen vor Gericht!

**ProWe** Mit einem bundesweiten Aufruf wollen politische AktivistInnen aus dem Gießener Raum gegen eine weitverbreitete Praxis deutscher Gerichte protestieren. Meist werden dort PolizistInnen als Zeugen und selbst als Angeklagte deutlich glaubwürdiger eingestuft als andere ZeugInnen.

"Das ist unglaublich - schließlich sind gerade PolizistInnen durch ihr abhängiges Dienstverhältnis, ihre durch den Berufsalltag vorbelasteten Sichtweisen und ihre Einbindung in politische Strukturen keinesfalls eine neutrale Quelle", schimpft ein Betroffener. Den Grundsatz der Verfassung "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich" quittiert er nur mit dem sarkastischen Spruch "Polizisten sind gleicher". Mit ihrem Aufruf wollen die AktivistInnen nun Fälle sammeln, in denen Verfahren aufgrund von Polizeiaussagen entschieden wurden, während andere Beweise und ZeugInnen nicht beachtet wurden. Zudem hat ein Betroffener Verfassungsbeschwerde in einem besonders augenfälligen Fall eingereicht - stellvertretend für eine inzwischen lange Reihe von Urteilen gegen politisch aktive Menschen in der Region und ständigen Einstellungen von Ermittlungen bei Gewalttaten durch Polizei. Immer hat die Aussage eines Polizeiangehörigen den Ausschlag gegeben, während andere Beweismittel, darunter auch Videoaufnahmen, durch Gerichte nicht weiter beachtet wurden. Informationen und Unterzeichnungsmöglichkeiten zum Aufruf gibt es auf der Internetseite [www.polizeizeugen.de.vu](http://www.polizeizeugen.de.vu). Die InitiatorInnen freuen sich auf Kontaktaufnahme anderer Betroffener, Interessierter, aber auch von Gruppen und Verbänden, die den Aufruf und die Aufklärungsarbeit zu der Frage der Ungleichbehandlung vor Gericht unterstützen und mitentwickeln wollen.

Der Aufruf ist im Internet auf [www.polizeizeugen.de.vu](http://www.polizeizeugen.de.vu) zu sehen. Eine weite Verbreitung ist erwünscht.

### Der Hintergrund

Es ist ein offenes Geheimnis, ein seit Jahrzehnten bestehender Justizskandal und längst Gegenstand auch einschlägiger Justizwitze - aber geändert hat sich nichts: Wenn vor einem deutschen Gericht ein Polizeibeamter als Zeuge auftritt, ist das Verfahren in der Regel entschieden. Polizei-

aussagen gelten auch ohne weitere Überprüfung als Beweis selbst dann, wenn etliche andere ZeugInnen und Zeugen Gegenteiliges aussagen. Die von vornherein feststehende hohe Glaubwürdigkeit der Polizei besteht sogar in Fällen von Anklagen gegen Polizisten fort. Dann werden die potentiellen Täter zu den Stichwortgebern der Gerichte - eine rechtsstaatlich absurde Situation.

So wurden z.B. zwischen 1995 und 2004 in Berlin 98,3 Prozent aller Körperverletzungsanzeigen gegen Polizisten ohne Verurteilung abgeschlossen. In 1,3 Prozent aller Fälle kam es zu einer Anklage, in 0,4 zu einer Verurteilung (Quelle: Junge Welt vom 19.01.2006).

Dieses Phänomen gilt fast überall, die Ungleichbehandlung von Polizeiangehörigen einerseits und ZeugInnen ohne Polizeiamt andererseits ist Alltag in Prozessen aller Art. In einer Vielzahl von juristischen Auseinandersetzungen zwischen PolizeikritikerInnen und Staatsgewalt im Raum Gießen hat es seit dem Jahr 2003 viele traurige Höhepunkte dieser Art gegeben. Das Be-

und dieses durch viele ZeugInnen sowie in zwei Fällen sogar durch Polizeivideos klar belegt werden konnte. Hier glaubten die Gerichte einseitig den potentiellen TäterInnen aus den Reihen der Polizei. Statt die Videos zu betrachten, begnügten sie sich mit schriftlichen Inhaltsangaben - gefertigt von der Polizei!

### Der Anlass

Einen besonderen Höhepunkt bot ein Verfahren vor dem Gießener Verwaltungsgericht am 19.4.2005. Genauer: Eigentlich sollte es damals stattfinden. Der Betroffene einer Polizeimaßnahme hatte gegen seine Festnahme Rechtsmittel eingelegt. Doch das Gericht verweigerte eine Verhandlung: Der Kläger hätte seine Festnahme selbst gewünscht und somit kein Rechtsschutzinteresse mehr. Als Begründung übernahm das Gericht Polizeiaussagen als "festgestellte Tatsachen", während Ausführungen des Klägers im schriftlichen Vorverfahren gar nicht beachtet wurden. Mit dieser Verweigerung einer gerichtlichen Überprüfung hat das Gericht nicht nur das Opfer von Polizeiaktionen als quasi vogelfrei erklärt und verfassungswidrig den Zu-



sondere hier: Die vor Gericht stehenden Polit-AktivistInnen wurden wegen Kritik an Polizei und Justiz verurteilt - sichtbar mit besonderer Härte. Polizeizeugen wurden "wegen Widersprüchlichkeiten" als besonders glaubwürdig eingestuft, andere ZeugInnen wegen vermeintlich genauer Beobachtungen als unglaubwürdig.

Genau umgekehrt lief es, als Anzeigen gegen PolizistInnen erhoben wurden, die gegen DemonstrantInnen gewalttätig wurden

gang zum Gericht verweigert, sondern durch die Übernahme von Polizeiberichten als "festgestellte Tatsachen" bei gleichzeitiger Nichtbeachtung anderer Eingaben eine Ungleichbehandlung von Personengruppen nach ihrer Funktion in der Gesellschaft vorgenommen.

Glaubwürdig ist, wer der Polizei angehört - und zwar nur deswegen, denn andere Begründungen, warum die Polizeiaussagen einseitig als richtig gewertet wurden, sind



in den Äußerungen des Gerichtes nicht zu finden.

Gegen die Nichtzulassung der Klage hat der Betroffene jetzt Verfassungsbeschwerde eingelegt. Die ersten Sätze lauten: "Hiermit erhebe ich, ..., Verfassungsbeschwerde gegen die Verweigerung des Zugangs zu einem Gericht im Fall einer Ingehorsamnahme am 10.7.2004 in Lich, gegen die ich Fortsetzungsfeststellungsklage erhoben hatte. Ein Gerichtsverfahren zur Sache wurde mit Urteil des Verwaltungsgerichts Gießen vom 19.4.2005 (Az.: 10 E 3616/04) und bestätigend durch Beschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 7.2.2006 (Az.: 11 ZU 1399/05), zugegangen am 10.2.2006, wegen fehlendem Rechtsschutzinteresse verwehrt.

Dabei wurden alle Aussagen der PolizeizeugInnen ohne Überprüfung als festgestellte Tatsachen bewertet. Durch diese Gerichtsentscheidungen wurde ich in meinen Grundrechten verletzt, zum einen das Grundrecht auf Zugang zu einem Gericht (Art. 19, Abs. 4 GG), zum anderen das Grundrecht auf Gleichbehandlung auch vor dem Gericht (Art. 3, Abs. 1)."

Es folgen umfangreiche Ausführungen zu den Abläufen, die Dokumentation des kompletten Schriftverkehrs und entsprechende Hinweise zu den Texten.

Schließlich werden drei Verstöße gegen das Grundgesetz benannt. Auszüge aus der Verfassungsbeschwerde mit Bezug auf den Freiheitsentzug am 10.7.2004:

"Mit der konkreten Maßnahme am 10.7.2004 bin ich in meinen verfassungsgemäßen Rechten nach § 5, Abs. 1 des Grundgesetzes beschnitten worden. Als ich daraufhin vor Gericht per Fortsetzungsfeststellungsklage die Polizeihandlungen zu überprüfen suchte, wurde mir der Weg zum Gericht zunächst durch eine Vor-Urteilsbildung im Rahmen der Bearbeitung des Prozesskostenhilfeantrags erschwert und dann durch die Nichtzulassung der Klage im Verwaltungsgerichtsverfahren gänzlich unterbunden. Damit ist ein Verstoß gegen § 19, Abs. 4 der Verfassung, z.T. in Verbindung mit Art. 103, Abs. 1 gegeben. ... Das Verwaltungsgericht hat durchgehend die Aussagen der Polizei als wahr anerkannt. Das geschah nicht nur in der Übernahme von Polizeiaussagen ohne jegliche Überprüfung in das Urteil, sondern in einem Fall sogar mit der expliziten Formulierung, ein Polizeibericht sei als 'festgestellte Tatsachen' anzusehen. Überprüfungen hat es ebenso wenig gegeben wie eine Wahrnehmung meiner Ausführungen. ... Beide Gerichte handeln nicht nur willkür-

lich, sie benennen schlicht gar keinen Grund für ihre Ungleichbehandlung der beiden Parteien und derer Aussagen. Wie selbstverständlich, als wenn es ein Naturgesetz wäre, werden Polizeiaussagen (immerhin ja die Beschuldigten-Seite!) als 'festgestellte Tatsachen' gewertet. Dafür lässt sich kein vernünftiger Grund finden. Vielmehr erscheint der Verdacht, dass die Tatsache, dass die eine Seite der Polizei und damit einer den Gerichten strukturell nahestehenden Behörde entstammen, allein bereits als Grund angenommen werden muss. Das aber wäre nicht nur Willkür,

entscheidungen aufzuheben und ein Verfahren in der Hauptsache zu ermöglichen.

#### Der Aufruf

Die Verfassungsbeschwerde aus Gießen ist nur der Anlass für diesen Aufruf. Die Ungleichbehandlung von Polizeiangehörigen einerseits und anderen Personen andererseits ist Alltag in deutschen Gerichten. Das Interesse an der gestellten Frage ist also überall anzunehmen - und politisch notwendig. Die Zahl politischer AktivistInnen, aber auch vieler BürgerInnen, die für vermeintliche Taten anderenorts verurteilt



was als Verfassungsverstoß schon reicht, sondern Rechtsbeugung. ...

Insgesamt entsteht hinsichtlich der Ungleichbehandlung deutlich der Eindruck, 'daß diese bei verständiger Würdigung der das Grundgesetz beherrschenden Gedanken nicht mehr verständlich sind und sich daher der Schluß aufdrängt, daß sie auf sachfremden Erwägungen beruhen.' (Beschluss des Ersten Senats vom 1. Juli 1954 - 1 BvR 361/52 --) Noch weitergehend urteilte das BVerfG, Erster Senat vom 7. Oktober 1980 - 1 BvL 50, 89/79, 1 BvR 240/79 - 'Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erschöpft sich allerdings der Gleichheitssatz nicht in dem Verbot einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung von Normadressaten. Vielmehr kommt in ihm ein Willkürverbot als fundamentales Rechtsprinzip zum Ausdruck, das nicht nur der Rechtsprechung, sondern auch der Gesetzgebung gewisse äußerste Grenzen setzt. Diese Grenze wird dann überschritten, wenn eine fehlerhafte Rechtsanwendung durch die Gerichte bei verständiger Würdigung der das Grundgesetz beherrschenden Gedanken nicht mehr verständlich ist und sich daher der Schluß aufdrängt, daß sie auf sachfremden Erwägungen beruht (BVerfGE 42, 64 [72 ff.]; Beschluss vom 29. April 1980 - 2 BvR 1441/79 - [EuGRZ 1980, S. 377] zur Anwendung von Präklusionsvorschriften)."

Aufgrund dieser und weiterer Verstöße gegen das Grundgesetz erfolgte dann der Antrag, die Gerichts-

werden, weil PolizistInnen gegen sie ausagen, dürfte sehr hoch sein.

Ebenso dürfte die Gewaltneigung von Polizei dadurch gefördert werden, dass sie wissen, dass bei einer etwaigen Anzeige ihre eigene Aussage meist zum Freispruch oder schon zur Einstellung durch die Staatsanwaltschaft führt. Es ist daher von hohem Interesse, diese Ungleichbehandlung, die politisch nicht akzeptabel und ein Verstoß gegen den Art. 3, Abs. 1 des Grundgesetzes "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich" ist, zu beenden. Dafür rufen wir als Betroffene aus dem Raum Gießen zu Aktionen, zur Sammlung und Dokumentation möglichst vieler Fälle, zu Öffentlichkeitsarbeit und zu weiteren Verfassungsklagen gegen diese Ungleichbehandlung auf.

März 2006

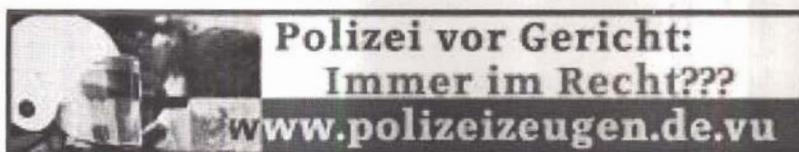
Verurteilte und Angeklagte aus politischen Gruppen im Raum Gießen und dem Umfeld der Projektwerkstatt in Saasen

#### Kontakt

Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax - 5, saasen@projektwerkstatt.de Informationen im Internet, UnterzeichnerInnenliste und Eingabe von Beispielen für die Bevorzugung von Polizeiangehörigen vor Gericht: [www.polizeizeugen.de.vu](http://www.polizeizeugen.de.vu)

#### weitere Links

[www.polizeidoku-giessen.de.vu](http://www.polizeidoku-giessen.de.vu)  
[www.weggesperrt.de.vu](http://www.weggesperrt.de.vu)  
[www.polizei-abschaffen.de.vu](http://www.polizei-abschaffen.de.vu)





# REGELMAESSIGE TERMINE

**Mahnwache gegen den Krieg**  
montags, 17<sup>00</sup>, Ecke Ernst-Reuter-Allee/Breiter Weg  
[Frieden jetzt!]

**Wunsch-Kinoabend**  
montags, 20<sup>15</sup>, Thiembuktu  
[Thiembuktu]

**Umsonstladen MD**  
montags und freitags, 13<sup>00</sup>-17<sup>00</sup>  
Brandenburger Str.  
[Lirumlarum]

**ATTAC-Plenum**  
2. und 4. Montag im Monat,  
19<sup>30</sup>, eineWelt-Haus,  
Schellingstr. 3-4  
[ATTAC]

**Student. Antikriegsgruppe**  
dienstags, 19<sup>00</sup>, Café Uni-  
Bibliothek,  
[Stud. AKG]

**Sozialforum Magdeburg**  
mittwochs, 19<sup>30</sup>, eineWelt  
Haus, Schellingstr. 3-4  
[SF MD]

**FoodCoop**  
donnerstags 16<sup>00</sup>-18<sup>30</sup>, ÖZIM  
[FoodCoop]

**Greenpeace Magdeburg**  
donnerstags 19<sup>00</sup>, Thiembuktu  
[GP MD]

**Greenkids-Treffen**  
1. Donnerstag im ungeraden  
Monat, 19<sup>00</sup>, Karl-Schmidt-Str. 4  
[GK]

**Löwenzahn-Treffen**  
3. Donnerstag im ungeraden  
Monat, 19<sup>00</sup>, Klosterbergstr. 25  
[Löwenzahn]

**FAU Magdeburg-Treffen**  
1., 3. und 5. Montag im Monat,  
19<sup>30</sup>, Blaue Welt Archiv  
[FAU MD]

**Vegane Volkskueche**  
freitags, 18<sup>00</sup>, Thiembuktu  
[USK]

**Vitopia e.V.**  
jeden 1. Sonntag im Monat  
19<sup>00</sup>, Klosterbergstraße 25  
[VITO]

## Fragend voran: Emanzipatorischer Umweltschutz

mac Auf dem Jukss 2005 in Bielefeld fand sich eine Redaktionsgruppe um das Thema "Emanzipatorischer Umweltschutz" zu einem ersten Treffen zusammen. Das Heft soll die Nr. 3 der Buchreihe "Fragend voran - Hefte zu Widerstand & Vision" werden.

Aus der Selbstdarstellung dieser Reihe: "Fragend voran ... ist utopisch, drängend und drängelnd auf der Suche. Kritisch, hinterfragend und auch bissig. Widerständig."

Jeder Band hat inhaltlich verschiedene Teile:  
1. Kritik und Analyse des Bestehenden  
2. Entwicklung von Visionen und Utopien  
3. Vorstellung konkreter Umsetzungen, z.B. praktische Tipps für Projekte und kreative Ideen für widerständige Aktionen

### Organisatorisches

Da es keine zentrale Struktur zur Erstellung der Ausgaben gibt, sind folgende Tätigkeiten für das Heft zu erledigen:

- ★ Redaktionstreffen
- ★ Leute, Organisationen anschreiben und einladen zu Redaktionstreffen bzw. wegen Texten anfragen
- ★ Erstellung des Inhalts (Texte, Literaturliste etc.)
- ★ Finanzierung, Layout, Druck, Vertrieb

**Redaktionstreffen**  
auf dem Wendland-Sommercamp - genauer Termin wird noch vereinbart

Zitat aus der Nullnummer: "Die Zapatistas haben die Idee des 'Fragend voran ...' in ihrem Befreiungskampf formuliert. Es geht nicht um die fertigen Antworten, die einfach noch den Ungläubigen beigebracht werden müssen. Sondern um das Ringen um Ideen und nach Entwürfen, das Heranwagen an Projekte und Experimente, den Mut zu kreativem Widerstand und das Hinterfragen mit dem Zweck des erneuten Ringens um Ideen ..."

<http://www.fragend-voran.de.vu/>

**BlaueWeltArchiv & Thiembuktu:**  
Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg  
Tel.: 0391/400 33 67  
thiembuktu@web.de  
blaue-welt-archiv@web.de  
<http://www.thiembuktu.de>  
<http://www.bwa.black-red.de>

**BUND & BUJU:**  
Landesgeschäftsstelle  
Olvenstedter Str. 10  
39108 Magdeburg  
Tel.: 03 91/54 33 361 (BUND)  
bzw. 5 44 09 78 (BUJU)  
bund.sachsen-anhalt@bund.net  
[www.bund-sachsen-anhalt.de](http://www.bund-sachsen-anhalt.de)

**Infoladen-MD:**  
Vernetzung emanzipatorischer  
Gruppen in Magdeburg  
Infotelefon: 01 62-860 89 49  
infoladen@magdeburg.gruenes-blatt.de  
<http://magdeburg.gruenes-blatt.de>

## ADRESSEN

**NAJU Sachsen-Anhalt:**  
Landesgeschäftsstelle  
Schleiufer 18a, 39104 Magdeburg  
Tel.: 03 91/54 37 37 5  
Fax: 03 91/56 19 349  
mail@naju-lsa.de  
[www.naju-lsa.de](http://www.naju-lsa.de)

**ÖZIM e.V.:**  
Harsdorfer Str. 49, 39110  
Magdeburg  
Tel.: 03 91/7 31 59-80  
Fax: 03 91/7 31 59-82  
oezim@t-online.de  
[www.oezim.here.de](http://www.oezim.here.de)

**Löwenzahn e.V.:**  
Klosterbergstr. 25, 39104 Magdeburg  
Tel.: 03 91-55 70 749  
mail@projekthaus-loewenzahn.org  
<http://projekthaus-loewenzahn.org>

### Demnächst

**Basis.Wissen-Seminar**  
Camps, Kongresse, Konferenzen...  
- ohne Hierarchien!  
30.06.-03.07.2006, Trillke, Hildesheim  
[www.hierarchiefrei.de.vu](http://www.hierarchiefrei.de.vu)

### Film

**The Corporation**  
04.07.2006 19:00, Projekt7, Magdeburg  
[www.antikriegsgruppe.de](http://www.antikriegsgruppe.de)

**Direct Action Days**  
03.-06.07.2006, Hildesheim  
[www.direct-action-days.de.vu](http://www.direct-action-days.de.vu)

### Friedensnacht

06.07.2006 20:00, Projekt7, Magdeburg  
[www.antikriegsgruppe.de](http://www.antikriegsgruppe.de)

### JUKSS-Utopie-Treffen

07.-09.07.2006, Kassiopeia, Darmstadt  
[www.hierarchiefrei.de.vu](http://www.hierarchiefrei.de.vu)

### Wanderung durchs Schrotetal

15.07.2006 14:00, Magdeburg  
mit Gewässergütebestimmung

### JUKSS-Orga-Treffen

21.-23.07.2006, Sommer-Wendland-Camp,  
Gedelitz  
[www.jukss.de](http://www.jukss.de)

### Sommer-Wendland-Camp

22.-30.07.2006, Gedelitz  
[www.wendlandcamp.de](http://www.wendlandcamp.de)

### Workshop

**PGP-Verschlüsselung**  
25.07.2006 14:00, Sommer-Wendland-Camp,  
Gedelitz  
[www.direct-action-vernetzung.de.vu](http://www.direct-action-vernetzung.de.vu)

### Gentech-Feldbefreiung

28.-30.07.2006, Brandenburg  
[www.gendreck-weg.de](http://www.gendreck-weg.de)

### G8-Aktionscamp

04.-13.08.2006, Mecklenburg-Vorpommern  
[www.camp06.org](http://www.camp06.org)

### Basis.Wissen-Seminar

**Dominanzabbau in Gruppen**  
25.-28.08.2006, Thiembuktu & BWA, Magdeburg  
[www.dominanzabbau.de.vu](http://www.dominanzabbau.de.vu)

### Basis.Wissen-Seminar

**Direct Action und kreative Aktionsformen**  
01.-04.09.2006, Berlin  
[www.direct-action-vernetzung.de.vu](http://www.direct-action-vernetzung.de.vu)

### JUKSS-Orga-Treffen

08.-10.09.2006, Magdeburg  
[www.jukss.de](http://www.jukss.de)

### Besichtigung Gut Glüsig

09.09.2006, Magdeburg  
Veranstaltung im Rahmen der  
Naturschutzkampagne der Greenkids

### Organisierungsansatz-Treffen

**Dominanzabbau in Gruppen**  
14.-17.09.2006, Thiembuktu & BWA, Magdeburg  
[www.dominanzabbau.de.vu](http://www.dominanzabbau.de.vu)

### Praxis-Seminar

**Selbstorganisation in Alltag und Politik**  
25.09.-01.10.2006, Thiembuktu & BWA &  
Jugend-Umweltbüro, Magdeburg  
[www.selbstorganisation.de.vu](http://www.selbstorganisation.de.vu)

### Basis.Wissen-Seminar

**Direct Action und kreative Aktionsformen**  
06.-09.10.2006, Potsdam  
[www.direct-action-vernetzung.de.vu](http://www.direct-action-vernetzung.de.vu)



# APO-CALYPSE

## Termine für eine neue Organisierung von unten

(fb) Seit Ende 2005 kursiert - einmal wieder - die Idee, eine Organisierung jenseits von elitären, hierarchischen und verkrusteten Strukturen zu schaffen. Die frustrierende Realität, bestimmt vom Hype um Organisationen wie ATTAC und inzwischen der Linkspartei.PDS sowie dem fast völligen Fehlen eigenständig handlungsfähiger Basiszusammenhänge, hat an diesem Versuch wesentlichen Anteil. Was wir wollen ist eine horizontale Vernetzung emanzipatorischer Zusammenhänge mit einer hohen Vielfalt an Ideen, Aktivitäten und politischen Ansätzen.

Den Anfang dazu bilden einige Basiswissenseminare [1] und Organisierungsansatz-Treffen [2], die von jeweils bunt zusammengewürfelten AktivistInnen organisiert und angeboten werden. Der Anspruch ist dabei allerdings auch, dass schon bei der Vorbereitung hierarchische Prozesse abgebaut werden - die potentiellen TeilnehmerInnen dieser Veranstaltungen sollen sich schon frühzeitig an der Organisation beteiligen können und auch bewusst haben, dass Selbstorganisationsprozesse nur gelingen können, wenn viele sich tatsächlich gleichberechtigt einbringen.

Zur besseren Kommunikation wurde neben der statischen Internetseite [www.apo-calyptse.de.vu](http://www.apo-calyptse.de.vu) eine Mailingliste [3] eingerichtet. Zudem entstehen verschiedene Wiki-Seiten [4] zu den Seminaren, Organisierungsansätzen und weiteren Ideen.

[1] <http://www.projektwerkstatt.de/ovu/seminare.html>

[2] <http://www.projektwerkstatt.de/ovu/ansaeetze.html>

[3] <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/apocalypse>

[4] <http://www.apo-wiki.de.vu>

## Organisierungsansatz- Treffen: Offene Räume

In einigen Städten wurden bereits Versuche gestartet, "Offene Räume" einzurichten - also Orte, an denen Eigentumslogik und die Dominanz von Eliten und CheckerInnen abgebaut werden. Innerhalb einer Bewegung, die emanzipatorische Ansätze auf ihre Fahnen schreibt wollen die raumbeherrschenden Gruppen selten ihre Vorrechte aufgeben und diese Räume allen zur gleichberechtigten Nutzung zur Verfügung stellen. Wir wollen die Offenen Räume und Menschen, die sich für solche interessieren, vernetzen, über Schwierigkeiten bei der Umsetzung reden und überlegen, wie es in Zukunft weitergehen kann.

Infos: [www.offener-raum.de.vu](http://www.offener-raum.de.vu)

## Basis.Wissen-Seminar: Camps, Kongresse, Konferenzen... ohne Hierarchien!

A-Camp, Castor-Widerstand, JUKs, Konferenzen, Sozialforum, Wendlandcamp, Perspektivenkongress, Anti-Atom-Konferenz, Autoorganisation - Titel großer Treffen, bei denen (gewollt oder ungewollt) immer das gleiche passiert: Hierarchien, Kollektividentität, informelle oder sogar formale Dominanzen entwickeln sich bzw. setzen sich durch. Was wären die Alternativen? Wie lassen sich Großveranstaltungen anders organisieren?

Bei diesem Grundlagen-Seminar soll es um Methoden und Hintergründe der Idee von Selbstorganisation und Hierarchiefreiheit gehen. Anmeldung und Informationen stellt eine extra Wiki-Seite bereit. Auch dieses Seminar soll bereits weitestgehend selbstorganisiert vorbereitet werden. Bringt euch deshalb schon vorher in die inhaltliche und organisatorische Gestaltung ein. Das Wiki (aber auch der Direktkontakt zu anderen Vorbereitenden) bietet die Möglichkeit einer gleichberechtigten Vorbereitung des Seminars.

Vorabinfos:  
<http://www.hierarchiefrei.de.vu/>

## Termine

### Basiswissen-Seminare

**30. Juni - 3.Juli**  
Camps, Kongresse, Konferenzen... ohne Hierarchien!

**25.-28. August**  
Dominanzabbau in Gruppen  
und kreative Gruppenprozesse

**25. Sep. - 1. Oktober**  
Selbstorganisation in Alltag  
und Politik - Praxisseminar

### Organisierungsansatz- Treffen

**16.-18. Juni**  
Offene Räume

**14.-17. September**  
Dominanzabbau in Gruppen

